

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Unser Leben sicherer!.....	4
2.1. Unsere soziale Sicherheit garantiert.....	4
2.2. Unsere Gesundheit ist keine Ware.....	6
2.3. Unsere Pflege stärken.....	10
2.4. Unser Zusammenhalt über Generationen hinweg.....	12
3. Unser Zuhause sicher und bezahlbar.....	14
3.1. Unseren Wohnraum nicht dem Markt überlassen - Mietenwahnsinn stoppen.....	15
3.2. Unseren Boden und unser Klima schützen und trotzdem bezahlbaren Wohnraum schaffen.....	16
3.3. Unser Wohnraum: Gemeinwohlorientierte Wohnungs-gesellschaften fördern, Profitinteressen stoppen.....	17
3.4. Unsere Entscheidung wie wir wohnen: Wohnungswesen demokratisieren und Wohnen für alle ermöglichen.....	19
4. Unsere Arbeit gut und gerecht!.....	20
4.1. Unser Leben - Wir müssen von guter Arbeit leben können.....	20
4.2. Unsere Anliegen zählen: Den öffentlichen Sektor stärken.....	25
4.3. Unsere Wirtschaft, die den Menschen dient.....	27
5. Unsere Zukunft klimagerechter.....	30
5.1. Unsere Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten.....	31
5.2. Unsere Mobilität garantieren – Verkehr reduzieren.....	36
5.3. Unsere Gesundheit vor Profite - Luftverkehr sinnvoll planen.....	40
5.4. Unsere Landwirtschaft: Gesunde Nahrungsmittel, faire Preise, Schutz von Ressourcen, Klima, Umwelt, Tier und Mensch.....	43
5.5. Unsere Verantwortung: Tierschutz voranbringen und konsequent durchsetzen...	46
5.6. Unsere Flächen schützen: Flächenschutz ist Klimaschutz – Nachhaltige Flächennutzung umsetzen.....	47
5.7. Unser Wasser - sauber und rein.....	48
5.8. Unsere Wälder sind Klimaschutz – für eine ökologische.....	51
6. Unsere Bildung gerechter.....	53
6.1. Unsere Kita: beste frühkindliche Bildung und kostenfrei.....	53
6.2. Unsere gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle.....	55
6.3. Wissenschaft und Hochschulen.....	63
6.4. Unsere junge Menschen brauchen Zukunft - eine gute Berufsausbildung gehört dazu.....	69
7. Unsere Welt friedlicher.....	71
7.1. Unser Hessen gegen Krieg.....	72
7.2. Unser solidarisches Europa.....	73
7.3. Unsere Idee der Internationale Entwicklungszusammenarbeit.....	75
8. Unsere Entscheidung: Ob in Stadt oder Land - überall gut.....	76
8.1. Unser Leben auf dem Land: Gleichwertig für alle.....	76
8.2. Unsere Kommune vor Ort: selbst verwaltet und demokratisch.....	80
9. Unser Miteinander demokratischer.....	83
9.1. Unsere Demokratie, Bürger*innenbeteiligung, Mitbestimmung und Wahlrecht, Transparenz.....	83
9.2. Unsere Versammlungsfreiheit - ohne Wenn und Aber.....	84
9.3. Trennung von Staat und Kirche verwirklichen- Konsequenzen aus den schockierenden Missbrauchsfällen in den Kirchen ziehen!.....	85

9.4. Unsere Medien sind Träger von Informationsfreiheit, Meinungsvielfalt und Demokratie.....	86
9.5. Unseren Rechtsstaat gut ausstatten und demokratisieren.....	87
9.6. Unsere Polizei: reformiert und kontrolliert.....	88
9.7. Nicht unser Verfassungsschutz!.....	90
9.8. Antifaschistisches Engagement ist unsere Aufgabe.....	91
9.9. Unser Schutz - Verbraucher*innenschutz.....	93
9.10. Unsere Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophen-schutz.....	94
9.11. Unser Ehrenamt: Förderung und Wertschätzen.....	95
9.12. Unseren Breitensport fördern.....	96
9.13. Unsere Digitalisierung zielgerichtet und für alle fördern.....	96
9.14. Unsere Kultur: divers, vielfältig und für alle zugänglich.....	98
10. Unsere Entscheidung: Wie wir leben und wer wir sind.....	100
10.1. Unsere Gleichberechtigung, unsere Emanzipation.....	100
10.2. Unser Geschlecht, unsere Sexualität, unsere Freiheit.....	103
10.3. Unser Leben: inklusiv und barrierefrei.....	104
10.4. Unsere Welt: grenzenlos solidarisch.....	106
10.5. Unser Hessen: vielfältig und gleichberechtigt.....	107
10.6. Unser Konsum: sicher und straffrei.....	109
11. Unser Gemeinwesen gerecht finanzieren.....	110
11.1. Unser Geld: Sozial gerecht Umsteuern.....	111
11.2. Für Investitionen in unsere Zukunft.....	112
12. LINKS wirkt – auch im Hessischen Landtag.....	114

1. Einleitung

Hessen braucht Veränderungen - einen Politik- und Systemwechsel für ein soziales, gerechtes, ökologisches, friedliches und vielfältiges Land. Wir wollen eine Politik, die soziale Sicherheit für alle schafft und auch im Alter, bei Erwerbslosigkeit oder Krankheit vor Armut schützt. Eine Politik, die für gute Arbeitsplätze und armutsfeste Löhne ebenso sorgt wie für bezahlbare Mieten in den Städten und Schritte hin zum kostenfreien öffentlichen Nahverkehr. Wir wollen, dass niemand Angst vor der nächsten Gas- Heizöl- oder Stromrechnung haben muss. Wir wollen eine Bildungspolitik, die von der Kindertagesstätte (Kita) über die Schule bis zur Ausbildung und Uni alle Talente und Begabungen fördert - längeres gemeinsames Lernen ist dafür ein Schlüssel. Wir wollen eine Politik, die unsere Lebensgrundlagen schützt. Dafür müssen wir endlich konsequent in erneuerbare Energien investieren und die sozialökologische Transformation als überlebenswichtigen öffentlichen Auftrag begreifen. Ein Land, das in Krankenhäuser, Schulen und Bahnschienen investiert, um auch kommenden Generationen eine zeitgemäße Infrastruktur zu hinterlassen. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen frei von Diskriminierung, Ausgrenzung und Unterdrückung leben können. Wir wollen mehr Demokratie, eine stärkere Beteiligung der Bürger*innen, eine Ausweitung des Wahlrechts und eine Verwirklichung der Trennung von Staat und Kirche. Ein Land mit einer gestärkten demokratischen Zivilgesellschaft, die Hass und Hetze den Nährboden entzieht und entschieden rechte Gewalt und rechten Terror bekämpft. Wir wollen ein Land, in dem Reiche und Vermögende gerecht besteuert werden, um unser aller Gemeinwesen auskömmlich zu finanzieren. Kurzum: Wir wollen ein Hessen, in dem Solidarität und Gemeinsinn im Mittelpunkt stehen, statt Konkurrenzdenken und Egoismus.

Seit vierundzwanzig Jahren regiert die CDU in Hessen, seit neun Jahren mit Bündnis 90/Die Grünen. Unter Schwarz-Grün ist die Armut gewachsen, der Reichtum von Wenigen gestiegen, die Mieten sind weiter in die Höhe geschneit, Energie-, Verkehrs- und Agrarwende stocken. Mitverantwortlich dafür sind auch SPD und FDP, die mit ihrem Ja zur Schuldenbremse notwendige öffentliche Investitionen verhindert haben. Die Bildung ist nach wie vor unterfinanziert, der Ausbau von Ganztagschulen kommt nicht voran, Kita-Plätze fehlen und der Bildungserfolg ist weiterhin stark abhängig von Einkommen, Vermögen und Herkunft der Eltern. Krankenhäuser, Schulen und öffentliche Einrichtungen sind oft marode oder werden vielfach ihren Ansprüchen nicht gerecht. Hass, Hetze und Ausgrenzung sind der Nährboden, auf dem rechte Gewalt erwächst. Zu oft hat der Staat im Kampf gegen den rechten Terror versagt: die Morde des NSU, die Ermordung Dr. Lübckes und der rassistische Terroranschlag in Hanau belegen das.

Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für:

- Soziale Sicherheit und gute Arbeit
- Bezahlbare Mieten und ein sicheres Zuhause

- Rüstungskonvention und Frieden
- Klimagerechte Zukunft durch Energie-, Verkehrs- und Agrarwende
- Gerechte Bildung für alle
- Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
- Vorrang für das Öffentliche und ein gut ausgebautes Gemeinwesen

Ob Corona-Pandemie oder die Preissteigerungen in Folge des Ukraine-Krieges: In den Krisen der letzten Jahre sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Weder die große Koalition, noch die derzeitige Ampel-Koalition im Bund oder auch Schwarz-Grün in Hessen haben es geschafft, die Menschen vor den Krisenfolgen zu schützen. Unterstützende Maßnahmen blieben aus oder kamen zu spät. Wenn sie kamen wurden hierdurch die Besserverdienenden in vielen Fällen mehr entlastet, als jene die ohnehin nicht viel haben. Wir sagen: Strom, Heizen, Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein.

DIE LINKE kämpft dafür, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern. Dafür suchen wir auch die Zusammenarbeit mit Partner*innen, mit denen es möglich ist, einen echten Politikwechsel durchzusetzen und Hessen sozialer, ökologischer und gerechter zu machen. Für diese Ziele wollen wir weiter Druck machen. Für uns ist es entscheidend, dass sich die Politik verändert.

Gemeinsam mit Menschen, die sich für ihre sozialen Interessen einsetzen, mit streikenden Belegschaften, Gewerkschaften, Stadtteilbewegungen, Bürger*innen-, Umwelt-, Friedens- und Erwerbsloseninitiativen, Geflüchtetenhelfer*innen, kritischen Intellektuellen und vielen anderen arbeiten wir an gesellschaftlichen Mehrheiten für Solidarität und Gerechtigkeit. Die Möglichkeiten, über das Parlament Veränderungen zu erreichen, steigen, wenn der Druck aus der Gesellschaft wächst.

Grenzenloses Profitstreben, Kriege und Klimakatastrophen: Der Kapitalismus bleibt die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Als dessen Folge jagt eine Krise die nächste. Auf der Strecke bleiben Mensch, Natur, Zusammenhalt und Demokratie. Damit finden wir uns nicht ab. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und die Natur und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt stehen.

Ändern wir Hessen und die Welt. Es ist höchste Zeit!

Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein soziales, gerechtes, ökologisches, friedliches und vielfältiges Hessen. Machen Sie sich ein Bild von unserem Programm und wählen Sie am 08. Oktober .2023 DIE LINKE!

2. Unser Leben sicherer!

2.1. Unsere soziale Sicherheit garantiert

DIE LINKE strebt nach einer Gesellschaft des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität. Wir wollen, dass alle ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert leben können. Alle Menschen sollen den gleichen Zugang zu gemeinschaftlichen Gütern und Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und Hilfe in der Not erhalten. Dafür braucht Hessen einen Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit. DIE LINKE ist die einzige parlamentarische Kraft in Deutschland, die zu einer solchen Politik bereit ist. Wir haben konkrete Lösungen, die kleine und mittlere Einkommen entlasten und Sozialleistungsbeziehenden ein Leben mit voller Teilhabe ermöglichen. Wir streiten in Kommune, Land und Bund an der Seite sozialer Bewegungen für eine inklusive Gesellschaft, die alle mitnimmt.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind einem immer weiter wachsenden Druck ausgesetzt. Arbeitsverdichtung, Flexibilisierung, Leiharbeit und befristete Arbeit sind Alltag. Die Löhne steigen nicht im selben Maß wie die Kosten. Wir wollen krank machende Arbeitsbedingungen beenden, Gewerkschaften stärken und Arbeitsplätze sichern.

Im deutschen Sozialstaat bleiben viele Menschen auf der Strecke. Bürgergeld, Niedriglohn oder geringe Renten sind Realität für Millionen in unserem Land. Die Ampelkoalition versagt bei einer dringend erforderlichen sozialen Kehrtwende und der notwendigen Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Nur wer die Reichen und Krisengewinner*innen in gesellschaftliche Verantwortung nimmt, kann die zunehmende Spaltung in unserem Land aufhalten.

Noch nie waren so viele Menschen in Hessen armutsbetroffen. In zehn Jahren schwarz-grüner Regierung hat sich die Zahl der Menschen in Armut verdoppelt. Der ländliche Raum verödet. In vielen Kommunen werden soziale Angebote ausgedünnt. Es herrscht massiver Fachkräftemangel in den Sozial- und Gesundheitsberufen. Krankenhäuser werden ohne wohnortnahen Ersatz geschlossen. Ein Drittel der hessischen Geburtsstationen wurde trotz steigender Geburtenrate in den vergangenen 15 Jahren dichtgemacht. Das sind nur wenige Beispiele für das politische Versagen der aktuellen Landesregierung.

Statt dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen, haben wir als LINKE zusammen mit vielen Bündnispartner*innen konkrete Alternativen entwickelt. Wir wollen deutlich weniger befristete Modellprojekte: Soziale Politik braucht eine dauerhafte und angemessene Finanzierung, die alle Menschen in Hessen erreicht und eine verlässliche Perspektive schafft.

Dazu braucht es bessere Rahmenbedingungen auf Bundesebene; etwa eine existenzsichernde und sanktionsfreie Mindestsicherung, eine eigenständige

Kindergrundsicherung und eine Mindestrente, die den Lebensstandard sichert. Prekäre Erwerbsformen wie sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit, Minijobs und Werkverträge gehören verboten oder deutlich erschwert.

Auch in Hessen müssen Weichen gestellt werden, um Armut zu überwinden. Aktuell ist jeder fünfte Mensch in Hessen armutsbetroffen. Bei Kindern, Jugendlichen und Alleinerziehenden ist die Quote deutlich höher. Armut bedeutet gesellschaftlichen Ausschluss. Dem stellen wir uns entgegen.

DIE LINKE will:

- **Armutsreduzierung zum politischen Schwerpunkt der kommenden Wahlperiode machen:** Wir wollen die Zahl der armutsbetroffenen Menschen in den kommenden fünf Jahren deutlich reduzieren.
- **Die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und kostenfrei zugänglich machen:** Museen, Schwimmbäder, Kultur und Kunst, Bildung, Bibliotheken, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und viele andere Leistungen sollen unentgeltlich für alle Menschen nutzbar werden. Wo dies noch nicht der Fall ist, muss geplant werden, wie das zu erreichen ist. Für Menschen in Armut soll ein kostenloser Zugang als erster Schritt verwirklicht werden.
- **Alle Maßnahmen im Landeshaushalt auf ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Teilhabe hin überprüfen:** Zur Überwindung von Armut müssen deutlich mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die kommunalisierten sozialen Hilfen müssen erhöht und jährlich an Lohn- und Kostensteigerungen angepasst werden.
- **Einen Landesaktionsplan zur Sicherung der sozialen Teilhabe:** Armutsursachen müssen wissenschaftlich untersucht und passgenaue Gegenmaßnahmen entwickelt werden. Dazu gehören Land und Kommunen, Gewerkschaften und soziale Träger an einen gemeinsamen Tisch. Mit Sofort-, kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sagen wir der Armut den Kampf an.
- **Kinder- und Jugendarmut überwinden:** In allen Kommunen müssen Strukturen entwickelt werden, um Kindern und jungen Menschen in Armut einen gleichberechtigten Zugang und ein armutsfreies Aufwachsen zu ermöglichen. Präventionsketten sollen sicherstellen, dass alle vorhandenen Angebote verbunden und auf Alter und Lebensphasen abgestimmt werden. Bei Übergängen (z.B. von der Kita in die Schule) sollen keine Lücken entstehen.
- **Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden:** Projekte zur konkreten und niedrigschwelligen Hilfe von Menschen in Obdachlosigkeit wie zum Beispiel Kältebusse müssen ausgebaut werden.

2.2. Unsere Gesundheit ist keine Ware

Krankenhäuser sind nicht dafür da, um Profite für Aktiengesellschaften zu erwirtschaften, sondern sie sollen Menschen gesund machen. Fallpauschalen gehören vollständig abgeschafft. Die Linke hat sich jahrelang gegen die Privatisierung gewehrt. Die Lösung liegt in der Rückkehr der stationären Gesundheitsversorgung in öffentliche und gemeinnützige Hand. Medizinische Versorgungszentren sollen kommunal oder genossenschaftlich organisiert sein. Die Grenzen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzt*innen müssen - immer orientiert an der besten medizinischen Versorgung der Patient*innen - eingerissen werden. Eine Gesundheitsversorgung mit guten Arbeitsbedingungen und eine patient*innenorientierte Medizin ist unser Ziel.

All das galt vor und erst recht nach der Corona-Pandemie: Die Pandemie hat die Missstände offengelegt. Nicht erst die Corona Pandemie hat gezeigt, dass die Politik im Gesundheitswesen versagt. Durch die Pandemie ist das Versagen erschreckend deutlich geworden: Pflegenotstand, Hebammenmangel, die Ausbeutung der Heilberufe, die Unterfinanzierung der Gesundheitsämter, mangelnde Digitalisierung, Fehlanreize durch Privatisierung und vieles mehr sind lange bekannt.

Für eine gute Gesundheitsversorgung für alle brauchen wir auf Bundesebene die Bürger*innenversicherung, in die alle einzahlen und aus der alle Leistungen getragen werden – ohne Zuzahlungspflichten. Diese wollen wir im Bund durchsetzen.

DIE LINKE will:

- **Gesundheitsprävention deutlich ausbauen:** Statt immer mehr Geld in die Nachsorge zu investieren, wollen wir die gesundheitliche Vorsorge stärken. Prävention, Rehabilitation und frühzeitige medizinische Beratung müssen allen Menschen zugänglich sein. Arbeitsbedingungen dürfen nicht krank machen. Wir fordern mehr Personal beim Land für Arbeitsschutzkontrollen.
- **Die medizinische Versorgung in der Fläche garantieren:** Wir brauchen eine Gesundheitsplanung von den Kommunen über die Gesundheitsregionen bis zum Land. Unser „Gesundheitsplan für Hessen“ zeigt, wie wir die Versorgung mit Kliniken und Krankenhäusern an qualitativen Kriterien bemessen und zugleich für jede*n die Erreichbarkeit der stationären Grund- und Notfallversorgung in 30 Minuten mit Bus und Bahn sicherstellen. Dazu schaffen wir abgestimmte und gestufte Angebote, natürlich in öffentlicher, genossenschaftlicher oder gemeinnütziger Hand. Zur Sicherung der ambulanten ärztlichen Versorgung wollen wir unter anderem mit der Stärkung des ländlichen Raums die Bedingungen für junge Ärzt*innen verbessern. Die Landarztquote steht nur auf dem Papier. Wir wollen daher die Hochschulmedizin und deren Ausbildungsbestandteile im ländlichen Raum deutlich ausbauen und für mehr Fachrichtungen öffnen. Wir unterstützen die Kommunen dabei, medizinische Versorgungszentren zu etablieren, Ärzt*innen anzustellen und so von Niederlassungsdruck und Bürokratie zu

entlasten.

- **Krankenhausinvestitionen erhöhen:** Hessen spart hier an der falschen Stelle: Der größte Teil der Mittel wird über die Krankenhausumlage von den Kommunen eingesammelt, das Land selbst gibt kaum etwas. Im Ergebnis fehlt den Krankenhäusern Jahr für Jahr ein dreistelliger Millionenbetrag für Investitionen. Das geht auf Kosten der Beschäftigten und Patient*innen. Die notwendigen Krankenhausinvestitionen müssen vollständig aus Landesmitteln erstattet werden, wie es die Gesetze bereits vorsehen.
- **Kommunale Kliniken erhalten und Privatisierungen rückgängig machen:** Gerade kommunale Kliniken, die grundlegend für die stationäre Nahversorgung sind, stehen unter Finanzdruck. Sie können sich nicht nur auf lukrative medizinische Angebote begrenzen. Daher müssen sie gut ausfinanziert werden, um keine weitere Schließungs- oder Privatisierungswelle nach Corona zu erleben. Wir wollen, dass kleinere Kliniken erhalten und zu Gesundheitszentrum mit Ambulanzen verschiedener Fachrichtungen, einfachem stationärem Angebot und auch ambulanter Pflege weiterentwickelt werden. So verzahnen wir stationäre und ambulante Angebote, schaffen gute Rahmenbedingungen für Kurzzeit-Reha und -Pflege, kooperieren mit therapeutischen Berufen und niedergelassenen Ärzt*innen. Wo Kliniken schon privatisiert sind, fordern wir einen Krankenhaus- Rückkauffonds des Landes, damit Kommunen die Gesundheitsversorgung wieder in öffentliche Hand nehmen können.
- **Das Universitätsklinikum Gießen und Marburg wieder in öffentliches Eigentum zurückführen:** Die Privatisierung des UKGM muss rückgängig gemacht werden. Ein wissenschaftliches Gutachten unserer Landtagsfraktion, der Gewerkschaft ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung belegt: Eine Vergesellschaftung auf der Basis des Grundgesetzes ist möglich! Ein landeseigenes Klinikum bietet die besten Voraussetzungen, um gute Arbeitsbedingungen, qualitativ hochwertige Forschung und Lehre und eine optimale Patient*innenversorgung zu garantieren. Wir fordern wissenschaftliche Personalmindeststandards für alle Stationen und unterstützen Entlastungstarifverträge. Nur, wenn die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden, bekommen wir den Pflegenotstand in den Griff (s. Kapitel „Unsere Pflege stärken“). Ebenso braucht es eine Entlastung der Kliniken mit einer besseren Patient*innensteuerung: Alle grundversorgenden Kliniken brauchen eine direkte örtliche Anbindung an den Ärztlichen Bereitschaftsdienst.
- **Den Hebammenmangel überwinden:** Der runde Tisch zur Hebammenversorgung hat viele richtungsweisende Ideen entwickelt. Aber die hessische Landesregierung verschläft die Umsetzung und sieht weiterhin tatenlos zu, wenn Geburtsstationen in Hessen geschlossen werden. Wir wollen eine Eins-zu-Eins-Betreuung bei der Geburt und die freie Wahl des Geburtsortes sicherstellen. Um das Berufsbild attraktiver zu gestalten, werden wir uns dafür einsetzen, der Expertise der Hebammen durch Akademisierung, Anerkennung und berufliche Aufwertung Rechnung zu tragen.

- **Frauen*gesundheit fördern:** Medizinische Forschung und Medikamententests orientieren sich in aller Regel am männlichen Körper. In der Folge werden medizinische Bedürfnisse von Frauen* nicht ausreichend beachtet. Wir wollen Forschungsvorhaben unterstützen, die die Unterschiedlichkeit der Geschlechter im Blick behalten. Wir wollen, dass Menstruationsprodukte in allen öffentlichen Gebäuden in Hessen kostenfrei bereitgestellt werden. Verhütungsmittel müssen Kassenleistung sein. Flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen und Ärzt*innen für Strafgesetzbuch; Kommunale und Landeskrankenhäuser müssen gesetzlich verpflichtet werden Schwangerschaftsabbrüche auch nach Beratungsregelung durchzuführen (s. „Unsere Gleichstellung, unsere Emanzipation“).
- **Therapeutische Berufe stärken:** Medizinische Heilberufe sind für die medizinische Versorgung und funktionierende Prävention unverzichtbar. Doch auch Physiotherapie, Logopädie und viele andere Fachrichtungen sind vom Schulsterben und Nachwuchsmangel betroffen. Wir unterstützen den Wunsch vieler Fachgesellschaften nach der Akademisierung der Ausbildung, um zeitgemäße Abschlüsse und Ausbildungsattraktivität zu erreichen. Ihre Arbeit muss besser vergütet werden. Auch Therapeut*innen sollen kommunale Förderung, Anstellung und Unterstützung erhalten, um sich verstärkt im ländlichen Raum anzusiedeln.
- **Fachübergreifende Ausbildung weiterer nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe an kommunalen Bildungszentren:** Das aktuelle System der Ausbildung nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe ist unzureichend. DIE LINKE fordert den Aufbau kommunaler bzw. regionaler öffentlicher Bildungszentren zur fachübergreifenden Ausbildung aller Berufsgruppen. Nur eine gemeinsame Ausbildung garantiert ein zwar spezialisiertes, jedoch auch ausreichend breites Wissen und damit bestmögliche Beratung und Versorgung in der Zukunft.
- **Rettungsdienste besser anbinden:** Die gesetzlich vorgegebenen Rettungszeiten werden vielerorts in Hessen nur auf dem Papier erfüllt. Hessen muss mehr Geld in die Hand nehmen, um Rettungskapazitäten auszubauen, die Arbeitsbedingungen der Kolleg*innen müssen dringend verbessert werden. Um bei Notfällen eine bessere Vernetzung von Rettenden und Kliniken zu erzielen, müssen deutlich mehr Mittel in Digitalisierung fließen. Die im SaN- Projekt erprobte Verzahnung der Rettungsdienste mit niedergelassenen Ärzt*innen wollen wir flächendeckend in Hessen umsetzen.
- **Eine zügigere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in medizinischen Berufen:** Medizinische Fachkräfte, die bei uns arbeiten wollen, warten teils Jahre bis zu ihrer beruflichen Anerkennung. Wir fordern mindestens vierteljährliche Anerkennungsprüfungen für alle Berufsgruppen und mehr Personal für eine schnellere Abarbeitung im zuständigen Landesamt.
- **Nicht krankenversicherte Menschen medizinisch angemessen versorgen:** Trotz Krankenversicherungspflicht sind hunderttausende Menschen nicht versichert oder wegen Beitragsschulden oder gesetzlich auf eine Minimalversorgung

beschränkt. Wir wollen flächendeckende unabhängige Clearingstellen, die Menschen den Weg zurück in die Krankenversicherung ebnen und einen Behandlungsschein mit Behandlungsfonds, um Menschen in Not eine angemessene Gesundheitsversorgung zu garantieren. Wir fordern eine Initiative zur Streichung von Beitragsschulden.

- **Eine moderne Psychiatrie ohne Zwang:** Psychische Erkrankungen sind noch immer tabuisiert, Betroffene werden an den Rand gedrängt. Das spiegelt sich in der medizinischen Unterversorgung. Statt jedes Jahr immer mehr Millionen in die Verwahrung psychisch kranker Straftäter*innen im Maßregelvollzug zu investieren, wollen wir präventive Angebote ausbauen, die viele chronische Verläufe mit ihren Folgen verhindern würden.
- **Wir fordern flächendeckende Krisendienste, die rund um die Uhr erreichbar und mit Fachpersonal sowie Krisenzimmern und -pensionen ausgestattet sind:** Bei Bedarf muss aufsuchende Arbeit möglich sein, dafür braucht es Ressourcen. Selbsthilfe, Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige müssen viel stärker eingebunden und unterstützt werden. In den Kliniken müssen Selbstbestimmung und Zwangsfreiheit einen viel höheren Stellenwert erhalten. Dazu braucht es mehr Personal, bauliche Veränderungen, aber auch ein neues Selbstverständnis für eine moderne Psychiatrie. Besuchskommissionen und unabhängige Ansprechpersonen müssen gestärkt werden.
- **Digitalisierung zum Wohl der Menschen:** Ob eine digitale Anwendung im Gesundheitswesen eingesetzt werden soll oder nicht, darf sich nur daran bemessen, ob es zu besserer Patient*innenversorgung und verbesserten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten beiträgt. Die digitale Dividende muss für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt werden.
- **UN-AIDS-Ziele endlich erreichen:** Die Prävention von HIV-Erkrankungen braucht einen höheren Stellenwert in Hessen. Wir fordern mehr Unterstützung für die Arbeit der AIDS-Hilfen und von Schwerpunktpraxen, auch um das Stadt- Land-Gefälle bei Anlaufstellen und qualifizierten Ansprechpersonen zu überwinden. Es braucht einen erleichterten Zugang zur Präexpositionsprophylaxe (PrEP). Vorurteilen und Unwissenheit muss mit zeitgemäßer Aufklärungsarbeit begegnet werden.
- **Klimagerechte Kliniken schaffen:** Auch Krankenhäuser müssen zur Begrenzung des Klimawandels beitragen. Wir fordern ein Investitionsprogramm des Landes für den klimagerechten Umbau. Kliniken bieten ideale Bedingungen für Solarfassaden und -dächer, vertikale Windkraftanlagen und eine effektive Abwärmenutzung. Nachhaltige Beschaffung und die Reduzierung von Abfällen müssen verstärkt werden. Jobtickets und Jobbikes schonen nicht nur die Umwelt, sondern fördern auch die Attraktivität der Kliniken für Jobsuchende. Nicht zuletzt bedeutet Klimafolgenanpassung auch große medizinische Herausforderungen durch veränderte Krankheitsbilder oder neue, bisher in Deutschland untypische Gesundheitsgefahren.

2.3. Unsere Pflege stärken

Wir alle sind potenzielle Patient*innen. Wir erwarten zu Recht, dass Menschen in Pflegeheimen, Krankenhäusern und im ambulanten Bereich gut versorgt werden. Dazu will DIE LINKE einen radikalen Richtungswechsel in der Gesundheits- und Pflegepolitik einleiten: Gesundheit vor Profit!

Der Pflegenotstand ist hausgemacht: In den 1990er und 2000er Jahren wurden in Deutschland wegen angeblicher Unwirtschaftlichkeit fast 100.000 Pflegestellen an Kliniken ersatzlos gestrichen. Diese Fachkräfte, die mit Ausgliederung und verschlechterten Arbeitsbedingungen vertrieben wurden, fehlen jetzt in den Kliniken und Betreuungseinrichtungen.

Dieses System ist spätestens mit der Corona-Pandemie in allen Bereichen an seine Grenzen gestoßen. Pflegenden Angehörige, die den größten Anteil der Pflegearbeit leisten, erhalten kaum Unterstützung. Pflegekräfte verlassen ihren Beruf oder reduzieren ihre Arbeitszeiten, fast ein Drittel bricht schon während der Ausbildung ab. Auf Bundesebene fordert DIE LINKE eine Pflege-Vollversicherung, die alle Pflegekosten abdeckt, damit das Einkommen nicht über den Pflegestandard entscheidet und Pflegenden angemessen bezahlt werden können.

DIE LINKE unterstützt den Kampf der Pflegekräfte für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen. Streikende Pflegekräfte und ihr Kampf für Entlastungstarifverträge sind ein wichtiger Schlüssel für eine humane Pflege.

DIE LINKE will:

- **Ein Pflegeplan für Hessen:** Die komplexe Situation in der Pflege erfordert ein abgestimmtes Vorgehen in allen Bereichen. Wir haben einen „Pflegeplan für Hessen“ vorgelegt, der alle Seiten – stationär und ambulant, Kranken- wie Altenpflege – würdigt und gemeinsame, wie auch spezifische Verbesserungen vorschlägt.
- **Bessere Unterstützung für pflegende Angehörige:** Rund 85 Prozent der Pflegebedürftigen werden zuhause und in erster Linie durch Angehörige gepflegt. Vorwiegend tun dies Frauen* mit den entsprechenden Nachteilen bei Erwerbszeiten und Rente. Es fehlt an Unterstützung und Beratung für pflegende Angehörige. Deshalb wollen wir einen Ausbau der Pflegestützpunkte in Hessen, damit diese wohnortnah erreichbar und aufsuchend tätig sein können. Wir wollen ein Landesinvestitionsprogramm zum Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege, damit auch pflegende Angehörige Pausenzeiten bekommen und die Nachteile im Erwerbsleben begrenzt werden. Wohnraum von Pflegebedürftigen muss, staatlich gefördert, barrierefrei umgebaut werden, um den Verbleib in den eigenen vier Wänden oder bei der Familie zu ermöglichen.

- **Bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag in der Pflege:** Pflegekräfte müssen entlastet, angemessen entlohnt und tarifvertraglich geschützt werden. Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Personalbemessung und Personalmindeststandards in allen Bereichen des Gesundheitswesens. Arbeits- und Gesundheitsschutz sind zu kontrollieren und durchzusetzen. Die Einführung der 30-Stunden-Woche für Pflegekräfte bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in großen Schritten angegangen werden. Auszubildende brauchen gute Rahmenbedingungen, passgenaue Anleitung und dürfen keine Lückenbüsser des Fachkräftemangels sein. Hessen muss mehr für die Gewinnung von Lehrkräften an den Pflegeschulen tun. DIE LINKE setzt sich für die Schaffung entsprechender Instrumente ein, die eine Nachqualifizierung in bestehenden Arbeitsverhältnissen ermöglichen, insbesondere auch für Arbeitnehmer*innen in der Leih- und Zeitarbeit.
- **Pflegekräfte (zurück-)gewinnen:** In Deutschland fehlen 200.000 Pflegekräfte, in Hessen sind es mindestens 12.000. Die Lösung liegt in der Abkehr der Ökonomisierung der Pflege: Mindestens 300.000 Pflegekräfte in Deutschland wären bereit wieder in ihren Beruf zurückzukehren oder von Teilzeit in Vollzeit zu wechseln, wenn statt Arbeitshetze und Bürokratie vernünftige Löhne und Zeit für die Pflegebedürftigen im Mittelpunkt stünden. Heruntergebrochen auf Hessen stünden bei uns bis zu 40.000 Pflegekräfte für eine Rückkehr bereit. Doch statt gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, setzen viele Arbeitgeber*innen – unterstützt von der hessischen Landesregierung – auf Anwerbung von Pflegekräften aus der ganzen Welt, um die ausbeuterischen Modelle aufrechterhalten zu können. Damit wird der Pflegenotstand nur in andere Regionen der Welt transferiert. Natürlich ist uns jede Pflegekraft, die nach Hessen kommt, herzlich willkommen. Die Anerkennung ausländischer beruflicher Abschlüsse muss deutlich beschleunigt werden. Die Überwindung des Pflegenotstands kann aber nicht durch internationale Abwerbung, sondern nur durch angemessene Bedingungen für die Pflege gelingen.
- **Bessere und kleinere Pflegeeinrichtungen:** Wir fördern alternative Wohngruppen, Pflege-Wohngemeinschaften und genossenschaftliche Unterstützungsstrukturen. Kommunen und kommunale Altenhilfeplanung müssen hier als Anbieter gestärkt werden. Wir wollen flächendeckend kommunale oder genossenschaftliche ambulante Gesundheitszentren in Verbindung mit Pflegeeinrichtungen und angedockten Pflegediensten. Pflegeeinrichtungen unterstützen wir bei Digitalisierung und Modernisierung - immer mit dem Fokus, dass Pflegekräfte und Menschen mit Pflegebedarf davon profitieren. Das Land muss sich an den Investitionen der Senior*inneneinrichtungen beteiligen, auch um die Pflegebedürftigen und ihre Familien finanziell zu entlasten. Profitorientierte Konzerne haben in der Pflege nichts zu suchen. Wir unterstützen sensible Pflege, die die besonderen Bedürfnisse von älteren Migrant*innen, queeren Personen und suchterkrankten Menschen berücksichtigt.
- **Eine Demenzstrategie für Hessen:** Wir wollen einen umfassenden Ansatz

schaffen, der die Öffentlichkeit sensibilisiert, Ängste abbaut und Demenz enttabuisiert. Dafür müssen Beratungsangebote insbesondere für pflegende Angehörige verbessert werden. Ein ständiges Expertengremium bei der hessischen Landesregierung muss zur Erfassung der Lage und Erarbeitung weiterer notwendiger Schritte etabliert werden. Mit einem Investitionspaket wollen wir den Um- und Ausbau stationärer Einrichtungen in Hessen, der sich am Pflegebedarf demenziell Erkrankter orientiert, ermöglichen und insbesondere auch die Kommunen in der Koordination für eine gute Pflege stärken. Zusammen mit kommunalen Gesundheits- und Pflegekonferenzen sollen Konzepte für alternative Wohngruppen für demenziell Erkrankte mit einer möglichst weitgehenden Selbstbestimmung erarbeitet, gezielt gefördert und umgesetzt werden.

2.4. Unser Zusammenhalt über Generationen hinweg

Ob Jung oder Alt – Teilhabe muss für alle möglich sein. Dafür gilt es, gesellschaftliche Hürden zu beseitigen. Wir wollen die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie alle zielgerichtet unterstützen können und die gesetzlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass Mitwirkung für alle möglich wird. Erfolgreiche Modellprojekte der Generationenarbeit müssen flächendeckend verwirklicht werden können.

DIE LINKE will:

- **Kinder- und Jugendrechte garantieren:** Seit fünf Jahren sind die Kinder- und Jugendrechte Teil der Hessischen Verfassung. Wirklich verändert hat sich dadurch für die meisten Kinder und Jugendlichen nichts. Es hängt immer noch vom Geburts- bzw. Wohnort ab, inwieweit Kinder und Jugendliche teilhaben können – und vom Geldbeutel der Eltern. Kinder- und Jugendrechte müssen gelebt werden. Wir wollen daher, dass in allen Kommunen Mitwirkungsgremien für Kinder und Jugendliche existieren. Das Wahlalter gehört in Kommunen und in Hessen auf 16 Jahre gesenkt. Schulen müssen demokratisiert werden. Überall muss es nicht-kommerzielle öffentliche Angebote geben, bestenfalls kostenfrei oder wenigstens für Familien bezahlbar. Jedes Kind, jede*r Jugendliche muss kostenfrei ins Museum gehen oder ein Musikinstrument erlernen können.
- **Freiräume schaffen und ausbauen:** Wir wollen Jugendzentren erhalten und Freizeitangebote ausbauen. Jugendzentren brauchen qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal. Zudem wollen wir den Einsatz von Streetwork stärken. Die Finanzierung der Jugendverbände muss auf eine verlässliche Basis gestellt werden.
- **Jugendhilfe finanziell und personell besser ausstatten:** Die Jugendhilfe steht kurz vor dem Kollaps. Die vorhandene Jugendhilfestruktur kann die zunehmende Menge an Kinder und Jugendlichen nicht mehr auffangen. Deswegen müssen wir mehr Geld und Personal in die Struktur stecken, damit wir mehr Kapazitäten in der

Jugendhilfe, z.B. auch für neue intensivpädagogische Wohngruppen und präventive Maßnahmen, haben.

- **Familien besser unterstützen:** Familie, egal wie konkret definiert, ist ein wichtiger und generationenübergreifender Faktor im Zusammenleben der meisten Menschen. Hier finden Menschen wichtige Bezugspersonen, Liebe und Geborgenheit, aber natürlich auch Streit und Konflikte. Bei Problemen braucht es niedrigschwellige Beratung und Unterstützung. Viele Anlaufstellen sind ebenso wie die Jugendämter überlastet. Es braucht mehr Personalkapazitäten, um nicht nur in Notfällen intervenieren zu können, sondern schon durch funktionierende Strukturen präventiv wirksam zu sein. Dabei muss der Fokus auf den Schutz und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gerichtet werden.
- **Zusammenhalt der Generationen stärken:** In den hessischen Kommunen gibt es funktionierende Generationenarbeit, wie vielfältige Modellprojekte belegen. Wir wollen das interkommunale Lernen fördern, um solche Projekte für mehr Menschen im eigenen Wohnumfeld erlebbar zu machen. Wir sammeln dazu Best-Practice-Beispiele, machen sie hessenweit bekannt und stellen Anschubfinanzierungen bereit.
- **Altersgerechte Kommunen:** Die kommunale Altenhilfeplanung sowie Senior*innenbeiräte wollen wir deutlich stärken. Barrierefreiheit muss bei allen öffentlichen Baumaßnahmen zwingend umgesetzt werden. Der öffentliche Raum ist für alle barrierefrei zugänglich zu machen. Die Hessische Bauordnung muss verändert werden, um barrierefreien Wohnraum in jedem Neubau vorzuschreiben. Senior*innen sollen Hilfen zur Verfügung gestellt werden, um in der gewohnten Umgebung weiterleben zu können. Dazu gehören die Förderung von Senior*innen- und altersübergreifenden Wohngemeinschaften, Hilfen beim Erhalt der Wohnung oder bei der Suche nach geeignetem Wohnraum. Beratungsangebote müssen gerade auch für Ältere aufsuchend tätig sein.

3. Unser Zuhause sicher und bezahlbar

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Menschenrecht. Und es ist mehr als ein Dach über dem Kopf: Wie, wo, mit wem und zu welchem Preis wir wohnen, hat großen Einfluss auf unseren Alltag. Umso problematischer ist es, dass die Mieten schon seit vielen Jahren immer weiter steigen und bezahlbarer Wohnraum fehlt. Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen werden aus den (Innen-)Städten verdrängt, Hausgemeinschaften und Nachbarschaften zerstört, Zwangsräumungen und Energiesperren vollzogen. Immer neue Luxusquartiere und teure Eigentumswohnungen prägen das Bild der Städte, während Immobilienkonzerne Milliarden Gewinne machen. All dies zeigt: Die Wohnungsfrage ist zur sozialen Frage unserer Zeit geworden – und der Kampf gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung ist wichtiger denn je.

In Hessen ist die Situation am Wohnungsmarkt besonders dramatisch. In der Rhein- Main-Region und den Hochschulstädten, aber zunehmend auch in mittleren Städten und Dörfern sind die Mieten und Wohnungspreise in den letzten Jahren immer weiter explodiert. Viele Haushalte müssen mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für Miete und Nebenkosten ausgeben. Luxusmodernisierungen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und spekulativer Leerstand sind an der Tagesordnung. Doch statt Mietenwahnsinn und Verdrängung aktiv zu begegnen, tut die Landesregierung nur das nötigste und schöpft die landesrechtlichen Möglichkeiten zum Schutz der Mieter*innen nicht aus. Obwohl überall gebaut wird, entsteht kaum bezahlbarer Wohnraum. Die Parole „Bauen, Bauen, Bauen“ ist nicht nur ökologisch, sondern auch wohnungspolitisch ein Irrweg. Trotz verstärkter Bautätigkeit stagniert die Zahl der Sozialwohnungen bei rund 80.000 – und dies obwohl über die Hälfte der Menschen in Hessen einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung hätten und Zehntausende auf Wartelisten stehen. Auch für Studierende ist das Angebot an bezahlbaren, öffentlich geförderten Wohnheimplätzen schlecht und im Bundesvergleich unterdurchschnittlich. Noch schwieriger ist die Situation für benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen oder Wohnungs- und Obdachlose. Sie alle finden kaum bezahlbaren Wohnraum – auch nicht bei der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW), deren Geschäftspolitik nicht nur zu wenig sozial ausgerichtet ist, sondern die auch weiterhin Wohnungen privatisiert und ihren Bestand daher kaum ausbauen kann. Demgegenüber haben sich profitorientierte Wohnungskonzerne wie Vonovia auch in Hessen breitgemacht.

DIE LINKE will sich mit dieser Entwicklung nicht abfinden, sondern ihr aktiv entgegenzutreten. Wir sind überzeugt, dass Wohnen zu wichtig ist, als dass man es dem Markt überlassen sollte. Daher wollen wir gezielt öffentliche und gemeinwohlorientierte, also nicht profitorientierte Akteur*innen stärken und diese zugleich demokratisieren. Eine solche Vergesellschaftung von Wohnraum ist nicht nur das beste Instrument für dauerhaft niedrige Mieten und gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Sie erlaubt es auch, Wohnungspolitik sowohl nach sozialen als auch ökologischen Kriterien auszurichten und den Erhalt bzw. die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle mit konkreten Schritten zum Schutz des Klimas zu verknüpfen.

3.1. Unseren Wohnraum nicht dem Markt überlassen - Mietenwahnsinn stoppen

DIE LINKE will:

- **Mietenwahnsinn und Verdrängung stoppen:** Wir wollen, dass die landesgesetzlichen Möglichkeiten zum Schutz von Mieter*innen vollständig ausgeschöpft und weiter ausgebaut werden. Daher möchten wir überall, wo es notwendig ist, hessische Städte als Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt

ausweisen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bereits ab drei (statt bisher sechs) Wohneinheiten unter Genehmigungsvorbehalt stellen und die Kommunen darin unterstützen, Milieuschutzsatzungen zu erlassen. Zudem wollen wir im Bundesrat darauf hinwirken, dass ein bundesweiter Mietendeckel eingeführt, Zwangsräumungen verboten, das kommunale Vorkaufsrecht wiederhergestellt und verschärft sowie der Schutz der Mieter*innen vor Eigenbedarfskündigungen ausgebaut wird. Auch kleinere Läden, Geschäfte und Gewerbetreibende wollen wir vor Verdrängung aus den Innenstädten schützen.

- **Nebenkosten begrenzen, Energiesperren verhindern:** Wir wollen, dass Mieter*innen vor einem unkontrollierten Anstieg der Nebenkosten und der Energiepreise geschützt werden. Hierfür braucht es einen staatlichen, zeitlich unbegrenzten Preisdeckel für den Grundverbrauch an Strom, Gas, Wärme und Wasser. Zusätzlich müssen kommunale und andere Energieversorgungsunternehmen Sozialtarife für Menschen mit geringem Einkommen bereitstellen. Wir wollen, dass alle öffentlichen Unternehmen in Hessen vollständig auf Energiesperren verzichten und das Land einen dauerhaften Härtefallfonds für Betroffene einrichtet.
- **Klimaschutz vorantreiben, Verdrängung verhindern:** Zum Schutz des Klimas müssen wir den CO₂-Ausstoß im Gebäudesektor reduzieren und bestehende Wohnungen energetisch modernisieren. Da die anfallenden Kosten rechtlich zu einem Teil auf die Mieter*innen umgelegt werden dürfen, belasten Modernisierungsmaßnahmen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen stark und führen vielfach zu Verdrängung. Dies wollen wir verhindern, indem wir öffentliche und am Gemeinwohl orientierte Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften finanziell fördern, wenn sie die Gebäudesanierung wärmietenneutral umsetzen. Zudem wollen wir uns im Bundesrat für die Abschaffung der Modernisierungsumlage einsetzen.
- **Spekulativen Leerstand, Wohnraumzweckentfremdung und Abriss bekämpfen:** Damit Wohnraum erhalten bleibt, wollen wir das im Jahr 2004 von CDU und FDP abgeschaffte Gesetz gegen spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung wiedereinführen. Es soll so verschärft werden, dass Abriss erschwert und die rasche Wiederherstellung von zweckentfremdetem Wohnraum sichergestellt wird. Zudem wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, Leerstand in entsprechenden Katastern systematisch zu erfassen und ihn in Notsituationen vorübergehend beschlagnahmen zu können (z.B. zur akuten Unterbringung Geflüchteter und anderer vulnerabler Gruppen). Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit Besetzungen und anderen Mitteln des zivilen Ungehorsams für eine zweckmäßige Nutzung von leerstehendem Wohnraum oder von Freiflächen einsetzen, wollen wir entkriminalisieren.

3.2. Unseren Boden und unser Klima schützen und trotzdem bezahlbaren Wohnraum schaffen

DIE LINKE will:

- **Sozialen Wohnungsbau retten, ausbauen und dauerhaft sichern:** Gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum wollen wir im Rahmen eines ambitionierten Fünf-Jahres-Planes in ganz Hessen zusätzlich 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr bzw. 50.000 Sozialwohnungen insgesamt schaffen – barrierefrei und klimaneutral. Hierfür wollen wir die Mittel in der sozialen Wohnraumförderung massiv erhöhen und das System stärker als bisher auf öffentliche, genossenschaftliche und gemeinnützige – d.h. nicht profitorientierte – Wohnungsunternehmen zuschneiden. Zudem wollen wir die vorzeitige Ablösung von Sozialbindungen erschweren, die Bindungsfristen verlängern und dauerhafte Sozialbindungen ermöglichen. Es muss das Prinzip gelten: Einmal sozial gebaut, dauerhaft sozial gebunden.
- **Studentischen Wohnraum fördern:** Damit mehr Studierende bezahlbaren Wohnraum finden, wollen wir in den hessischen Universitäts- und Hochschulstädten 2.000 Wohnheimplätze pro Jahr bzw. 10.000 Wohneinheiten insgesamt schaffen. Hierzu wollen wir ein eigenständiges Förderprogramm auflegen, das eine dauerhafte Sozialbindung sicherstellt. Zudem sollen Studierendenwerke und Wohnungsunternehmen stärker als bisher bei der Suche nach geeigneten Grundstücken und Gebäude unterstützt werden. Bodenspekulation stoppen, Bauland als Gemeingut sichern: Da ohne bezahlbares Bauland kein bezahlbarer Wohnraum entstehen kann, darf Grund und Boden nicht länger Profitzwecken dienen. Wir wollen einen gesetzlichen Privatisierungsstopp für alle landeseigenen Immobilien und Grundstücke. Diese sollen künftig nur noch für öffentliche und gemeinnützige Bauvorhaben – insbesondere des sozialen Wohnungsbaus – zu günstigen Konditionen in Erbpacht bereitgestellt werden. Zudem wollen wir – z.B. durch einen Bodenfonds – den Ankauf von Flächen durch die öffentliche Hand und eine langfristige, demokratisch kontrollierte Bodenbevorratung unterstützen sowie alle landesrechtlichen Möglichkeiten nutzen, den Anstieg der Bodenpreise zu deckeln sowie Bodenwertzuwächse und Planungsgewinne abzuschöpfen.
- **Neubau öffentlich und ökologisch gestalten, Hessische Bauhütte gründen:** Angesichts der Anforderungen des Klimaschutzes, hoher Baukosten und fehlender Fachkräfte steht der notwendige Neubau von bezahlbarem Wohnraum in Hessen vor großen Herausforderungen. Diese lassen sich am besten von der öffentlichen Hand bewältigen. Hierfür wollen wir die Zusammenarbeit der kommunalen Wohnungsgesellschaften und der NHW verbessern, klimaschonende Projekte fördern und eine Hessische Bauhütte gründen. Diese soll als gemeinwirtschaftliches Bauunternehmen Bauleistungen für öffentliche und andere nicht-profitorientierte Wohnungsgesellschaften erbringen, energetische Modernisierung und ökologische Bauweisen (wie den urbanen Holzbau oder

Energie-Plus-Bauweise mit Wiederverwertung von Baustoffen) großflächig vorantreiben und sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen.

- **Nachhaltige Flächennutzung umsetzen, Boden schützen:** Damit die notwendige Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum nicht in Widerspruch zum ebenfalls notwendigen Klimaschutz gerät, ist eine möglichst sparsame Flächeninanspruchnahme notwendig. Daher wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, vorhandenen Wohnraum bedarfsgerecht umzuverteilen (z.B. durch Wohnungstauschbörsen), neuen Wohnraum auf bereits versiegelten Flächen zu schaffen (z.B. durch Aufstockung und Umnutzung von Gebäuden) und Flächen zu entsiegeln, flächenschonendes Planen und Bauen umzusetzen und die Kommunen bei einem nachhaltigen Flächenmanagement und dem Aufbau von öffentlich zugänglichen Flächenkatastern zu unterstützen. Gute und sehr gute Ackerböden wollen wir grundsätzlich von der Bebauung ausschließen.

3.3. Unser Wohnraum: Gemeinwohlorientierte Wohnungsgesellschaften fördern, Profitinteressen stoppen

DIE LINKE will:

- **Nassauische Heimstätte/Wohnstadt stärken und sozial ausrichten:** Wir sehen die landeseigene Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) als zentrales Instrument im Kampf für mehr bezahlbaren Wohnraum in Hessen. Daher wollen wir den Wohnungsbestand durch Neubau und Zukäufe innerhalb der nächsten fünf Jahre von aktuell knapp 60.000 Wohnungen auf 100.000 Wohnungen erhöhen. Hierfür muss die Privatisierung bestehender Wohnungen sofort gestoppt, die soziale Wohnraumförderung stärker auf öffentliche Wohnungsunternehmen zugeschnitten und das Eigenkapital der NHW aus dem Landeshaushalt zusätzlich erhöht werden. Zudem wollen wir, dass die NHW hessenweit zum Vorbild für eine soziale Geschäftspolitik wird. Hierfür braucht es einen Mietestopp für alle Mieter*innen, eine 50-Prozent-Quote für Sozialwohnungen im Bestand und Neubau, feste Kontingente für benachteiligte Gruppen und einen dauerhaften Verzicht auf Zwangsräumungen und Energiesperren. Die aus Klimaschutzgründen dringend notwendige energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes der NHW muss warmmietenneutral erfolgen. In diesem Sinne wollen wir auch den Einfluss des Landes auf die GWH, Tochtergesellschaft der Landesbank Hessen-Thüringen, erhöhen und die Geschäftspolitik des Wohnungsunternehmens sozial-ökologisch ausrichten.
- **Kommunale Wohnungsgesellschaften unterstützen, Wohnraum rekommunalisieren:** Ebenso wie die landeseigene Wohnungsgesellschaft NHW sind auch kommunale Wohnungsgesellschaften ein wichtiger Eckpfeiler der sozialen Wohnraumversorgung in Hessen. Daher wollen wir die bestehenden

Wohnungsgesellschaften unterstützen und die Neugründung kommunaler und kreiseigener Gesellschaften konzeptionell und finanziell fördern. Zudem möchten wir einen landesweiten Rekommunalisierungsfonds auflegen, mit dem kommunale Wohnungsgesellschaften, aber auch Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Akteur*innen Wohnungen zurück in öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Hand bringen können. Darüber hinaus setzen wir uns im Bundesrat für die Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts ein.

- **Genossenschaften und gemeinschaftliches Wohnen gezielt fördern:** Gemeinnützige Genossenschaften und Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens leisten einen wichtigen Beitrag für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in Hessen und sind beispielgebend für selbstbestimmte, demokratische Formen des Wohnens. Daher wollen wir ihren Zugang zu landeseigenen Grundstücken verbessern und diese in Erbpacht und vergünstigt an sie vergeben. Zudem wollen wir im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung ein eigenes Förderprogramm für gemeinschaftliches Wohnen auflegen, das dem innovativen Charakter dieser Projekte gerecht wird und es den zivilgesellschaftlichen Initiativen ermöglicht, selbstorganisiert ihre wohnungspolitisch wichtigen Konzepte umzusetzen.
- **Neue Wohnungsgemeinnützigkeit schaffen:** Um eine soziale Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum zu fördern, setzen wir uns über den Bundesrat für die Wiedereinführung der 1990 abgeschafften Wohnungsgemeinnützigkeit und deren Weiterentwicklung ein.
- **Vonovia & Co. kontrollieren und enteignen:** Große, häufig börsennotierte Wohnungskonzerne wie Vonovia sind für ihre unsoziale, rein profitorientierte Geschäftspolitik bekannt. Sie besitzen in Hessen zehntausende Wohnungen. Wir wollen die Tätigkeit dieser Wohnungskonzerne systematisch erfassen und kontrollieren. Die landeseigene Wohnungsgesellschaft NHW und kommunale Gesellschaften sollen ihre Wohnungsbestände aufkaufen, wenn dies wirtschaftlich darstellbar ist. Gelingt dies nicht, streben wir – entsprechend des gewonnenen Volksbegehrens der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ in Berlin – auch in Hessen die Enteignung und Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne nach § 15 des Grundgesetzes an.

3.4. Unsere Entscheidung wie wir wohnen: Wohnungswesen demokratisieren und Wohnen für alle ermöglichen

DIE LINKE will:

- **Mietervereine fördern, die Mietenbewegung unterstützen:** Die Selbstorganisation von Mieter*innen, das Engagement von Hausgemeinschaften, Nachbarschaftsinitiativen und stadtpolitischen Gruppen sowie die Arbeit des Deutschen Mieterbundes Landesverband Hessen und lokaler Mietervereine ist der

wichtigste Faktor im Kampf gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung sowie ein Musterbeispiel für zivilgesellschaftliche Praxis in unserer Demokratie. Wir wollen diese Praxis und die landesweite Vernetzung dieser Akteur*innen mit einem Landesförderprogramm gezielt unterstützen.

- **Mieter*innenbeiräte einführen, Wohnungsgesellschaften demokratisieren:** Wir wollen, dass Mieter*innen demokratischen Einfluss auf ihre Wohnsituation nehmen können. Daher wollen wir die Einführung von Mieter*innenbeiräten bei größeren Wohnungsgesellschaften fördern und sicherstellen, dass diese tatsächlich Kontroll- und Mitbestimmungsrechte gegenüber Management und Verwaltung erhalten. Zudem wollen wir Modelle entwickeln, wie die landeseigene Wohnungsgesellschaft NHW und andere öffentliche, insbesondere kommunale Gesellschaften – z.B. in Gestalt einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) – dauerhaft demokratisiert, vergesellschaftet und gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden können.
- **Benachteiligte Gruppen unterstützen und Diskriminierungen abbauen:** Die Wohnraumversorgung gesellschaftlich benachteiligter Gruppen in Hessen ist besonders dramatisch. Hierzu zählen u.a. Geflüchtete, Straftatlassene, Suchtkranke, Erwerbslose, Wohnungs- und Obdachlose, Menschen mit Behinderungen oder Frauen* aus Frauen*häusern. Wir wollen, dass diese Personengruppen gezielt unterstützt sowie rassistische und andere Diskriminierungen am Wohnungsmarkt abgebaut werden. Hierfür müssen die Datenlage verbessert, soziale Angebote ausgebaut, entsprechende Kontingente bei öffentlichen Wohnungsgesellschaften vorgehalten und andere Formen der dezentralen Unterbringung gestärkt werden.
- **Obdachlosigkeit bekämpfen:** Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu reduzieren, wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen die flächendeckende Einrichtung von Wohnungssicherungsstellen fördern, neue Ansätze wie „Housing first“ durch Landesprogramme unterstützen sowie eine hessische Wohnungsnotfallstatistik erstellen, die auf sofortige und bedingungslose Wohnraumversorgung in Kombination mit enger sozialpädagogischer Begleitung und Unterstützung setzen. Kommunen müssen verpflichtet werden, angemessenen Wohnraum für Wohnungsnotfälle bereitzuhalten.
- **Neubau barrierefrei gestalten, Umbau fördern:** Der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum ist in Hessen deutlich größer als das Angebot. Dabei nützt Barrierefreiheit allen, nicht nur Älteren und Menschen mit Behinderungen. Daher wollen wir, dass die Vorgaben für den Anteil barrierefreier Wohnungen im Neubau deutlich erhöht werden und dieser mittelfristig vollständig barrierefrei erfolgt. Da in Hessen bisher nur der barrierefreie Umbau von selbstgenutztem Wohneigentum gefördert wird, fordern wir zudem ein eigenständiges Förderprogramm für den barrierefreien Umbau von Mietwohnungen.

4. Unsere Arbeit gut und gerecht!

4.1. Unser Leben - Wir müssen von guter Arbeit leben können

Wir kämpfen gegen Ausbeutung und Unsicherheit im Job – und setzen uns ein für gute Arbeitsbedingungen für alle. Gesundheit und Zufriedenheit der Beschäftigten sollten das Ziel der Politik sein. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Arbeit soll für alle Menschen sicher, unbefristet, sinnvoll und tariflich bezahlt sein. Arbeit muss zum Leben passen und den Menschen ausreichend Raum für Freizeit, soziale Beziehungen außerhalb der Arbeit und gesellschaftliches Engagement bieten. Arbeiten, um zu leben, nicht leben, um zu arbeiten.

Viele Menschen, ganz besonders Frauen*, sind im Niedriglohnbereich tätig. Sie sind arm trotz Arbeit. Die zurückliegende Corona-Krise, die Energiekrise und die rasant steigenden Lebenshaltungskosten verschärfen die Situation dramatisch. Hier gegenzusteuern, ist dringend nötig. Der gesetzliche Mindestlohn ist trotz der Anhebung auf 12 Euro viel zu niedrig. Er bietet keinen ausreichenden Schutz vor Erwerbs- und Altersarmut. Viele Menschen können trotz Vollzeitstelle nicht mehr von ihrem Gehalt leben und sind gezwungen „aufzustocken“. Diese Subventionierung der Niedriglöhne wird durch die Allgemeinheit finanziert. Zu den oft schlechten Löhnen kommen zunehmend unsichere, prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Neue Jobs sind oft befristet und werden in der Leiharbeit geschaffen. Gerade junge Beschäftigte kennen das klassische Normalarbeitsverhältnis (unbefristete, sozialversicherungspflichtige, tariflich geregelte Vollzeitarbeit) gar nicht mehr. Was Unternehmen gerne als „Flexibilisierung“ bezeichnen, bedeutet für viele Beschäftigte und ihre Familien ein Leben ohne jede Planungssicherheit.

Die "Hartz-Reformen" nach der Jahrtausendwende haben zigtausend sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet. Die Reallöhne sind gesunken. Hierdurch wurde zugleich die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme unterspült. Das darf nicht so bleiben. Relativ niedrige Erwerbslosenzahlen in Hessen können über diese Probleme nicht hinwegtäuschen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können und dürfen im Alter nicht in die Armut abrutschen. Altersarmut trifft besonders Frauen*, die in ihrem Erwerbsleben niedrigere Löhne bekommen haben und für Care-Arbeit ihre Erwerbsarbeit unterbrochen oder gekürzt haben.

DIE LINKE will:

- **Lohndumping verhindern – Mindestlohn erhöhen:** DIE LINKE will den bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn auf 14 Euro anheben und fordert eine jährliche Anpassung an die Produktivitäts- und Preisentwicklung. In Hessen wollen wir mit einem Landesmindestlohngesetz dafür sorgen, dass im öffentlichen Dienst,

in landeseigenen Unternehmen und Gesellschaften sowie bei Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben oder Wirtschaftsförderung durch das Land Hessen erhalten, ein Mindestlohn von 14 Euro gilt. Wir fordern harte Kontrollen und Sanktionen zur Durchsetzung des Mindestlohnes.

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Gender Pay Gap überwinden:** Der hessische Lohnatlas zeigt auf, dass die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern im ländlichen Bereich höher ist als in den Städten. Frauen* verdienen durchschnittlich 18 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Unterschiede gibt es bei gleicher Arbeit und bei gleichwertiger Arbeit. In Branchen mit einem besonders hohen Anteil weiblicher Beschäftigter, wie im Handel, Sozial- und Gesundheitswesen, werden verglichen mit den Anforderungen in anderen Branchen viel geringere Einkommen erzielt. Die Landesregierung hat darauf Einfluss, indem sie Zuwendungen für Auftragsmaßnahmen so ausgestaltet, dass gute Löhne mit einer guten Altersversorgung gezahlt und Befristungen verhindert werden.
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Verbot der Leiharbeit:** Immer mehr Menschen sind in Leiharbeitsfirmen beschäftigt. Sie haben weniger Rechte, eine geringere Beschäftigungssicherheit und in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle ein niedrigeres Gehalt als die Stammebelegschaften. Viele Unternehmen gründen eigene Leiharbeitsfirmen und lagern einen Teil ihrer Beschäftigten dahin aus – zu schlechteren Bedingungen. DIE LINKE will ein Verbot der Leiharbeit. Um sie für ihre Flexibilität zu entschädigen, müssen Leiharbeiter*innen 10 Prozent mehr Lohn als die Stammebelegschaft bekommen und nach drei Monaten übernommen werden. Das Ausufern von Werkverträgen und befristeten Arbeitsverhältnissen und deren Missbrauch müssen bekämpft werden.
- **Ein nachhaltiges Landesvergabegesetz:** Die öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber der Privatwirtschaft. Die staatliche Auftragsvergabe hat aufgrund ihres Umfangs erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben und kann Maßstäbe setzen. Diesen Einfluss wollen wir nutzen, um tarifliche Standards, Umweltschutz und Gleichstellung in der Wirtschaft durchzusetzen. Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen oder Umweltstandards missachten, dürfen keine öffentlichen Aufträge erhalten. Das von Schwarz-Grün eingeführte Vergabegesetz bleibt leider zahnlos. Es sieht keine systematische Kontrolle vor und bleibt in weiten Teilen freiwillig. DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes ein, das Betriebe, die öffentliche Aufträge erhalten wollen, auf die Zahlung von Tariflöhnen (Tariftreue) und einen Mindestlohn von 14 Euro pro Stunde, sowie auf Engagement bei der Ausbildung und auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards verpflichtet. Lohndumping und ein Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten und der Umwelt können so wirksam verhindert werden.
- **Ausländische Abschlüsse anerkennen:** Durch die Nichtanerkennung ausländischer Berufsabschlüsse werden viele Arbeitnehmer*innen nicht ihrer Qualifikation entsprechend entlohnt. Das wollen wir durch eine verbesserte und unkomplizierte Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse und bessere Angebote zur Nachqualifikation ändern. Geschlechtergerechtigkeit

verwirklichen: Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, sind Frauen* auf dem Arbeitsmarkt immer noch mehrfach benachteiligt. Viele berufstätige Frauen* haben kein existenzsicherndes Einkommen. Arbeitsplatzvernichtung sowie Abbau regulärer Beschäftigung zwingen sie in ungeschützte, niedrig entlohnte und unsichere Arbeitsverhältnisse. Dies gilt besonders für alleinerziehende Mütter.

- **Arbeitszeit gerecht verteilen:** Wir setzen uns für eine Politik ein, die Arbeitszeit gerechter verteilt, soziale Arbeit wertschätzt und Arbeit von Frauen* genauso bezahlt wie die der Männer.
- **Arbeitszeit verkürzen:** Wir setzen uns im Öffentlichen Dienst für eine verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit mit 28 – 35 Stunden pro Woche als neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich ein. Das hessische Gleichstellungsgesetz muss entsprechend den Anforderungen der Frauen*beauftragten geändert werden. In Behörden und in der Landesverwaltung müssen die Rechte der Frauen*beauftragten gestärkt werden, so dass Benachteiligungen abgebaut werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird. Außerdem fordern wir das garantierte Recht der Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit. Wir unterstützen die Gewerkschaften in der Privatwirtschaft in ihrem Bemühen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten zu verkürzen.
- **Verkürzung der Ladenöffnungszeiten – Reduzierung der Sonntagsarbeit:** Die nach der Jahrtausendwende erfolgte weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten hat weder zur Erhöhung der Umsätze im Einzelhandel geführt noch die Zahl der regulären Vollzeitarbeitsplätze erhöht. Stattdessen helfen längere Ladenöffnungszeiten Handelskonzernen dabei, kleinere Geschäfte zu verdrängen; zugleich führen sie zu unnötigem zusätzlichen Energieverbrauch. Dadurch verschlechtert sich die Versorgung in ländlichen Regionen und Randlagen der Städte. Da im Einzelhandel überwiegend Frauen* arbeiten, sind diese durch die ungünstigen Arbeitszeiten besonders stark betroffen. Die Landesregierung hat zudem durch den Erlass der Bedarfsgewerbeverordnung die Sonntagsarbeit ausgeweitet. DIE LINKE will Ladenöffnungszeiten im Einklang mit ver.di wieder im Sinne der Beschäftigten gestalten. Verkaufsoffene Sonntage lehnen wir ab.
- **Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern – Arbeitszeitverkürzung durchsetzen:** Arbeit darf nicht krank machen, deshalb brauchen wir einen Arbeits- und Gesundheitsschutz, der stärker die Veränderungen der Arbeitswelt berücksichtigt, sowie mehr Personal und wirksame Kontrollen zur Einhaltung des Arbeitsschutzes. Die Fortschritte durch die Digitalisierung müssen im Sinne der Beschäftigten genutzt werden, um eine bessere Verteilung von Arbeit und kürzere Arbeitszeiten zu erreichen, sie dürfen nicht zu einer weiteren Verdichtung und völligen Entgrenzung von Arbeit führen.
- **Öffentlich geförderte und tariflich entlohnte Beschäftigung schaffen:** Wir wollen mehr öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige, unbefristete und

- tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse schaffen, um die Langzeiterwerbslosigkeit zu verringern. Dazu sollen die Mittel von Gemeinden, Bundesagentur für Arbeit und Europäischen Sozialfonds für Arbeitslosengeld (ALG) II-Beziehende und Arbeitsfördermaßnahmen gebündelt werden. Ergänzt durch einen ausreichenden Zuschuss aus Landesmitteln werden Kommunen und Landkreisen in die Lage versetzt, sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, die andere Arbeitsplätze weder verdrängen noch ersetzen.
- **Arbeitslosigkeit bekämpfen - Arbeitsplätze schaffen:** In Hessen bleibt viel Arbeit liegen: im Gesundheitswesen, in der Pflege, in der Jugendarbeit, im öffentlichen Nahverkehr, beim Sport und beim Umweltschutz. Gleichzeitig gibt es viele Erwerbslose. Hessen muss im öffentlichen Bereich Arbeitsplätze schaffen und Umschulungen fördern, um diese wichtigen Aufgaben zu erledigen und Menschen eine sichere Erwerbstätigkeit zu verschaffen.
- **Das kirchliche Sonderarbeitsrecht (den sogenannten 3. Weg) in Kirchen und Wohlfahrtsverbänden(Caritas und Diakonie) abschaffen:** Verwirklichung der Rechte der Beschäftigten in den Einrichtungen der Religionsgemeinschaften. Dies umfasst z.B. das Streikrecht der Beschäftigten in kirchlichen Kitas, Beratungsstellen, Krankenhäusern, Schulen und anderen und verbietet die Diskriminierung oder Entlassung bei Scheidung, Wiederheirat, Homosexualität oder auch Kirchenaustritt. Dies ist nur auf Bundesebene möglich. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, nicht nur mit den Kirchen eine Angleichung an das Arbeitsrecht zu überprüfen, sondern Gespräche unter Einbeziehung von Mitarbeiter*innenvertretungen und ver.di zu führen, die das Ziel der schnellstmöglichen Abschaffung verfolgen. Auf die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Unternehmensmitbestimmung ist zu achten. Wir fordern die hessischen, kirchlichen Arbeitgeberverbände auf, schon jetzt Tarifverhandlungen mit ver.di aufzunehmen.
- **Eine hessische Initiative für ein starkes Streikrecht zur Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen:** Inflation und Preissteigerungen treffen die Beschäftigten hart. Die Löhne steigen dagegen nur langsam, Betriebe schließen und Menschen werden entlassen. Deshalb braucht es ein anderes Streikrecht in Deutschland, das den Arbeiterinnen und Arbeitern mehr Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen gibt. Ein Streik sollte in allen Betrieben für die Gewerkschaften zusammen mit allen Beschäftigten ohne Gehaltsverluste möglich sein, auch für Beamte, auch im öffentlichen Dienst. Die Friedenspflicht muss abgeschafft werden, damit auf gravierende Ereignisse sofort reagiert, unabhängig von Tarifverhandlungen.

4.2. Unsere Anliegen zählen: Den öffentlichen Sektor stärken

DIE LINKE will den Ausbau eines demokratisch strukturierten öffentlichen Sektors. Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsangebote sowie die Gerichtsbarkeit müssen ausgebaut werden. Den Anliegen der Bürger*innen muss qualifiziert und in angemessener Zeit Rechnung getragen werden.

Der Anteil des öffentlichen Sektors an der Wirtschaft in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten dramatisch gesunken. Kürzungspolitik, Stellenabbau, zunehmendes Outsourcing und Privatisierungen sind die Ursachen dafür. Erfahrungen mit Privatisierungen zeigen allerorts, dass sich die Versprechen, Dienstleistungen würden besser und billiger werden, nicht erfüllen. Im Gegenteil, Privatisierungen, wie beispielsweise beim UKGM, führen zu Personalabbau, Ausdünnung des Angebots und meist auch zu höheren Preisen.

Alle Landesregierungen der letzten Jahre haben einen Konfrontationskurs gegen die Beschäftigten in der Landesverwaltung gefahren: Personalabbau, der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder, Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sowie Nullrunden und eine hohe Wochenarbeitszeit für die Beamt*innen. Damit muss endlich Schluss sein! Wir wollen einen gut ausgestatteten öffentlichen Dienst und eine angemessene Wertschätzung für die Beschäftigten. Die Tätigkeiten im öffentlichen Dienst müssen aufgewertet werden.

DIE LINKE will:

- **Privatisierungen stoppen:** Die Privatisierungspolitik richtet sich gegen die große Mehrheit der Bevölkerung. DIE LINKE lehnt die Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben ebenso ab wie die Privatisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede Privatisierung, auch die Überführung in private Rechtsformen (z. B. GmbH oder gGmbH) bedeutet einen Abbau von Demokratie, weil demokratisch gewählte Parlamente deutlich weniger Einfluss auf die Tätigkeit dieser privatisierten Einrichtung haben. Auch sogenannte öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind Teil der Privatisierungsbestrebungen und gehen zu Lasten der öffentlichen Hand. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. Dazu ist es nötig, dass §121 Abs.1 Nr.3 der HGO, der besagt, dass eine Gemeinde sich nicht wirtschaftlich betätigen darf, wenn der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden kann, abgeschafft wird.
- **Rekommunalisierungen fördern:** Die auf kommunaler Ebene in den letzten Jahrzehnten erfolgten Privatisierungen bleiben ein Problem. DIE LINKE will die Kompetenzstelle Public-Private-Partnership (PPP) in der Staatskanzlei auflösen und durch eine „Kompetenzstelle Rekommunalisierung“ ersetzen, die die Kommunen fachlich und rechtlich unterstützt, kommunale Infrastruktur wieder in die

öffentliche Hand zu überführen.

- **Öffentlichen Dienst ausbauen:** DIE LINKE will den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungen ausbauen. Um beispielsweise Schulen, Krankenhäuser, Kitas, Gerichtsbarkeit und viele andere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge besser auszustatten, wollen wir einen bedarfsgerechten Ausbau der Stellen im öffentlichen Dienst. Zudem muss die Ausbildungsquote deutlich erhöht werden. Die Einführung von „Beschäftigten zweiter Klasse“, wie bei angelernten Hilfskräften im Schuldienst und als sogenannte Wachpolizei, lehnt DIE LINKE ab.
- **Befristungspraxis im öffentlichen Dienst beenden:** Mittlerweile ist der öffentliche Dienst branchenübergreifend der Arbeitgeber mit den meisten befristeten Arbeitsverträgen. Gerade in der öffentlichen Verwaltung und in den sozialen Dienstleistungen (Gesundheit, Erziehung, Bildung und Gemeinnütziges) ist der befristete Arbeitsvertrag bei Neueinstellungen die Regel. DIE LINKE will den unbefristeten Arbeitsvertrag als Normalfall im öffentlichen Dienst.
- **Arbeitszeiterhöhung im Öffentlichen Dienst zurücknehmen:** Die Koch-Regierung hat die Arbeitszeit der Beamt*innen ohne Lohnausgleich von 38,5 auf 42 Stunden erhöht. Auch wenn Schwarz-Grün die Arbeitszeit der Beamt*innen wieder um eine Stunde auf 41 Stunden reduziert hat, überschreitet in vielen Bereichen, insbesondere in Schulen und bei der Polizei, die Arbeitsbelastung das Maß des Zumutbaren. Viele wechseln deshalb in Teilzeit und nehmen Einkommensverluste hin. DIE LINKE fordert, die Arbeitszeit der Beamt*innen wieder auf 38,5 Stunden zu reduzieren. Die tarifvertragliche Einkommensentwicklung ist wirkungsgleich auf die Beamt*innen zu übertragen.
- **Öffentlichen Dienst demokratisieren:** Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte wurden von den CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre massiv beschnitten. DIE LINKE setzt sich für eine vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte im hessischen Personalvertretungsgesetz ein. Konsequenter Einsatz für die Beschäftigten darf keine Sanktionen zur Folge haben.
- **Die Gewerkschaften unterstützen:** Zur Durchsetzung ihrer Ziele arbeitet DIE LINKE mit den Gewerkschaften zusammen und unterstützt sie bei ihren Aktionen. Sie beteiligt sich an Solidaritätskomitees, wenn es darum geht, gewerkschaftliche Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Und sie flankiert gewerkschaftliche Aktivitäten im Parlament, indem sie diese dort diskutiert, sowie durch Vorschläge für gesetzliche Regelungen, die die Gewerkschaften stärken und die Verteilungssituation für Beschäftigte verbessern.

4.3. Unsere Wirtschaft, die den Menschen dient

DIE LINKE will keine marktkonforme Demokratie, sondern eine Wirtschaft, die dem Wohl der Menschen verpflichtet ist. Die Landespolitik muss aktiv eingreifen, um Arbeitsplätze langfristig zu erhalten und zu sichern, um Unternehmen auf die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu verpflichten und um zukunftsfähige Konzepte insbesondere für die Industrie zu entwickeln.

Landes- und Bundesregierung verfolgen eine einseitig exportorientierte Strategie in der Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse dieser Strategie waren sinkende Reallöhne, Anstieg der Armut und Schwächung der Binnenkonjunktur. Normalarbeitsverhältnisse, von denen Beschäftigte den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien auskömmlich sichern können, werden durch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit verdrängt. International sind durch die rücksichtslose Förderung der deutschen Exportindustrie dramatische Ungleichgewichte entstanden, die in der sogenannten Euro-Krise sichtbar wurden.

DIE LINKE will:

- **Demokratisierung der Wirtschaft:** Wir wollen die Gründung und Arbeit von Genossenschaften fördern und den Einfluss der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben verstärken. Deshalb setzen wir uns für eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung ein, damit Kommunen - wie in allen anderen Bundesländern auch - wieder das volle Recht erhalten, sich wirtschaftlich zu betätigen. Wir kämpfen außerdem für eine allgemeine Demokratisierung des Wirtschaftssystems und halten an dem Anspruch fest, dass Schlüsselbereiche der Wirtschaft für die Allgemeinheit den größten Nutzen haben, wenn sie unter öffentlicher Kontrolle stehen, wie es dem Geiste des Artikels 41 der Hessischen Verfassung entspricht. Statt Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, sollen die Schlüsselunternehmen in öffentliches Eigentum überführt und unter Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und Bevölkerung gestellt werden.
- **Betriebliche Mitbestimmung ausbauen:** DIE LINKE will die Mitbestimmung und Interessenvertretung der Beschäftigten stärken und die Gründung von Betriebsräten unterstützen.
- **Aktive Industriepolitik durch eine Landesholding fördern:** Hessen hat einen hohen Anteil industrieller Arbeitsplätze. Allerdings stehen weite Teile der Industrie und ganz besonders die Automobilindustrie vor einem Umbruch und einem tiefgreifenden Strukturwandel. Bereits in den vergangenen Jahren sind viele Industriearbeitsplätze in Hessen verloren gegangen, zulasten der Beschäftigten und ganzer Regionen. Dabei bieten insbesondere die Energie- und Verkehrswende große Chancen, um industrielle Arbeitsplätze zu erhalten, auszubauen und langfristig zu sichern. Dazu müssen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften beteiligt werden. Es ist auch Aufgabe der Landespolitik, Konzepte für einen sozial-ökologischen Umbau zu fördern und umzusetzen. Zur Bewältigung des

Strukturwandels in der Industrie und den Herausforderungen durch die Digitalisierung müssen Beschäftigung nachhaltig gesichert, fortwährende Qualifizierung zum Beispiel mit einem Transformations-Kurzarbeitergeld entwickelt und Regeln für gute Arbeit in Zeiten der Digitalisierung aufgestellt werden. Wir treten dafür ein, umwelt- und klimaschädliche Arbeitsplätze in umweltfreundliche Arbeitsplätze ohne Lohneinbußen umzuwandeln. Für die Finanzierung dieses Konversionsprogrammes wollen wir eine Sonderabgabe für klimaschädliche Unternehmen erheben. Für die Rüstungsindustrie, wie etwa den Konzern Krauss-Maffei/Wegmann in Kassel, müssen Konversionsprogramme aufgelegt werden, damit durch die Arbeit und den Materialeinsatz Produkte hergestellt werden, die ausschließlich der friedlichen Nutzung dienen. Wir wollen auf Landesebene einen Transformationsfonds/Landesholding schaffen, um Unternehmen bei der Umstellung auf eine nachhaltige, ökologisch sinnvolle, zivile Produktion zu unterstützen. Hierfür müssen finanzielle Mittel in erheblichem Umfang bereitgestellt werden: Einerseits geht es darum, arbeitnehmerorientierte Beratungs- und Bildungseinrichtungen institutionell zu fördern und den Strukturwandel mit geeigneten Dialogplattformen zur Einbeziehung der Beschäftigten zu unterstützen. Andererseits geht es darum, staatliche Beteiligungen an Unternehmen zu fördern, um diese Transformation durchzusetzen.

- **Einen Transformationsbeirat auf Landesebene und in den Regionen:** Eine der Aufgaben wäre die Beratung der Landesregierung und der Kommunen bei der Strategie zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Industrie und im öffentlichen Sektor (Wasserstoffstrategie, Elektromobilität, Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Flächenpolitik, Energieversorgung, Auszubildendenwohnheime u.v.m.).
- **Tourismus in der Region stärken:** Die Förderung soll darauf ausgerichtet sein, die ländlichen Regionen zu stärken. Die lokale und regionale Zusammenarbeit unterschiedlicher Anbieter wollen wir erleichtern und verbessern, z.B. kann gezielt die bäuerliche Direktvermarktung gestützt werden. Die Förderung der Kur- und Rehasstandorte ist durch das Land zu verstärken. Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wollen wir es für alle Menschen erleichtern, Ausflugsziele zu erreichen und sich Ausflüge auch leisten zu können.
- **Den Finanzplatz Frankfurt regulieren:** Am Finanzplatz Frankfurt arbeiten gut 60.000 Menschen. Durch die Umstrukturierungen und Personalabbauprogramme der Banken sind viele Arbeitsplätze gefährdet. Bisher ergreift die Landesregierung keine geeigneten Maßnahmen dagegen. Sie will den Finanzplatz Frankfurt durch die Ansiedlung neuer Banken immer weiter vergrößern, statt ihm Schranken aufzuzeigen. Wer aber Arbeitsplätze sichern, Finanzblasen vermeiden und die nächste Finanzkrise verhindern will, muss dafür eintreten, dass die Finanzmärkte reguliert, Hochrisikogeschäfte verboten und die Tätigkeiten der Banken auf ihren Kernbereich beschränkt werden.
- **Wirtschaftsförderung neu ausrichten:** Die Wirtschaftsförderung des Landes muss zukünftig an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet sein und dem Erhalt von Beschäftigung dienen. Bei Insolvenzen und Massenentlassungen muss die

Landesregierung eingreifen. Den Einsatz öffentlicher Mittel zum Erhalt von Arbeitsplätzen verbindet DIE LINKE dabei mit der Eigentumsfrage. Es ist nicht einzusehen, weshalb öffentliche Gelder zur Absicherung privater Profite eingesetzt werden sollten. Die Förderrichtlinien der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) sollen überarbeitet werden. Unternehmen, die Lohndumping betreiben oder Umweltstandards unterlaufen, dürfen keine öffentliche Förderung bekommen. Die Wirtschaftsförderung muss am Grundsatz „Gute Arbeit“ ausgerichtet werden. Um in den Genuss von Wirtschaftsförderung zu kommen, muss u.a. die Tarifbindung gewährleistet und prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und Befristungen ausgeschlossen sein. Bei Vorhandensein eines Betriebsrats sollte ein Bonus gezahlt werden. Eine wirksame Kontrolle ist wichtig, damit soziale Kriterien auch eingehalten werden. Die monetäre und nicht-monetäre Wirtschaftsförderung in Hessen wollen wir wieder zusammenführen. Die regionale Struktur- und Wirtschaftsförderung sollte stärker auf die Bewältigung des Strukturwandels und im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation ausgerichtet werden.

- **Kleine und mittelständische Unternehmen fördern:** Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und Genossenschaften, gerade bei Ansiedlungen in ländlichen Regionen, fördern und stärken. Aufträge der öffentlichen Hand wollen wir nach einem Vergabegesetz erteilen, das die Aufteilung der Aufträge in Teillöse vorschreibt, die die KMU leisten können. Die Energiewende birgt große Chancen für das Handwerk in Hessen, wenn sie endlich vorangetrieben und gefördert wird. Gleiches gilt für die Reparatur- und Modernisierungsoffensive, die wir vorschlagen, um den Energie- und Ressourcenverbrauch von Haushalten, Behörden und Unternehmen zu verringern.
- **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken:** DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe und die lokale Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir die dezentrale Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume erhalten und ausbauen. Örtliche und regionale Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie Initiativen, um die Nahversorgung mit Lebensmitteln aufrechtzuerhalten, sollen vom Land unterstützt werden. Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur einschließlich Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Bürgerämtern und des öffentlichen Personenverkehrs spielen hier eine wichtige Rolle. So können Arbeitsplätze vor Ort gesichert und geschaffen sowie Verkehrswege reduziert werden.
- **Wirtschaftskriminalität bekämpfen:** In der Bundesrepublik Deutschland sind laut der Statistik des Bundeskriminalamtes nur 1,7 Prozent aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Aber auf diese 1,7 Prozent entfallen rund 60 Prozent des insgesamt durch Kriminalität angerichteten materiellen Schadens. Wirtschaftsstrafgesetze müssen im Interesse wirksamer Kontrollen gegen Wirtschaftskriminalität weiterentwickelt werden. Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Wirtschaftsstrafkammern und die Steuerfahndung der Finanzämter brauchen die notwendige Unabhängigkeit sowie die erforderliche materielle und personelle

Ausstattung. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiativen gegen Wirtschaftskriminalität nach Bildung von Kapitalkontrollräten an allen größeren Finanzstandorten als Sammel- und Anlaufstellen für Informationen über Wirtschaftskriminalität und für wirksamen Zeugenschutz. Sanktionen gegen diese Institutionen müssen ausgeschlossen sein, eine Wiederholung der kriminellen Machenschaften, der Schikanen und Verhinderung von Aufklärungsarbeit der Koch-Regierung gegen Steuerfahnder*innen muss wirksam verhindert werden.

- **Den Versorgungsauftrag der hessischen Sparkassen gewährleisten:** Die in öffentlich-rechtlicher Gewährträgerschaft geführten Sparkassen dienen insbesondere in ländlichen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen, deshalb ist ein dichtes Filialnetz zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Darüber hinaus haben sie den Auftrag, mit Krediten an ortsansässige Unternehmen und Handwerksbetriebe zur regionalen Mittelstandsförderung beizutragen. Anders als private Banken sind sie dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir wollen die Gemeinwohlorientierung stärken. Die letzten Novellierungen des Sparkassengesetzes, die gegen den erklärten Willen der Sparkassen, Städte und Gemeinden sowie der Beschäftigten durchgedrückt wurden, müssen zurückgenommen werden. DIE LINKE lehnt eine Privatisierung der hessischen Sparkassen strikt ab. Wir wollen den Einfluss der Kommunen auf die Sparkassen erhalten. Darüber hinaus ist gesetzlich festzuschreiben, dass die Dispozinsen bei Sparkassen maximal 5 Prozent über dem Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen dürfen. Derzeit werden nicht einmal 10 Prozent der von den Sparkassen erwirtschafteten Gewinne an ihre Träger, die Kommunen, ausgeschüttet, obwohl die Haushaltslage in vielen hessischen Kommunen angespannt ist. Das wollen wir ändern.

5. Unsere Zukunft klimagerechter

DIE LINKE setzt sich für eine lebenswerte Umwelt ein. Dafür müssen unsere natürlichen Lebensgrundlagen geschützt und die Ressourcen auf ökologisch erträgliche, nachhaltige und gerechte Weise genutzt werden. Hessen hinkt den Zielen des Klimaschutzes hinterher. Während im Bundesdurchschnitt die Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 41 % gesenkt wurden, waren es in Hessen sogar nur 30 %. Klimaschutz muss sich am verbleibenden Budget orientieren, sonst betreibt die Regierung „Klimapolitik ins Blaue hinein“. (Bundesverfassungsgericht 2021) Um die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens auch nur halbwegs zu erreichen, müssen bis 2040 alle klimarelevanten Emissionen daher um 95 % gesenkt werden. Das ist die erschreckende Bilanz nach 10 Jahren schwarz-grüner Klimapolitik. Ohne eine grundlegende Veränderung der Energieversorgung, der Produktion von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern sowie des Konsum- und Mobilitätsverhaltens werden wir weder das Artensterben noch den Klimawandel stoppen können.

Extreme Wetterereignisse, Waldsterben und Ernteauffälle durch Dürren, der steigende Meeresspiegel und sinkende Grundwasserstände: Die Klimakrise ist angekommen. Die globale Erwärmung ist aber nur ein Teil der ökologischen Krise, deren Ursache ein Wirtschaftssystem ist, das für Profit und Wachstum Menschen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen ausbeutet. Weltweit treffen Umweltzerstörung, Folgen des Klimawandels und Verknappung natürlicher Ressourcen sozial schlechter gestellte Menschen zuerst und besonders hart. Das gilt auch für Hessen.

Die schwarz-grüne Landesregierung erreicht die Nachhaltigkeitsziele nicht, legte einen unzureichenden Klimaschutzplan vor und verabschiedete ein weitgehend unverbindliches Klimaschutzgesetz. Damit setzt sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen aufs Spiel. Der Verlust von Arten und Lebensräumen in Hessen hat in zehn Jahren schwarz-grüner Regierung traurige Höchststände erreicht. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Die Landesregierung ist mit ihrer Biodiversitätsstrategie gescheitert. Wirtschaftliche Entscheidungen, die dem Erhalt des Wohlstandes weniger dienen, bestimmen an Stelle einer am Gemeinwohl orientierten Ökonomie das politische Handeln. Wachstumszwang im Kapitalismus macht bis dato alle Bemühungen des Umwelt- und Naturschutzes zunichte. Das müssen wir gemeinsam ändern!

DIE LINKE will:

- **Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele ernst nehmen:** Alle bestehenden Gesetze und Verordnungen (sowie Fördermittel, Subventionen, finanzielle Anreizinstrumente) müssen auf ihre Übereinstimmung mit den 17 globalen Nachhaltigkeits- und Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs) hin überprüfen und falls nötig geändert werden. Für bestehende und neue Gesetze wollen wir eine Folgenabschätzung mit Blick auf die Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele durchsetzen. Die Hessischen Nachhaltigkeitsziele genügen nicht und müssen zur Bewältigung der Klimakrise weiterentwickelt und als Querschnittsaufgabe verbindlich umgesetzt werden.

5.1. Unsere Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten

Eine klimaschonende und gleichzeitig bezahlbare Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Verwerfungen durch den Krieg in der Ukraine haben das Bedürfnis nach bezahlbarer Energie, aber auch nach einem zukunftsfähigen Umbau der Energieversorgung noch gesteigert. DIE LINKE setzt sich daher für einen sozial- ökologischen Umbau ein. Dieser Umbau muss dazu beitragen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Energie aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen, muss den Grundsätzen der Ressourcenschonung und der Reduzierung von Energieverbrauch folgen.

Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, zu denen sich Deutschland international

verpflichtet hat, muss der Kohlendioxidausstoß pro erzeugte Kilowattstunde drastisch verringert werden. Dies kann nur durch eine Stromproduktion mittels erneuerbarer Energien gelingen. Hessen bleibt beim Ausbau der erneuerbaren Energien zurück und belegt aktuell nur Platz 14 im Vergleich mit den anderen Bundesländern.

DIE LINKE will:

- **Eine Energieeinsparung:** Am preiswertesten und klimafreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die gar nicht erst bereitgestellt werden muss. Strom, Heizenergie und Prozessenergie in der Industrie müssen eingespart werden. Auch Strom aus erneuerbarer Energie wird in Zukunft nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Wärmedämmung und neue Technik können den Heizenergiebedarf erheblich reduzieren. Öffentlicher Personenverkehr verbraucht deutlich weniger Energie als die individuelle Nutzung von PKW, Güterverkehr auf der Schiene oder dem Binnenschiff weniger als Lkw-Verkehr auf der Straße. Noch immer gehen in Industrie und Gewerbe große Mengen sogenannter Abwärme ungenutzt verloren. Dazu sind staatliche Fördermaßnahmen, aber auch gesetzliche Vorgaben für Einsparung und die Senkung des Materialaufwands sowie die Erhöhung der Lebensdauer von Produkten notwendig.
- **Die Energiewende zügig umsetzen:** Für den Klimaschutz und für dauerhaft bezahlbare Energiepreise muss der Anteil fossiler Brennstoffe am Energieverbrauch deutlich schneller gesenkt werden. Eine hundertprozentige Stromversorgung Hessens durch erneuerbare Energien ist möglich. Bis 2040 ist dies auch für den Verkehr und den Wärmebedarf zu schaffen. Für Hessen liegen die Schwerpunkte bei der Nutzung von Wind- und Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse aus Abfällen. Die solartauglichen, und bisher für diesen Zweck ungenutzten, Dachflächen müssen in nur fünf Jahren für Solaranlagen genutzt werden. Darüber hinaus soll ein Förderprogramm für sog. Balkonkraftwerke aufgelegt werden, damit Privathaushalte weitgehend frei von Bürokratie selbstständig einen Teil ihres Strombedarfes nachhaltig und klimafreundlich decken können. Hierfür stellt Land Hessen eine finanzielle Förderung bereit. Der Ausbau der Windenergie in Hessen muss durch einen jährlichen Zubau von mindestens 150 Anlagen forciert werden. Der jährliche Ausbau der Photovoltaik und der Solarthermie wird im Vergleich zum Stand von 2021 mindestens vervierfacht. Die Nutzung Erneuerbarer Energien für neue und - bei wesentlichem Umbau und Dacherneuerung - auch von bestehenden Gebäuden (sogenannte Solarsatzung) sowie Bauwerken, Parkplätze und versiegelte Flächen muss zur Pflicht werden. Land und Kommunen müssen für Gebäude und Infrastruktur bei der Nutzung Erneuerbarer Energien vorbildhaft vorangehen. Photovoltaikanlagen im Freiland, vorzugsweise auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, müssen als Agri-PV-Anlagen eine weitere volle landwirtschaftliche Nutzung ermöglichen. Eine großräumige Vernetzung der verschiedenen regenerativen Energiequellen gleicht die Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne aus, garantiert

eine hohe Versorgungssicherheit sowie niedrige Preise und schafft gleichzeitig neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Kommunale Projekte sollen von Hessenforst durch pachtfreie Bereitstellung öffentlicher Flächen unterstützt werden.

- **Solarpflicht für Energiewende:** Sonnenenergie ist neben Wind die wichtigste Form preiswert und klimaschonend zu Wärme und Strom zu kommen. Der Aufwand ist - im Vergleich zu Gaspipelines, Bergwerken oder Betonbauten - gering und der Flächenverbrauch auch, wenn möglichst viele Dächer genutzt werden. In Hessen wird nur ein Bruchteil der Möglichkeiten ausgeschöpft. Es ist gut, Gebäudebesitzer mit einer Solarsatzung zu verpflichten, bei Neubau und bei großen Dachsanierungen Solaranlagen zu installieren - auch auf Gewerbeflächen und öffentlichen Gebäuden. Aber es ist nicht genug. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen alle Gebäude einbezogen werden. Wenn Eigentümer nicht selbst investieren, sollen Dritte Zugriff auf die Fläche bekommen. Auch wenn nicht sofort alles angepackt werden kann: in wenigen Jahren muss die Energiewende auch im Bestand greifen. Die hessische Landesverfassung verpflichtet die Verwaltungen zur Nachhaltigkeit und die Eigentümer zum Gemeinwohl. Für Klimaschutz kann auch in Eigentumsrechte eingegriffen werden. Wann, wenn nicht jetzt?
- **Den Kohleausstieg in Hessen:** Hessen kann beim Ausstieg aus der Kohleverstromung vorangehen. Erste Maßnahme wäre die endgültige und vollständige Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger. Danach müssen bis 2025 alle weiteren Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die Konzerne müssen frühzeitig eine Neuausrichtung der Unternehmen einleiten und die Beschäftigten sozial abgesichert werden. Ein planmäßiger Ausstieg ist auch deshalb notwendig, damit durch weitere gezielte Investitionen in erneuerbare Energien neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
- **Energiewirtschaft demokratisieren – dezentralisieren – kommunalisieren:** Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Überführung der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum und sieht die hessischen Gemeinden als wichtige Akteure der Energiepolitik an. Ihre Möglichkeiten, eine aktive Rolle beim Aufbau erneuerbarer Energieerzeugung zu spielen, wollen wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung wieder in der hessischen Gemeindeordnung verankern. Privatisierte Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der Gemeinden überführt werden. Genossenschaftliche Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen wir fördern und unterstützen. Dass selbst kommunale Wohnungsgesellschaften Balkonsolaranlagen mit fadenscheinigen Gründen verbieten, muss ein Ende haben. Die Stromnetze müssen gemeinwohlorientiert betrieben werden, so dass z.B. Mitglieder einer Genossenschaft den von ihnen erzeugten erneuerbaren Strom unter Nutzung des vorhandenen Verteilernetzes vergünstigt beziehen können. Wir wollen dieses nach EU-Recht verlangte „Energy Sharing“ endlich gegen die Strom- und Netzkonzerne durchsetzen. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen, sie müssen an den Einnahmen aus Windparks

beteiligt werden. Außer Kommunen oder Bürgerenergiegenossenschaften kann auch das Land selbst Windkraftanlagen planen, bauen und betreiben. Auch hierbei müssen die umliegenden Kommunen an den Gewinnen beteiligt werden.

- **Entscheidungsprozesse demokratisieren – Bürgerbeteiligung:** Mit der Energiewende sind weitreichende Veränderungen im Energie- und Planungsrecht, der Landnutzung, aber auch im Alltag der Menschen verbunden. Auch hier heißt es auf allen Ebenen: Mehr Demokratie wagen. Damit kann auch die lokale Akzeptanz für den Ausbau von Anlagen und Netzen verbessert werden.
- **Energiepreise deckeln:** Die Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht verteilt werden. In den letzten Jahren sind die Energiekosten für private Haushalte erheblich gestiegen. Um diese Entwicklung zu stoppen, fordert DIE LINKE die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle. Stromabschaltungen verhindern – Grundverbrauch billiger machen: DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur bei den Grundversorgern ein. Der Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Höherer Stromverbrauch wird mit höheren Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung dieser Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden. Stromabschaltungen müssen der Vergangenheit angehören. Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht!
- **Energieberatung:** Eine flächendeckende kostenlose Energieberatung soll für alle Privathaushalte angeboten werden. Für Haushalte mit niedrigem Einkommen sind ausreichende Hilfen für die Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte und Heizungen erforderlich. Energiegenossenschaften unterstützen und fördern: In Hessen haben sich Energiedörfer und Energiegenossenschaften gebildet, in denen Bürger*innen gemeinsam für eine dezentrale Versorgung mit erneuerbarer Energie aktiv werden. Diese Initiativen sowie energie-autarke Kommunen gilt es zu unterstützen und zu fördern, um weitere solche Projekte in ganz Hessen anzuregen. Neben Windkraft ist die Installation von Solaranlagen auch auf privaten Flächen sowie auf Dächern privater Gebäude und Eigenheime zu fördern und durch zinslose Kredite finanziell zu unterstützen.
- **Energetische Sanierung voranbringen:** Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes birgt ein großes Potential zur Einsparung von Energie. Ziel ist eine Bedarfshalbierung bis 2040 durch Wärmedämmung. Die Landesregierung will die energetische Sanierungsquote von derzeit 1 Prozent auf 2 Prozent aller Gebäude in Hessen jährlich erhöhen, stellt aber keine Mittel dafür bereit. Für die in den Nachkriegsjahren erbauten Großwohnsiedlungen soll ein Sofortprogramm zur energetischen Sanierung aufgelegt werden. Für alle privaten Hausbesitzer wird bis 2025 ein kostenloser Klimacheck durch qualifizierte Sanierungsberater*innen aktiv angeboten. Nach der energetischen Sanierung darf die Mieterhöhung nicht höher sein, als die Mieter*innen an Heizkosten sparen.
- **Die Wärmewende einleiten:** Wir brauchen effiziente Heizanlagen, eine Offensive in den Bereichen (Luft-)Wärmepumpen, Geothermie und Solarthermie sowie

möglichst klimaneutrale Wärmenetze. Die Kraft-Wärme-Kopplung, die Abwärmenutzung und/oder der Einsatz erneuerbarer Energien müssen Vorrang bei der Wärmeversorgung von Gebäuden und Anlagen haben. Öffentliche Gebäude dürfen nur noch als Energie-Plus-Häuser erstellt werden. Fernwärmenetze sowie der Aufbau von Abwärmenetzen im Nahumfeld von Kraftwerken, Klärwerken und Abwasserleitungen, Industrieparks und Rechenzentren müssen vom Land unterstützt werden. Die Genehmigung neuer Rechenzentren wollen wir von einer nachhaltigen Abwärmenutzung und einem hohen Grad an Energieeffizienz abhängig machen. Wärme aus industriellen Anlagen und Rechenzentren darf nicht länger ungenutzt an die Umwelt abgegeben werden. Hier muss es eine Pflicht zur Nutzung der Abwärme geben.

- **Fracking verbieten:** Durch den Ausfall der Erdgaslieferungen aus Russland wird wieder der Einsatz von Fracking zur Gasgewinnung aus tiefen Erdschichten gefordert. Aber Fracking ist mit großen, zum Teil unkalkulierbaren Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, vor allem für das Trinkwasser, verbunden. Jetzt enorme Summen und Technik in den Aufbau einer Technologie zur Gewinnung fossiler Brennstoffe zu investieren, deren Nutzung bis 2035 eingestellt werden muss, ist Unsinn. Stattdessen muss der Ausbau erneuerbarer Energie endlich entschieden vorangetrieben werden. Wir bleiben bei der Forderung nach einem bundesweiten Verbot von Fracking. Der Schutz von Grund- und Oberflächengewässern hat oberste Priorität.
- **Den Rückbau des AKW Biblis:** Der Schutz der Bevölkerung muss beim Rückbau des Atomkraftwerks in Biblis an erster Stelle stehen. Insbesondere das als „Freimessen“ bezeichnete Verfahren, radioaktive Abrissteile als unbedenklich zu erklären und auf (Hausmüll-)Deponien zu lagern oder sogar wieder zu verwerten, lehnen wir ab. Solange es keine Endlager gibt, muss das hochradioaktive Material im Zwischenlager in Biblis verbleiben und so sicher wie möglich gelagert werden. Dazu braucht es Wartungs- und Reparatereinrichtungen wie z.B. Heiße Zellen, die an die unterschiedlichen Castor-Behälter angepasst sind. Der Schutz vor Flugzeugabstürzen und Anschlägen muss verbessert werden. Radioaktives Material aus dem Rückbau von Biblis muss in einem Altlastenkataster erfasst werden. Der Landkreis Bergstraße ist von der Entsorgungspflicht für leicht radioaktive Abfälle zu befreien.
- **Reparieren statt wegwerfen - Reparaturbonus für Haushaltsgeräte:** Haushaltsgeräte müssen nicht nur länger halten, sie müssen auch repariert werden können. Wer das kaputte Handy, den Kühlschrank oder die Waschmaschine wieder in Stand setzen lässt, soll sich die Hälfte der Reparaturkosten (bis zu 100 Euro) vom Land erstatten lassen können. dass die Landesregierung den Klimanotstand erklärt: Alle Beschlüsse müssen auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft werden.

5.2. Unsere Mobilität garantieren – Verkehr reduzieren

DIE LINKE will eine sozial-ökologische Verkehrswende. Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Fahrten zum Arzt, zu Kulturveranstaltungen, zu Freunden und Familie müssen jedem Menschen möglich sein. Verkehr verursacht aber auch erhebliche Belastungen für Umwelt und Gesundheit. Wir wollen unnötige Autofahrten und Lkw- Transporte vermeiden. Um allen Menschen Mobilität für gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir gute und flächendeckend garantierte öffentliche Nahverkehrsangebote und niedrige Ticketpreise. Für sichere und gesündere Fortbewegung wollen wir systematisch mehr Fuß- und Fahrradwege, Bäume und Begegnungsräume. Dafür sind mehr öffentliche Investitionen und viel mehr Beschäftigte bei Bus und Bahn, Fuß- Und Radverkehr nötig. Und es braucht Regeln, Bildung und Kommunikation für Veränderung in Betrieben, Behörden und bei den Alltagsgewohnheiten. Dort wo Fahrzeuge unverzichtbar sind, müssen sie möglichst klimaschonend werden.

Um Klima und Umwelt und Ressourcen zu schonen, Lärm und Schadstoffe zu mindern, müssen die gewaltigen Verkehrsströme eingedämmt werden. Ein großer Teil des Energieverbrauches in Hessen steckt im Verkehr; ein Drittel der klimaschädlichen Treibhausgase stammt aus dem Verkehr.

Die schwarz-grüne Landesregierung hat selbst die unzureichenden Klimaschutzziele im Verkehrssektor verfehlt. Im Bundesländerindex der Allianz pro Schiene landet Hessen bei Verkehrssicherheit, Luftqualität und Klimaschutz auf dem vorletzten Platz.

Noch immer werden neue Logistikzentren oder Industriegebiete geplant und genehmigt und damit die Infrastruktur für noch mehr Lkw-Verkehr. In Neu-Eichenberg haben breite Proteste die Pläne gestoppt, in der Wetterau, in Lich oder Alsfeld wehren sich Bürger*innen gegen noch mehr Beton und Verkehr. Noch immer wird die Autobahninfrastruktur ausgebaut. Gegen alle Vernunft und gegen breite Protestbewegungen werden dafür Wälder gerodet, Wasserschutzgebiete gefährdet, Böden versiegelt, mit dem Ergebnis, dass noch mehr Straßenfernverkehr rollt.

Die Folgen: In Hessen nimmt der Autoverkehr und der Lkw-Verkehr weiter zu, während der ÖPNV-Ausbau stagniert. Die Folgen von zwei Jahrzehnten Privatisierung und Ausschreibungswettbewerb im hessischen ÖPNV sind nicht nur schlechtere Arbeitsbedingungen, sondern auch eine niedrigere Qualität und komplizierte Strukturen für die Fahrgäste. Verkehrsverbände, lokale Nahverkehrsgesellschaften und Verkehrsunternehmen schieben sich bei Problemen gegenseitig die Verantwortung zu. Das landeseigene Bahnunternehmen HLB zahlt nicht einmal branchenübliche Tarife und setzt damit auch die Qualität der Regionalbahn aufs Spiel.

DIE LINKE will:

- **Bus und Bahn statt Autobahn:** Wir unterstützen die Bürgerinitiativen, die Proteste und Aktionen unter dem Motto „Wald statt Asphalt!“. Der Neu- und Ausbau von Fernstraßen in Hessen muss gestoppt werden. Es ist unverantwortlich, in zweistelligen Verkehrszuwachs zu investieren, Wälder zu roden oder Natur- und Wasserschutzgebiete und zu gefährden. Das Land muss alle Hebel in Bewegung setzen, um die Erweiterung der A 661, A 3 und A 5 rund um Frankfurt, den Weiterbau der A 49 in Mittelhessen und den der A 44 in Nordhessen zu verhindern. Die Verkehrswegeplanung aus dem letzten Jahrhundert verschwendet öffentliche Mittel und verbaut die notwendige Verkehrswende. Die vielen Hundert Millionen Euro aus dem Verkehrsetat werden gebraucht um Bahninfrastruktur und öffentlichen Nahverkehr zügig zu verbessern und auszubauen.
- **Garantierte Mobilität für alle:** In allen Landesteilen sollen die Bewohner*innen eine Mobilitätsgarantie erhalten, damit auch außerhalb der Ballungsräume Teilhabe ohne eigenes Auto möglich wird. Wir wollen einen flächendeckend ausgebauten, rund um die Uhr gut getakteten, klimaschonenden und bezahlbaren ÖPNV. Umsteigezeiten sollen auch im ländlichen Raum 15 Minuten nicht überschreiten. Das nächste Oberzentrum soll in einer halben Stunde erreichbar sein. Für kleine Orte sind ergänzend barrierefreie und nicht zuschlagpflichtige Ruf-Taxis nötig. In den Ballungsräumen müssen die Kapazitäten erweitert werden. Kurzfristig setzen wir uns für die Abschaffung der 1. Klasse im Regionalverkehr ein, aber das reicht nicht. Es muss deutlich mehr Geld, Personal und Planungskapazität ins Nahverkehrssystem! Mehr Landesmittel, mehr Regionalisierungsmittel vom Bund und neue Finanzierungsinstrumente. Wir schlagen zusätzlich eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen vor.
- **Ticketpreise senken:** Das bundesweite 9-Euro-Ticket hat gezeigt, wie es sein müsste: einfach und für alle erschwinglich. Das angekündigte 49-Euro-Monatsticket ist für viele zu teuer. In Hessen gelten einerseits günstige Sonderregelungen für verschiedene Personengruppen, aber andererseits sind die regulären Ticketpreise besonders hoch. Das wollen wir ändern. Die Perspektive ist der solidarisch finanzierte Nulltarif, damit alle einfach einsteigen können. Kurzfristig fordern wir gemeinsam mit Umwelt- und Sozialverbänden ein generelles 365-Euro-Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr und das 9-Euro-Monatsticket für Menschen mit geringem Einkommen. Bis das durchgesetzt ist, sind zumindest Sozialtickets nötig. Seit 15 Jahren kämpft DIE LINKE gemeinsam mit Sozialverbänden und Betroffenen für eine solche Fahrkarte. Dass CDU und Grüne sich hier nun bewegen, ist ein Erfolg. Der angekündigte „Hessenpass mobil“ für 31 Euro monatlich ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht genug. Wir wollen den Kreis der Berechtigten deutlich erweitern und den Preis weiter senken - auch den für Einzeltickets. Für die gelegentliche Nutzung ist ein preisgünstiges hessenweites Tagesticket notwendig, das auch die heutigen Preissprünge an Tarifgrenzen überwindet.
- **Gute Arbeit bei den Öffis:** Wir wollen eine bessere Personalausstattung und höhere Bezahlung. Auch die ÖPNV-Beschäftigten brauchen ausreichende

Erholungszeiten und Schutz vor Überlastung. Bis 2030 geht nahezu die Hälfte der Kolleginnen in Rente. Schon jetzt fehlt es vielerorts vor allem an Busfahrerinnen, aber auch an Ingenieur*innen und anderen Fachkräften. Es ist höchste Zeit für eine landesweite Ausbildungs- und Qualifizierungs- Offensive und für bessere Arbeitsbedingungen.

- **Transparente Strukturen in öffentlicher Hand:** Organisation und Betrieb des ÖPNV ist eine hoheitliche Aufgabe und gehört in den öffentlichen Dienst. Die Mobilität der Menschen ist viel zu wichtig, um diese dem Markt zu unterwerfen. Wann immer es europa- und wettbewerbsrechtlich möglich ist, sollten Direktvergaben in diesem Sinne stattfinden. Die Verantwortung für Regionalbahn- und Regionalbusverkehre wollen wir direkt beim Land Hessen ansiedeln, in einer Behörde oder einem Eigenbetrieb. Die heutigen Verkehrsverbünde RMV und NVV sollten mittelfristig fusioniert werden. Wo Lokalbuslinien gebraucht werden, wissen die Kommunen am besten. Diese Aufgabe solle ihnen vom Land weiterhin übertragen werden - und zwar als kommunale Pflichtaufgabe, die das Land Hessen auskömmlich finanzieren muss. Bahnstrecken reaktivieren, elektrifizieren und erweitern: Damit mehr Pendler*innen zuverlässig zur Arbeit kommen, mehr Menschen umweltfreundlich reisen und mehr Güter auf der Schiene transportieren werden können, ist die Ertüchtigung bestehender und der Aufbau neuer Bahnstrecken notwendig. Über die begonnenen Projekte hinaus (nordmainische S-Bahnverbindung Frankfurt – Hanau, Westtangente, Rhein-Main/Rhein-Neckar-Bahn, Wallauer Spange) müssen weitere Strecken im Rhein-Main-Gebiet ausgebaut werden. Vor allem der S- Bahnring Frankfurt oder die Stadtbahn Wiesbaden. Der Ausbau der Main-Weser-Bahn in Mittelhessen und der Regio-Tram in Nordhessen müssen ebenso auf die Tagesordnung, wie die Entlastung im Rheintal. Die Odenwaldbahn muss bis Erbach zweigleisig werden. Dazu gehört die Verbindungen Darmstadt – Groß-Zimmern – Dieburg, Griesheim – Riedstadt-Wolfskehlen, Wächtersbach – Bad Orb, Baunatal – Schauenburg, die Aartalbahn von Wiesbaden über Bad Schwalbach nach Diez, Weiltalbahn, Solmstalbahn, Dietzhöhlzalbahn, Lumdatalbahn, Ohmtalbahn zusammen mit dem Ausbau der Vogelsbergbahn, Horloffalbahn, Salzbödebahn, die alte Kanonenbahn von Treysa über Homberg (Efze) bis Malsfeld. Damit würden die Oberzentren Bad Orb, Bad Schwalbach, Taunusstein, Gladenbach, Laubach und Homberg (Efze) wieder einen Anschluss an das Schienennetz erhalten und die Kapazität der Schiene wäre schnell erweitert. Wir setzen uns auch für ein Investitionsprogramm zur zügigen Elektrifizierung von weiteren Bahnstrecken in Hessen ein.
- **Bahnhöfe barrierefrei sanieren:** Viele Bahnhöfe in Hessen sind in einem schlechten Zustand. DIE LINKE will ein hessenweites Modernisierungsprogramm für Bahnhöfe und Haltepunkte. Dabei muss barrierefreier Zugang im Zentrum stehen. Darüber hinaus sind ein ausreichendes Platzangebot und Begleitservice notwendig. Auch neue On-Demand-Verkehre dürfen nicht hinter diesen Standards zurückbleiben. Barrierefreiheit ist ein Gewinn für alle.
- **Soziale Innovation und integrierte Verkehrskonzepte:** Wir wollen integrierte Mobilitätsangebote, die den Umstieg vom eigenen Auto zum Umweltverbund leicht

machen. Radverkehr, motorisierter Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb müssen optimal miteinander vernetzt werden – gerade im ländlichen Raum. Dabei geht es um Kooperation unter kommunaler Regie und nicht um neue Geschäftsmodelle. Größere Unternehmen und Institutionen sollen Mobilitätskonzepte entwickeln, die den Berufsverkehr reduzieren. Wir wollen mehr stationäres und kommunales Carsharing, das vom Land durch finanzielle Unterstützung, Beratung und Bereitstellung von Flächen gefördert werden soll. Wenn Autos geteilt und Fahrgemeinschaften organisiert werden, kann viel Verkehr und Geld gespart werden. Die Förderung von automatisiertem Individualverkehr lehnen wir ab. Automatisierte Mobilitätsangebote dürfen nicht mit dem klassischen öffentlichen Verkehr konkurrieren, sondern sollen gemeinschaftlich genutzt und in den öffentlichen Verkehr integriert werden. Verkehrsmittel klimaneutral und umweltfreundlich: Damit Fahrzeuge möglichst ressourcenschonend und klimafreundlich gebaut und betrieben werden (sparsam, leicht, reparaturfreundlich) sind politische Vorgaben und gemeinwohlorientierte Förderprogramme nötig – auch auf Landesebene. Wo immer möglich, ist elektrischer Antrieb sinnvoll, wenn der Strom nicht aus fossilen Quellen stammt. Auch deshalb braucht Hessen einen Ausbauplan für sehr viel mehr erneuerbare Energien. Der öffentliche Verkehr muss zügig mit regenerativem Strom versorgt werden.

- **Güterverkehr begrenzen und verlagern:** Wir machen uns für die Verteuerung transnationaler Güterverkehre stark, von denen Hessen besonders belastet ist. Sozialstandards, Kontrollen und Anlastung der externalisierten Kosten sind überfällig. Viele Transporte sind für die Versorgung der Bevölkerung nicht nötig. Sie finden statt, weil es für Konzerne profitabler ist (Teil-) Produkte durch halb Europa zu fahren. Aber auch im Land kann und muss Lkw- Verkehr vermieden werden. Möglichst viele Gütertransporte müssen von der Straße auf Schiene und Schiffe verlagert werden. Wir sehen die Zukunft nicht in neuen Logistikzentren und Gewerbegebieten, für die das Land oder Kommunen wertvolle Böden verkaufen. Wir unterstützen den Widerstand dagegen und wollen eine Neuausrichtung der Landesentwicklung. Für regionale Wertschöpfung und Vermarktung, nahräumliche Kooperationen und guter Arbeit in ökologischer Landwirtschaft. Um die innerörtliche Logistik (Paketzustellung) zu bündeln, sind Konzepte mit kommunalen Verteilzentren (City-Hubs) nötig, die das Land fördern soll.
- **Lärmschutz und Entschleunigung:** Verkehrslärm, Feinstaub und Unfälle werden reduziert, wenn weniger schnell gefahren wird. An vielen Orten im Land besteht bei Bürger*innen der Wunsch nach einer Geschwindigkeitsreduzierung. Die bundesgesetzliche Straßenverkehrs-Ordnung setzt für die Anordnung von Tempolimits allerdings immer noch hohe Hürden. Wir wollen, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass die bestehenden Handlungsmöglichkeiten landesweit ausgeschöpft werden – vor allem für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Ortschaften. Wir fordern Höchstgeschwindigkeit von 120 auf hessischen Autobahnen außerorts, sowie maximal 80 Stundenkilometer auf Stadtautobahnen wie der B3 in Marburg und auf Landstraßen. Ortsdurchfahrten sollen für Güterverkehr eingeschränkt werden. Das gilt auch für Güterzüge vor

allem im Rheintal. Das Land muss dafür sorgen, dass die Lärm- und Luftreinhaltepläne eingehalten werden.

- **Radverkehr fördern:** DIE LINKE will den Erhalt und planmäßigen Ausbau des Radwegenetzes in Hessen. Darüber hinaus soll das Land Projekte zur Ausweitung des Radverkehrs wie z.B. durch Fahrrad-Parkhäuser und erweiterte Fahrrad-Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV fördern. Fahrradleihsysteme sollten in die Verkehrsverbünde integriert werden. Zudem sollen Fahrradkurse für Erwachsene besser gefördert werden.
- **Bessere Fußwege:** Fast jeder Weg aus dem Haus beginnt zu Fuß, ein Viertel aller Wege legen die Hessinnen komplett zu Fuß zurück. Wir wollen ein Landesprogramm für Fußgängerinnen: mehr Platz, weniger Hindernisse, mehr Überwege und bessere Ampel-Grünphasen. Kommunen müssen dazu verpflichtet werden, für gute Bedingungen zu sorgen, etwa für freie und breite Gehwege. Rad- und Fußverkehr dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern haben unterschiedliche Anforderungen
- **Verkehrsrecht reformieren:** Hessen muss sich auf Bundesebene dafür eine komplette Überarbeitung der Straßenverkehrsordnung einsetzen. Die heutigen Regeln sind auf möglichst ungehinderten Autoverkehr ausgerichtet. Deshalb sollen Fußgängerinnen oder Radfahrerinnen vor allem nicht stören, deshalb dürfen Kinder grundsätzlich nicht auf der Straße spielen, deshalb können Kommunen nicht frei darüber entscheiden, wo sie 30-Zonen errichten oder Geschwindigkeitskontrollen durchführen. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen eine Straßennutzungsordnung, die soziale und ökologische Belange berücksichtigt und alle Verkehrsarten gleichberechtigt.
- **Autobefreite Innenstädte:** Auch dafür braucht es mehr Anschub. Statt Parkplätze und Parkhäuser an immer größere Automobile anzupassen, sollten Autos aus den belebten Zentren unser Städte zurückgedrängt werden, um Platz für Menschen und für Klimaanpassung zu schaffen. Sondernutzungszonen, die die Einfahrt nur aus triftigem Grund erlauben, sollen schrittweise ausgeweitet werden.

5.3. Unsere Gesundheit vor Profite - Luftverkehr sinnvoll planen

Der Flughafen Frankfurt hat für die Region eine große wirtschaftliche Bedeutung. DIE LINKE ist nicht gegen den Flughafen. An der Seite der Bürgerinitiativen und gemeinsam mit vielen Menschen kämpft DIE LINKE aber gegen das ungebremste Wachstum des Luftverkehrs und seine negativen Folgen für Umwelt, Klima und Menschen. Der Luftverkehr trägt als klimaschädlichstes Verkehrsmittel stark zur globalen Erwärmung bei – die CO₂-Emissionen des Luftverkehrs in Deutschland haben sich seit 1990 verdoppelt.

Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht auch krank und führt zum Beispiel dazu, dass Kinder schlechter lernen. Hinzu kommen Umweltgifte wie Kohlenmonoxid, Stickoxide, Schwefeloxide und (Ultra-) Feinstaub im Bereich der Einflugschneisen. Das Land Hessen als Miteigentümerin des Flughafens trägt auch die Verantwortung für den

Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Doch die Versuche von Verkehrsminister Al-Wazir, mit sogenannten Lärmpausen und einer freiwilligen Lärmobergrenze Abhilfe bei der Lärmbelastung zu schaffen, sind allesamt gescheitert. Die Lärmobergrenze begrenzt nicht den Fluglärm, sondern erlaubt, dass es sogar noch deutlich lauter wird. Wie die Corona-Krise gezeigt hat, sorgen nur weniger Flüge für mehr Ruhe.

Beim Ausbau des Frankfurter Flughafens hantierten die Ausbaubefürworter*innen mit falschen Zahlen und Prognosen. Jahrelang wurde von den Ausbauparteien CDU, SPD und FDP sowie dem Flughafenbetreiber Fraport behauptet, ohne den Ausbau des Flughafens komme es zu bedrohlichen Kapazitätsengpässen und der Flughafen sei dann nicht mehr konkurrenzfähig. Dann wurde den sogenannten Billigfliegern der rote Teppich ausgerollt, um die geschaffene Überkapazität zu füllen und ein unsäglicher Unterbietungswettbewerb befeuert. Die Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste und die vorübergehende Ansiedlung von Ryanair mit Hilfe der Landesregierung hat die Bedingungen für die Beschäftigten weiter verschlechtert. Schlecht bezahlte Jobs, Arbeit auf Abruf, Leiharbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung greifen am Flughafen immer weiter um sich.

Die Fraport AG wird ihrer Verantwortung als mehrheitlich öffentliches Unternehmen nicht gerecht. Vielmehr agiert sie auf Kosten von Klima, Gesundheit und Arbeitsbedingungen als profitorientierter Global Player. Sie profitiert vom Kauf der griechischen Flughäfen bei deren erzwungener Privatisierung. Diese Politik ist nicht europafreundlich, sondern befördert die Spaltungstendenzen in Europa.

Wir als LINKE meinen: Öffentliche Unternehmen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und sollten demokratisch von den Bürger*innen kontrolliert werden. Staatliche Hilfen sind notwendig, um Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven der Beschäftigten zu sichern und die erforderliche Infrastruktur zu erhalten. Sie müssen aber auch die dringend notwendige soziale und ökologische Neuordnung des Luftverkehrssektors befördern. Fluggesellschaften mit Steuergeldern über die Krise zu retten, damit sie nach der Krise wieder Flüge zu Dumpingpreisen anbieten, die eigenen Beschäftigten durch Outsourcing unter Druck setzen und einen klimapolitisch untragbaren Expansionskurs fortsetzen, ist keine Lösung. Jetzt müssen die Weichen auf eine nachhaltige Mobilität gestellt werden, statt sozial und ökologisch untragbare Geschäftsmodelle zu subventionieren.

Um den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, gleichzeitig aber den gesundheits- und klimaschädlichen Flugverkehr zu vermindern, wollen wir ein integriertes Verkehrskonzept zwischen Schiene und Flugverkehr auf deutscher und europäischer Ebene. Flughäfen müssen zusammenarbeiten, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten aufzubauen und Umweltbelastungen zu vergrößern.

Die Luftverkehrsbranche setzt mit dem „klimaneutralen Fliegen“ darauf, ihr bisheriges Geschäftsmodell durch technische Neuerungen zu retten. Tatsächlich zeigen erste Forschungen, dass Kerosin aus erneuerbarer Energie den CO₂-Ausstoß und den mancher anderer Schadstoffe beim Fliegen vermeiden kann. Bei Verbrennungsvorgängen

in den oberen Schichten der Erdatmosphäre entstehen aber zusätzliche Stoffe mit klimaschädlicher Wirkung. Diese lassen sich verringern, aber nicht vollständig vermeiden. Fliegen wird also auch in Zukunft das Klima bedrohen und muss auf ein vernünftiges Maß beschränkt bleiben.

Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE dafür ein, die steuerliche Begünstigung des Luftverkehrs z.B. gegenüber der Bahn zu beenden. Kerosin darf nicht länger von der Energiesteuer befreit sein, Umsatzsteuer muss auch auf internationale Flugtickets erhoben und der Luftverkehr vollständig in den europäischen Emissionshandel einbezogen werden. Im Fluglärmschutzgesetz sollen die Lärmgrenzwerte abgesenkt werden und auch für Militärflugplätze gelten, die Beteiligung der Bevölkerung muss festgeschrieben werden.

DIE LINKE will:

- **Luftverkehr verringern:** Kurzstreckenflüge zu Zielen, die in weniger als fünf Stunden mit der Bahn erreicht werden können, sollen vollständig auf den Zugverkehr verlagert werden. Dadurch freiwerdende Start- und Landerechte dürfen nicht neu vergeben werden. Die Kostenübernahme für Dienstreisen auf solchen Strecken soll ausgeschlossen werden. Die Zahl der Flugbewegungen am Flughafen Frankfurt wollen wir auf 380.000 Starts und Landungen pro Jahr begrenzen. Die Nordwestlandebahn kann dann geschlossen und der weitere Ausbau vom Terminal 3 gestoppt werden.
- **Fluglärm reduzieren und Anwohner entschädigen:** Das Nachtflugverbot in Frankfurt soll auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr ausgedehnt werden. Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden. Lärminderung und Emissionsminderung müssen vor Profitinteressen stehen. Dort, wo es nicht leiser werden kann, müssen Anwohner*innen vollständig entschädigt werden. Der Flughafenbetreiber FRAPORT muss sämtliche Kosten tragen, die Kostenübernahme darf nicht verjähren.
- **Gesamtbelastung ermitteln und verringern:** Eine Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet mit der Zielsetzung, Umweltverträglichkeitsprüfungen von regionalen Planungsprozessen zu qualifizieren und eine monetäre Bewertung von Folgekosten für Menschen und Umwelt vorzunehmen (externe Kosten) ist seit langem überfällig. Zusätzlich 'brauchen wir eine umweltökonomische Gesamtbilanz der gesellschaftlichen Kosten und Nutzen des Flughafens. Unverzüglich wollen wir eine wissenschaftlich fundierte und qualifizierte Untersuchung der Auswirkungen von Schadstoff- und Feinstaubemissionen des Flugverkehrs auf die Gesundheit der Bevölkerung in den Anliegergemeinden des Frankfurter Flughafens durchführen. Im Zuge der Verkehrswende entwickeln wir ein Transformationskonzept für den Frankfurter Flughafen mit weniger Luftverkehr.
- **Arbeitsbedingungen verbessern:** Outsourcing und Lohndumping müssen

unterbunden werden.

- **Rückstufung Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz:** Der vom Land Hessen gebaute Flughafen Kassel-Calden ist ein Millionengrab, das die Steuerzahler*innen teuer zu stehen kommt. DIE LINKE fordert deshalb, den Flughafen zum Verkehrslandeplatz zurückzustufen und die öffentlichen Mittel für den Betrieb für eine geeignetere Wirtschaftsförderung in Nordhessen zu nutzen.

5.4. Unsere Landwirtschaft: Gesunde Nahrungsmittel, faire Preise, Schutz von Ressourcen, Klima, Umwelt, Tier und Mensch

DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Lebensmittel müssen sozialer und umweltschonender produziert und faire Preis für die Erzeuger*innen garantiert werden. Dazu müssen die in den ländlichen Räumen für alle erbrachten ökologischen Leistungen wie Grundwasserschutz, Kohlendioxidspeicherung in Böden und Schutz der biologischen Vielfalt, von der Gemeinschaft z.B. durch höhere Erzeugerpreise honoriert werden. Gleichzeitig dürfen Lebensmittelpreise nicht weiter steigen, sondern Gewinnmargen von Handelsketten begrenzt werden.

Die Sicherung unserer Ernährung mit einer klima- und umweltfreundlichen Landwirtschaft muss oberste Priorität haben. Landwirtschaft gehört zu den Schlüsselbereichen des sozial-ökologischen Umbaus. Die Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dies trägt zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des Globalen Südens, aber auch hier vor Ort bei. Von niedrigen Erzeugerpreisen profitieren nur die Ernährungsindustrie und die Handelsketten.

Eine Landwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen zerstört, darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Rechnet man den konventionell erzeugten Lebensmitteln die Kosten für die Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden Umweltschäden zu (z.B. Grundwasserschäden, Bodendegradation, Artensterben), sind ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger als konventionelle.

DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ein, welche regionale Wertschöpfung befördert, das Höfesterben beendet, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft, Klima und Ressourcen schützt und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung wirkt.

Die landwirtschaftliche Produktion muss schneller an den Klimawandel mit höheren Temperaturen und längeren Trockenperioden angepasst und die Treibhausgasemissionen verringert werden. Zwischen 14 und 20 Prozent der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus Landwirtschaft und Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn weniger tierische Produkte konsumiert werden, können die Klimaziele erreicht werden. Auch die Arbeitsbedingungen

in der Fleischindustrie müssen radikal verbessert werden. Werkverträge und Leiharbeit müssen abgeschafft werden.

Ob krebserregend oder nicht - Glyphosat hat in Muttermilch, Nahrungsmitteln, Trinkwasser oder im Boden nichts verloren. Der Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat hat einen großen Anteil an der ökologischen Katastrophe des Insektensterbens. Mit jeder Pflanzenart, die auf dem Acker verschwindet, entziehen wir zehn Insektenarten die Nahrungsgrundlage. Die von schwarz-grün vor fünf Jahren angekündigte Reduktion von Pestiziden hat es nicht gegeben.

DIE LINKE will:

- **Wochenmarkt statt Weltmarkt:** Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte werden wir fördern, z.B. durch Kita- und Schulessen aus regionalem und Bio-Anbau. Regionale Molkereien, Getreidemühlen und Schlachthöfe müssen unterstützt werden. Der Export von Fleisch in Länder des Globalen Südens darf nicht durch staatliche Zuschüsse verbilligt werden. Für Soja und Palmöl darf kein Regenwald mehr fallen. Agrarrohstoffe dürfen nur aus zertifiziertem nachhaltigem Anbau stammen.
- **Bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie:** Das Höfesterben wollen wir beenden und die soziale Situation der Landwirt*innen verbessern, z.B. durch eine angemessene Alterssicherung und die Einbindung in die gesetzliche Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der großen Agrarkonzerne geschützt werden. Die massive Ansiedlung agrarindustrieller Tierfabriken in Nordhessen unter schwarz-grün wollen wir beenden. Sie bedeutet eine Verdreifachung der Mastplätze und damit einen sprunghaften Anstieg von Treibhausgasen und gefährlichen Abwässern. Patente auf Leben wollen wir verbieten. Alte Pflanzensorten und Tierrassen sollen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden. So schützen wir auch die genetische Vielfalt. Gentechnikfreie klassische und ökologische Züchtung wollen wir mit höheren Forschungsmitteln stärken. Das Klonen von Tieren muss verboten bleiben.
- **Öffentliche Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen binden, transparent und nachvollziehbar machen:** Fördermittel müssen künftig nicht nur an ökologische Ziele, sondern auch an Tierschutz- und soziale Ziele, wie die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, gebunden werden. Zurzeit wird die Höhe der Subventionen an der bewirtschafteten Flächengröße festgemacht. Das muss abgeschafft werden, da es wieder nur die industriellen Großbetriebe bevorzugt. Stattdessen sollen Subventionen nach den Kriterien Ökologie, Tierwohl, Nachhaltigkeit und Regionalität gezahlt werden.
- **Ökolandbau in Hessen ausweiten, Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft reduzieren:** Die gesamte Nahrungsmittelproduktion muss klimaschonender werden. Nicht nur der Ökolandbau, auch die konventionelle Landwirtschaft muss ihre Anbaumethoden

schneller an den Klimawandel anpassen. Hierzu zählen z.B. Agroforstsysteme, Permakulturen, angepasste Sorten und Bewässerungssysteme. Bis 2030 soll der Anteil des Ökolandbaus 30 % betragen. Um das zu erreichen, wollen wir jährliche Zwischenziele festlegen. Eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Hessen wird weiter sichergestellt. Der Import von Eiweißfuttermittel muss gestoppt werden..

- **Regionale Energieerzeugung aus Biomasse:** Biogas lässt sich leicht und wirtschaftlich aus Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft und aus Ernteabfällen produzieren. Das wollen wir fördern. Der Bau von neuen Biogasanlagen darf eine Bestandserhaltung von hohen Viehdichten nicht unterstützen. Der Anbau von Lebensmitteln muss Vorrang vor der Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung haben. E10 ist kein Klimaschutz.
- **Chancen der Digitalisierung auch in der Landwirtschaft nutzen:** Zur Entlastung der Landwirt*innen und um den bürokratischen Aufwand zu verringern, müssen Daten zur Berichtspflicht halbautomatisch erfasst und übermittelt werden. Für regionale Kooperationen wie Sharing-Modelle für Geräte oder Wissen sowie Vernetzung und Logistik muss es eine digitale Plattform geben.
- **Solidarische Landwirtschaft fördern:** Ernährungssysteme, wie z.B. Solidarische Landwirtschaft oder Ernährungskooperativen, die die Verbindung zwischen städtischen und ländlichen Regionen verbessern, wollen wir auch institutionell fördern.
- **Tierschutz verbessern:** Die Anzahl der Nutztiere darf die Menge des zur Verfügung stehenden Futters nicht übersteigen. Die Futtermittelproduktion darf nicht in Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau stehen, sondern muss diesen ergänzen. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wollen wir auf kranke Tiere beschränken und nur nach tierärztlicher Verschreibung erlauben. Der Einsatz von Reserveantibiotika muss verboten werden. Lebendtiertransporte sind soweit wie möglich zu vermeiden und dürfen nicht länger als vier Stunden dauern
- **Glyphosat verbieten:** Den Einsatz von Glyphosat und anderen Totalherbiziden sowie Importe von glyphosathaltigen Nahrungs- und Futtermitteln wollen wir verbieten.
- **Lebensmittelverschwendung verringern:** Wir setzen uns für verbindliche Reduktionsziele entlang der gesamten Wertschöpfungskette ein. Supermärkte müssen verpflichtet werden, aussortierte, aber noch genießbare Lebensmittel kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Nahrungsmittel dürfen nicht mehr absichtlich ungenießbar gemacht werden. Wir fordern einen legalen Zugang zu weggeworfenen und dennoch genießbaren Lebensmitteln. Containern wollen wir überflüssig machen.

5.5. Unsere Verantwortung: Tierschutz voranbringen und konsequent durchsetzen

DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und Tieren. Wir wollen Tiere nicht als Dinge verstanden wissen und nicht als Mittel zum Profit. Deshalb setzt sich DIE LINKE für konsequenten Tier- und Artenschutz ein. Tierschutz muss unabhängig von Profitinteressen durchgesetzt werden. Dafür muss der Umgang mit Tierversuchen, Heim- und Wildtierhaltung, Tierhandel sowie mit sogenannten Nutztieren verändert werden. Das geht nur mit einer Reform des Tierschutzgesetzes im Sinne des im Grundgesetz verankerten Staatsziels. Konsequenter Tierschutz braucht klare Regeln ohne Schlupflöcher.

Tiere sind fühlende Wesen und als solche zu behandeln. Ihnen stehen Rechte auf Unversehrtheit und angemessenen Umgang zu. Sie werden in unserer Gesellschaft aber immer wieder wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Rechtlich gelten sie als Sache. Sie sind Ausbeutung und Quälerei durch Wirtschaft und Wissenschaft ausgeliefert. Damit dies ein Ende hat, machen wir auch für die Tiere Politik.

DIE LINKE will:

- **Heimtierhaltung und -handel reglementieren:** Der Heimtierhandel muss zum Schutz der Tiere reglementiert werden – wer mit Tieren handeln möchte, muss sachkundig sein und Beratungspflichten erfüllen. Außerdem muss es eine Rückverfolgbarkeit auch bei Kleintieren und Exoten geben. Viele Anbieter auf Online-Portalen agieren unseriös. Einen Welpen mit einem Klick online kaufen - ohne, dass die Identität des Händlers ersichtlich ist, muss verboten werden. Auch muss es klare Vorgaben als Mindestschutzstandards von Heimtieren geben. Dass beispielsweise ein einzelnes Kaninchen den ganzen Tag in einem kleinen Käfig sitzt, ist heute leider noch Alltag und muss verboten werden.
- **Rasseliste abschaffen:** Die Gefährlichkeit eines Hundes ergibt sich nicht aus der Zugehörigkeit zu einer Rasse, sondern hängt stark von den Fähigkeiten der den Hund haltenden Person ab. Deshalb fordern wir die Einführung eines Sachkundenachweises und die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Hunde. Die Kosten hierfür müssen für alle bezahlbar sein. Die Rasseliste ist unwissenschaftlich und muss unverzüglich abgeschafft werden. Die Zucht mit Elterntieren, welche nach Aggressivitätslevel ausgesucht werden, muss verboten werden. Außerdem ist die Zucht auf Unversehrtheit und ein gesundes Leben auszurichten und darf nicht auf das Aussehen des Tieres gerichtet sein.
- **Katzenschutz:** Wir setzen uns dafür ein, dass die Katzenschutzverordnung im hessischen Gesetz verankert wird. Sie soll für Wohnungskatzen und Freigänger gelten.
- **Tierheime retten:** Vor allem dem ehrenamtlichen Einsatz der Tierschützer*innen ist zu verdanken, dass ungeliebte Heimtiere nicht auf der Straße enden, sondern in Tierheimen Unterschlupf finden. Die Tierheime sowie die Wildtierauffangstationen

und Gnadenhöfe brauchen eine kostendeckende Finanzierung durch das Land. Hierfür setzen wir uns ein.

- **Jagd einschränken:** Invasive Arten, wie der Waschbär, sollen nicht pauschal der Bejagung unterliegen. Arten, die bereits weit verbreitet sind und räumlich negative Auswirkungen auf das Ökosystem haben, sollen, wenn möglich, durch non-letale Maßnahmen vergrämt werden. Die unsägliche Regelung im hessischen Jagdgesetz, die den Abschuss von Katzen und Hunden erlaubt, muss abgeschafft werden. Unabhängige Monitoring-Verfahren zur Erfassung der Bestandszahlen und Besatzdichten sowie zur Evaluierung jagdlicher Maßnahmen wären ein Schritt in Richtung kritischer wissenschaftlicher Beobachtung der Jagd. Jagd als Freizeitvergnügen muss verboten werden. Die Ausbildung von Jagdhunden zur Baujagd in sogenannten Schliefanlagen (künstlich angelegter Fuchsbau) mit lebenden Füchsen muss verboten werden.
- **Tierversuche abschaffen:** Ziel muss sein, Tierversuche durch alternative Methoden überflüssig zu machen. Der Trend geht in Hessen leider in eine andere Richtung. Die hessische Linksfraktion hat in regelmäßigen Anfragen den steigenden Trend der Tierversuche in Hessen sichtbar gemacht. Dieser muss umgekehrt werden.
- **Landwirtschaftliche Tierhaltung an Tierbedürfnisse anpassen - Tierschutz durchsetzen:** Auch landwirtschaftliche Tierhaltung muss sich an den Bedürfnissen der Tiere orientieren, nicht am Profit. Beispielsweise die unsägliche Praxis, die Tiere an ihre Haltungen anzupassen (Schnäbelkürzen bei Puten), ist abzulehnen. Ebenso das Einpferchen der Muttersauen in enge Käfige oder die ganzjährige Anbindehaltung der Milchkühe. Tiertransporte sind zu vermeiden und auf maximal drei Stunden zu begrenzen. Wenn Tierschutzvorschriften verletzt werden, muss dies konsequent sanktioniert werden. Hierfür ist eine engmaschige Kontrolle notwendig - dafür müssen Stellen geschaffen werden. Ein Verbandsklagerecht sichert die Einklagbarkeit von Tierschutzmaßnahmen - nicht nur in der Landwirtschaft. Dafür setzen wir uns ein. Sogenannte Qualzuchten müssen verboten werden.

5.6. Unsere Flächen schützen: Flächenschutz ist Klimaschutz – Nachhaltige Flächennutzung umsetzen

Nach den Weltmeeren und den fossilen Energieträgern sind unversiegelte Böden der drittgrößte Speicher für Treibhausgase. Auch in Hessen muss der Flächenverbrauch reduziert, Hochwasser-Rückhalteflächen ausgeweitet und für den Arten- und Biotopschutz mehr unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume gesichert werden. Aber der grüne Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir hat das Nachhaltigkeitsziel, die Flächenneuanspruchnahme ab 2020 auf 2,5 Hektar pro Tag zu begrenzen, aufgegeben. Unter grüner Führung verschwinden in Hessen jährlich viele hundert Hektar beste Ackerböden unter Logistik- und Verkehrsflächen.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Flächennutzung ist öffentlicher Einfluss auf und öffentliches Eigentum an Grund und Boden. Statt öffentliche Flächen zu privatisieren, muss über verschiedene Maßnahmen der Bodenbevorratung der öffentliche Grund und Boden wieder vermehrt werden.

DIE LINKE will:

- **Flächenverbrauch verringern:** Ziel muss eine Netto-Null-Versiegelung bis 2030 sein, d.h. neue Flächen können nur dann versiegelt werden, wenn andernorts eine mindestens gleich große Fläche entsiegelt wird. Kommunen und Kreise müssen die Instrumente, mit denen ein solcher Umgang mit Flächen durch- und umgesetzt und dann auch kontrolliert werden kann, erst aufbauen. Flächen mit Böden, die eine hohe Klimaschutzfunktion haben, wie z.B. gute und sehr gute Ackerböden sollen gar nicht mehr bebaut werden. Um das sicherzustellen, werden wir Kataster für Freiflächen, für zu entsiegelnde und für leerstehende Flächen aufbauen. Dies sind zentrale Informationen für eine nachhaltige Flächennutzung.
- **Ackerboden schützen:** Gute und sehr gute Ackerböden wollen wir in Gemeineigentum überführen, um sie besser vor dem Kauf durch (Agro-)Konzerne und Spekulanten sowie der Versiegelung durch Straßen oder Gewerbegebiete schützen zu können. Diese Flächen sollen von der Hessischen Landgesellschaft (HLG) aufgekauft und ausschließlich an Landwirt*innen vergeben werden, die sich für eine umweltschonende und die ökologische Leistungen der Böden erhaltende Landwirtschaft verpflichten.
- **Naturschutzflächen in die öffentliche Hand:** Sie sollen an Naturschutz- und Umweltverbände in Erbpacht vergeben werden. Das Biosphärenreservat Rhön wollen wir der militärischen Nutzung vollständig entziehen. Umweltgefährdende militärische Altlasten müssen umgehend saniert werden.

5.7. Unser Wasser - sauber und rein

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass unsere Kinder und Kindeskinde sich mit sauberem Trinkwasser versorgen können.

Die letzten trockenen Sommer haben gezeigt: Unsere Wasserversorgung ist nicht an den Klimawandel angepasst. In Hessen stammen 95 % des Trinkwassers aus Grundwasser. Zwischen 2003 und 2019 ist die Menge an neu gebildetem Grundwasser um 26 % zurückgegangen. Die Landesregierung hat diese Entwicklung verschlafen und die Lösung vor allem den Kommunen und ihren Wasserversorgern überlassen. Doch die Kommunen sind überfordert und viele Versorger handeln zu wenig ökologisch und haben ein Interesse daran, viel Trinkwasser zu verkaufen. Wasser ist aber keine übliche Handelsware, „sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“ (europäische Wasserrahmenrichtlinie)

Wir gehen weiterhin zu verschwenderisch mit Wasser um und schützen unsere Flüsse zu wenig: In Nordhessen werden sie versalzen und in Südhessen durch Industrieabwasser und Nitrateintrag verunreinigt. Dadurch wird auch unsere Trinkwasserversorgung gefährdet, denn das alles landet im Grundwasser und gefährdet diese lebenswichtige Ressource für nachkommende Generationen. Das ist schnellstens zu ändern.

Bis 2022 wurde nicht ein hessisches Klärwerk mit einer vierten Reinigungsstufe ausgestattet, in Baden-Württemberg waren es 20. Durch die Untätigkeit von Schwarz-Grün seit 2014 ist die rechtliche Verpflichtung zur Minderung und Vermeidung von Mikroverunreinigungen bis spätestens 2030 nicht mehr einzuhalten.

Nach über 20 Jahren befinden sich gerade einmal 15 Prozent der Hessischen Flüsse in einem guten ökologischen Zustand. Die Hessische Umweltministerin tritt die Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie mit Füßen. Die Sanierung der Gewässer geht viel zu langsam oder wird überhaupt nicht angegangen.

Mit Genehmigung der Grünen Umweltministerin wird die Werra weiterhin als Abwasserkanal verwendet. Große Mengen Salz aus der Kaliindustrie werden eingeleitet oder gelangen von den Salzhalden in das Grundwasser. Bis 2060 werden in Folge der vergangenen Versenkgenehmigung weitere 85 Millionen Kubikmeter Grundwasser versalzen. Diese Trinkwasservernichtung hat die Landesregierung selbst zugelassen, aber die Umweltministerin betätigt sich als Schadensleugnerin.

DIE LINKE will:

- **Wasserversorgung in öffentlicher Hand:** Die Wasserversorgung soll zu 100 Prozent in öffentlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle erfolgen. Eine Privatisierung widerspricht dem Gedanken der EU-Wasserrahmenrichtlinie.
- **Wasserbehörden wollen wir stärken:** Zum Aufbau einer klimafesten Wasserversorgung muss entscheidend mehr qualifiziertes Personal bei der Wasserbehörde eingestellt werden. Die Wasserversorgung der Kommunen aus ihren eigenen Ressourcen stärken. Das Schwammstadt-Prinzip muss verbindlich umgesetzt werden. Regenwasser darf nicht mehr ungenutzt in den Kanal fließen. Es muss in Zisternen aufgefangen, vor Ort genutzt oder für den Grundwasserschutz versickert werden. Wasserverluste können verringert werden, indem Leitungen modernisiert werden. Das ist Ressourcenschutz.
- **Brauchwasser konsequent nutzen:** Neubaugebiete und neue sowie grundsanierte Gebäude im Bestand sollen mit Anlagen zur Nutzung von Brauchwasser ausgestattet werden. Alle Toiletten in öffentlich genutzten Gebäuden müssen auf Brauchwasser oder eine wasserfreie Entsorgung umgestellt werden. Das Land muss die Kommunen bei diesen Aufgaben mit einem Förderprogramm unterstützen.

- **Wasserentnahme sichern, reduzieren und gegen Mikroplastik ausrüsten:** Es darf keine Stilllegungen bestehender Brunnen aufgrund von Flächenversiegelungen geben. Die Uferfiltration an Rhein und Main muss mit Filteranlagen gegen Mikroplastik erfolgen. Dabei sind die ökologischen Grenzen der Uferfiltration einzuhalten. Für gewerbliche Wassernutzung wollen wir ein Wasserentnahmeentgelt (Wassercent) wieder einführen. Die Einnahmen sollen für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, zur Renaturierung und Sanierung grundwasserabhängiger Landlebensräume wie Riedwälder und Sümpfe sowie zum Schutz und zur Wiedervernässung von Mooren, die auch nach dem EU-Naturschutzrecht geschützt sind, eingesetzt werden.
- **Die Klärwerke modernisieren:** Alle Klärwerke mit einer Ausbaustufe für mehr als 10.000 Einwohner*innen müssen durch eine vierte Reinigungsstufe modernisiert werden. Phosphor muss zurückgewonnen werden, Mikroplastik und Medikamentenrückstände herausgefiltert und Keime abgetötet werden. Den Energieverbrauch von Klärwerken wollen wir mit effizienter Technik deutlich senken. Durch die zukünftig stärkere Nutzung von Niederschlags- und Brauchwasser können überdimensionierte Klärwerke zurückgebaut und Abwassergebühren gesenkt werden. Die zügige Modernisierung der hessischen Klärwerke soll ein neuer Landesbetrieb federführend voranbringen. Das für die Genehmigungsverfahren zuständige Personal muss verstärkt werden und das Land muss die Kommunen bei diesen Aufgaben unterstützen.
- **Nachhaltige Kali-Produktion:** Die seit 2007 entstandenen Schäden an Grund- und Fließgewässern durch Laugenversenkung, Aufhaldung und Salzabwassereinleitung müssen gemäß der EU-Umwelthaftungsrichtlinie gemeldet und saniert werden. Die Einleitung von Salzabwässern in die Werra sowie die Aufhaldung von Abfällen wollen wir so schnell wie möglich beenden. Stattdessen können flüssige Abwässer eingedampft und die in der Lauge und den Salzhalden enthaltenen Wertstoffe zurückgewonnen werden. Feste Reste und die auf Halden geschütteten Abfälle der letzten Jahrzehnte sollen wieder in die Hohlräume unter Tage verbracht werden. Eine Einlagerung von flüssigen Abfällen in die Bergwerke lehnen wir aus Sicherheitsgründen ab. Den Verbrauch an Kalidünger wollen wir durch eine Ökologisierung der Landwirtschaft senken. Salzhaltige Abwässer müssen in die Liste umweltgefährdender Stoffe aufgenommen werden. Dazu ist das Bundesberggesetz zu ändern. Eine nachhaltige Kaliproduktion würde die kurzfristigen Gewinne des K+S Konzerns schmälern, aber Umweltschäden verringern, Rohstoffe schützen und Arbeitsplätze auch in der Zukunft sichern.
- **Nitratbelastung im Grundwasser senken:** Nicht nur Felder werden überdüngt, auch die Gewässer werden dadurch geschädigt. Die Gesundheitsschäden durch Nitrat sind vielfältig, die unmittelbarste ist die Umwandlung im Körper zu Nitrit, was die Sauerstoffaufnahme massiv behindert. Insbesondere für Säuglinge ist das lebensgefährlich. Seit 1991 gibt es daher in der EU einen Nitrat-Grenzwert für Trinkwasser, der unbedingt einzuhalten ist und Richtwerte, die als Vorsorgewerte anzustreben sind. Wir brauchen Sanierungspläne für die betroffenen

Grundwasserkörper. Die Vorsorgewerte müssen eingehalten werden

- **Bäche und Flüsse wieder zu Lebensadern machen:** Die EU-Wasserrahmenrichtlinie muss endlich umgesetzt werden. Zum Schutz und zur Wiederherstellung der Fluss- und Bachauen werden die Anstrengungen zur Renaturierung der Fließgewässer deutlich intensiviert. Wanderhindernissen in den Flüssen müssen endlich beseitigt werden. Für die Gewässer erster und zweiter Ordnung muss ein Flächenkataster zur Auenrückgewinnung angelegt und im Hessischen Wassergesetz verankert werden. In den Gewässerrandstreifen darf kein Ackerbau mehr betrieben werden.

5.8. Unsere Wälder sind Klimaschutz – für eine ökologische

Waldwende Wälder haben eine herausragende Bedeutung für den Schutz von Wasser, Luft und Boden, als wichtige CO₂-Senke, als Quelle für nachhaltige Baustoffe sowie als Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere. In heißen Sommern geben sie uns Kühlung und Erholung. Unsere Wälder zu erhalten ist eine Gemeinwohlaufgabe.

Aber ihr Zustand ist besorgniserregend. Über 70.000 Hektar Wald sind abgestorben, 26 Prozent der Bäume sind stark geschwächt. Trockenheit, Hitze, Schadstoffbelastungen, Grundwasserabsenkung wie im Hessischen Ried und ein stark betriebswirtschaftlich ausgerichteter Waldbau setzen den Wäldern erheblich zu. So viel Holz zu entnehmen wie nachwächst, ist nur ökonomisch nachhaltig, schützt die ökologischen Leistungen der Wälder aber zu wenig. Das wurde über Jahrzehnte falsch gemacht und dafür haben wir jetzt die Quittung bekommen. Die Fichtenmonokulturen sterben ab und die Förster*innen kämpfen an manchen Standorten darum, dass überhaupt wieder Wald wächst.

Auch bei fortschreitendem Klimawandel mit einer erhöhten Waldbrandgefahr muss die Waldwirtschaft in einem umfassenden Sinn nachhaltig und unsere Wälder zu stabilen Klimawäldern werden.

DIE LINKE will:

- **Nachhaltig klimaschutzgerechte Waldbewirtschaftung:** Diese orientiert sich an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus für Staats- und Privatwald. Das gelingt mit einer naturnahen ökologischen Waldbewirtschaftung, die auf Laubmischwälder mit vielfältiger Altersstruktur und europäischen Baumarten setzt. Dazu muss die Forstwirtschaft Naturschutz und die ökologischen Leistungen des Waldes höher gewichten als die Holzproduktion. Naturwälder wollen wir auf zehn Prozent der Waldfläche in Hessen zulassen. Eine starke Forstwissenschaft muss die Anpassung des Waldbaus an den Klimawandel begleiten.
- **Wälder mit Grundwasseranschluss besonders schützen:** Wälder mit Grundwasseranschluss wie im Vogelsberg, dem Burgwald oder im Hessischen Ried

wollen wir besonders gut schützen. Wasserentnahmen, die diese Wälder gefährden, müssen eingestellt werden. Wälder, die von einem hohen Grundwasserstand beeinflusst sind oder waren, wollen wir erhalten oder wieder vernässen. Wasser aus Niederschlägen soll so viel wie möglich - auch und gerade bei Starkregen - zum Wasserrückhalt und zur Grundwasserneubildung in Wäldern und auf Feldern bleiben. Deshalb muss besonders in Hanglagen das Abflussverhalten überprüft und falls nötig geändert werden. Wege müssen hangparallel angelegt werden. Alles das dient auch dem Hochwasserschutz.

- **Schonende Bearbeitung von Waldflächen:** Bei der Holzernte wollen wir den Waldboden besser schützen. Die Befahrung der Waldböden mit z.B. schweren Maschinen muss weitgehend vermieden werden. Nach Extremwetterereignissen sollen Waldflächen besonders schonend behandelt werden. Die großmaschinelle Räumung und Bodenbearbeitung von Verjüngungs- und Kalamitätsflächen soll deshalb nicht mehr mit Steuergeldern gefördert werden.
- **Schadstoffe verringern – Waldvernichtung verhindern:** Hohe Stickstoffeinträge aus Verkehr und Industrie gehören zu den bedeutendsten vom Menschen verursachten Belastungsfaktoren für den Wald . Durch eine zügige Verkehrswende wollen wir sie deutlich verringern. Das hessische Waldgesetz wollen wir so ändern, dass der Abbau von Kies und Sand in Bannwäldern wirklich unterbunden wird. Ein zu hoher Wildbestand macht die Arbeit der Förster*innen zu nichts und fördert eine Savannenlandschaft. Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel beim Wildtiermanagement.
- **Umweltbildung verbessern:** Umweltbildung soll eine zentrale Aufgabe der Forststellen werden: Nur wer seine Umwelt kennt, kann sie auch schützen.
- **Holz besser nutzen:** Holz wird auch als Baustoff immer wichtiger. Um einer Holzarmut vorzubeugen, müssen wir auch mit der Ressource Holz sparsamer umgehen. Wir wollen ein umfassendes Holzrecycling mit einer Nutzungskaskade von Gebrauchtholz, in der die Holzverbrennung zur Energiegewinnung erst ganz am Ende steht. Energie direkt aus dem Wald ist kein Beitrag zum Klimaschutz.
- **Öffentliches Eigentum am Wald erhalten:** Die Privatisierung von Staats- und Kommunalwäldern lehnen wir ab.

6. Unsere Bildung gerechter

6.1. Unsere Kita: beste frühkindliche Bildung und kostenfrei

Für alle Kinder einen guten Start ins Leben: Dieser Weg muss schon vor Geburt an beginnen. Frühe Hilfen unterstützen Eltern und Kinder bei den ersten Schritten in eine neue Welt und mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz beginnt individuelle Förderung und frühkindliche Bildung.

Leider ist das für viele Kinder und Eltern nur Theorie. Frühe Hilfen sind oft unterfinanziert und personell nicht gut ausgestattet. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz scheitert an fehlenden Plätzen und dem Fachkräftemangel. Die teils noch immer hohen Kita-Gebühren, gerade für Unter-Dreijährige, verhindern frühkindliche Bildung für Kinder aus Familien mit niedrigem Erwerbseinkommen. Zumeist sind es dann die Mütter, die zuhause bleiben und so später niedrige Renten in Kauf nehmen müssen.

Als DIE LINKE. Hessen setzen wir uns für gleiche Startchancen für alle Kinder ein. Kinder lernen voneinander: Sie lernen solidarisch miteinander umzugehen und setzen sich mit ihrer Umwelt auseinander. Sie lernen Verantwortung zu übernehmen, sich zu engagieren und haben Spaß. Dabei ist frühkindliche Bildung der entscheidende Schlüssel.

DIE LINKE will:

- **Die Umsetzung der im Bildungsplan genannten Ziele gewährleisten:** Der Bildungs- und Erziehungsplan benennt klare Ziele: Starke Kinder, kommunikationsfreudige und medienkompetente Kinder, kreative, fantasievolle und künstlerisch tätige Kinder, lernende, forschende, entdeckungsfreudige Kinder, verantwortungsvoll und wertorientiert handelnde Kinder. Die praktische Umsetzung scheitert häufig an den miserablen Rahmenbedingungen. Umfragen unter Fachkräften zeigen, dass nur jede dritte die eigene pädagogische Arbeit als sinnvoll und zielorientiert wahrnimmt.
- **Die deutlich erhöhte Betriebskostenförderung für Tageseinrichtungen für Kinder:** Die Unterfinanzierung der hessischen Kindertagesstätten ist der Hauptgrund für die Probleme im Arbeitsfeld. Eine Verdopplung der Pauschale für die Umsetzung des Bildungsplanes von bisher bis zu 300 € pro Jahr und Kind, würde eindeutigen Anreiz zur qualitativen Entwicklung bieten. Aber auch die Grundpauschale kann durch eine Erhöhung zu einer spürbaren finanziellen Entlastung der – zumeist kommunalen - Träger führen. Diese ächzen zu Recht unter den stetig steigenden Herausforderungen in Zusammenhang mit dem Betrieb von Kindertagesstätten.
- **Frühe Hilfen ausbauen:** Wir wollen die Frühen Hilfen bei den Familien vor Ort. Dazu soll ein Angebot für alle Familien eingerichtet werden, die mit kleinen Kindern

zuziehen oder in denen Kinder geboren werden. Es wird ein Erstbesuch mit Informationen und Beratung für alle angeboten, nach dem gegebenenfalls weitere Hilfen vermittelt werden.

- **Für jedes Kind den Kita-Platz garantieren:** Der Ausbau der Kita-Plätze muss in Hessen fortgesetzt werden. Dazu muss das Land weitere Investitionsmittel zur Unterstützung der Kommunen bereitstellen. Wir wollen interkommunale Kooperationen stärken, damit Kommunen mit hohen Bedarfen gegebenenfalls auch freie Kapazitäten in Nachbargemeinden nutzen können. Für Eltern, die in Schichten arbeiten, braucht es eine funktionierende Randzeitenbetreuung.
- **Sozial- und Erziehungsberufe aufwerten:** Schon jetzt fehlt es überall in Hessen an Erzieher*innen. Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf den Ganztags in den hessischen Grundschulen ab 2026 droht sich diese Situation weiter zuzuspitzen. Dieser Gefahr muss insbesondere mit besseren
- **Arbeitsbedingungen begegnet werden:** eine gute Praxisanleitung für neue Kräfte, Anerkennung und Vergütung der mittelbaren pädagogischen Arbeit, kleinere Gruppengrößen. Nur so werden Fachkräfte gehalten und die Attraktivität des Berufsfeldes erhöht.
- **Fachberatung ausbauen und landesseitig finanzieren:** Insbesondere zur Stärkung des Kinderschutzes und zur Implementierung entsprechender Konzepte muss das Land Hessen neben dem Bildungs- und Erziehungsplan weitere Mittel für die Träger bereitstellen.
- **Mehr Fachkräfte für die Kitas gewinnen und ausbilden:** Die Ergänzung der schulischen Ausbildung um die praxisintegrierte vergütete Ausbildung (PivA) ist ein Erfolg. Hier müssen seitens des Landes Hessen deutlich mehr Plätze finanziert werden. Interessierte mit mangelnden Deutschkenntnissen brauchen gezielte Unterstützung beim Spracherwerb. Auch muss das Land eigene Hochschulkapazitäten aufbauen, um Lehrkräfte für die Fachschulen zu gewinnen und auszubilden. Praxisanleitung braucht es nicht nur für Berufsanfänger*innen, sondern auch für Fachkräfte, die nach längeren Auszeiten in den Beruf zurückkehren wollen. Multiprofessionelle Teams sind wichtig für die pädagogische Arbeit, ihr Einsatz darf aber nur der Unterstützung der Fachkräfte dienen und nicht auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel angerechnet werden.
- **Die Kindertagespflege stärken:** Tagespflegepersonen sind eine wichtige Unterstützung. Sie dürfen nicht als Notnagel genutzt werden, weil Kitas überlaufen. Auch in der Kindertagespflege muss es Zeit und Raum für Qualifizierung, fachlichen und fachübergreifenden Austausch sowie Urlaub und Ersatz für Krankheitszeiten geben. Entsprechende Standards wollen wir stärken und gesetzlich verankern.
- **Kostenfreiheit schrittweise vervollständigen:** Die Gebührenfreiheit von Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe. Für uns sind Kitas nicht nur Betreuungs-, sondern vor allem Bildungseinrichtungen, zu denen jede und jeder Zugang haben muss. Bisher gilt in Hessen eine Kita-Gebührenfreiheit für Über-Dreijährige mit maximal sechs Stunden

pro Tag. Wir wollen eine generelle Kita Gebührenfreiheit und schrittweise auf den gesamten Zeitraum des Rechtsanspruchs ab dem ersten Lebensjahr bis zum Ende der Grundschulzeit ausweiten.

- **Inklusion, Integration und Vielfalt in den Kitas stärken:** Wir wollen, dass jedes Kind in eine Kita gehen kann und dort die beste Förderung erhält. Dazu muss das Land die entsprechenden Bedingungen finanzieren und die Kommunen die baulichen und personellen Voraussetzungen schaffen. Das gilt auch für Horte und Ferienfreizeiten/-betreuungen. Die aktuelle Rahmenvereinbarung Integration des Landes Hessen muss durch ein unbürokratisches und passgenaues Förderinstrument ersetzt werden. Wir wollen, dass die Vielfalt der Lebensentwürfe und Beziehungsmodelle in unserer Gesellschaft sich auch in der frühkindlichen Bildungsarbeit niederschlägt u.a. wollen wir Kindern beruflich Reisender (zum Beispiel Kindern aus Schausteller-Familien), durch aufsuchende pädagogische Arbeit eine Teilhabe an frühkindlicher Bildung ermöglichen.

6.2. Unsere gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle

Bildung ist ein Menschenrecht! Daher muss der Zugang zu Bildung allen Menschen in gleichem Maße offenstehen. Leider hängt auch in Hessen der sogenannte „Bildungserfolg“, also die erreichten Bildungsabschlüsse, noch immer stark von der sozialen und finanziellen Herkunft ab.

DIE LINKE. Hessen will eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform. Alle fördern und kein Kind „sitzen lassen“ muss an die Stelle von Auslese treten. Zudem will DIE LINKE die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften verbessern, Schulgebäude und Sportstätten gründlich und bedarfsorientiert sanieren, echte Lernmittelfreiheit herstellen, multiprofessionelle Teams in die Klassen bringen, echte Ganztagschulen schaffen und die Schulen inklusiv und integrativ gestalten.

Dabei darf nicht vergessen werden: Eine sozial gerechte Bildung für alle kann nur in gesellschaftlicher Verantwortung und bei umfassender und bedarfsorientierter staatlicher Förderung gewährleistet werden. Bildung ist keine Ware!

DIE LINKE. Hessen wendet sich daher gegen alle Formen von Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens. Wir wenden uns gegen die Bemühungen der derzeitigen Landesregierung, sich immer weiter aus der Verantwortung zu stehlen und diese an die Schulen und Schulträger abzuschieben. Kitas, Schulen und Hochschulen sollen nicht wie Unternehmen agieren müssen, vielmehr stellen sie eine wichtige Säule der öffentlichen Infrastruktur dar, die allen gleichermaßen zugänglich sein muss.

Die Corona-Pandemie hat die Probleme unserer Schulen wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht. Dazu zählen der massive Unterrichtsausfall, der eklatante Lehrkräftemangel, die psychischen Belastungen von Schüler*innen ebenso wie von Lehrkräften und Schulleitungen, viel zu großen Klassen, die oftmals nur auf dem Papier bestehende Lehr- und Lernmittelfreiheit und die mangelnde digitale Ausstattung sowie das hier notwendige Knowhow. Viele neue Aufgaben sind direkt auf die Schulen und Schulträger abgewälzt worden, ohne bedarfsgerechten finanziellen und personellen

Ausgleich. Dazu müssen die kommunalen Schulträger personell und finanziell in die Lage versetzt werden, auf die zukünftigen Herausforderungen zu reagieren.

Auch Grundlegendes muss endlich reformiert werden: So führt das viel zu frühe Sortieren der Kinder nach der vierten Klasse zu einer Verfestigung der Bildungsungerechtigkeit. Dies trifft meist Kinder aus armen Familien und diejenigen mit Migrationsgeschichte. Dort wo viele Menschen mit niedrigem Einkommen leben und die Finanzmittel der Kommunen knapp sind, zeichnen sich Schulgebäude häufig dadurch aus, dass sie das mit Abstand marodeste Gebäude in der Stadt sind. Aber auch das, was in den Gebäuden geschieht, ist nicht auf der Höhe der Zeit. Leider verharrt das Bildungswesen in Hessen nach wie vor in Stagnation. Der Unterrichtsprozess muss den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen ebenso gerecht werden wie dem Ziel, heterogene Lerngruppen zu solidarischem, gemeinsamen Lernen und Arbeiten zu befähigen. Die Realität sieht in Hessen leider immer noch anders aus. Frontalunterricht ist immer noch die gängige Unterrichtsform. Auch das Problem fehlender Chancengleichheit im Bildungssystem Deutschlands ist nicht neu. In Deutschland und auch in Hessen hängt der Zugang zu Bildung noch immer stark von der Herkunft ab: Kinder aus armen Familien und Kinder mit Migrationsgeschichte werden durch das mehrgliedrige Schulsystem benachteiligt. In Hessen kommen auf einen „Schulaufstieg“ noch immer über acht „Schulabstiege“. Das Aufteilen auf verschiedene Schulformen nach der vierten Klasse ist pädagogisch längst überholt. Weder können in diesem Alter zuverlässige Prognosen für den weiteren Bildungsweg gestellt werden noch sind die Kinder in diesem Alter bereits so gefestigt, dass ein Aussortieren für sie verständlich gemacht werden kann. Zudem hat der hessische Grundschulverband schon vor Jahren erklärt, dass Lehrer*innen gar nicht in der Lage seien, die weiteren Bildungswege der Kinder vorauszusehen.

Jahrelang wurde von zurückgehenden Schüler*innenzahlen gesprochen, der sogenannten „demographischen Rendite“. Der Fortbestand kleiner Schulen wurde in Frage gestellt, vereinzelt wurden auch Schulstandorte geschlossen. Die Prognosen erwiesen sich als falsch, die Zahlen steigen, mit der Folge, dass wir jetzt mit einem eklatanten zunehmenden Lehrkräftemangel zu tun haben, auf den nicht angemessen reagiert wird. Weder gibt es ausreichend Studienplatzkapazitäten, noch ein echtes Weiterqualifizierungsprogramm für Quereinsteiger*innen. Um den Lehrer*innenberuf attraktiver zu machen müssen außerdem die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden.

Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte hat nämlich in den letzten Jahren enorm zugenommen. Die Unterrichtsverpflichtung ist nach wie vor viel zu hoch, Verwaltungs- und Dokumentationsverpflichtungen nehmen einen immer größeren Rahmen ein, die Anforderung Inklusion zu meistern ohne eine bedarfsgerechte Zuweisung von Lehrkräften ist nicht leistbar. Höhere Schüler*innenzahlen, unter anderem durch Flucht vor Krieg und Armut, brauchen nicht nur leere Stellenhülsen, sondern echte Menschen in den Klassenzimmern. Zusatzaufgaben führen dazu, dass immer mehr Lehrkräfte physisch und psychisch erkranken. Hessen hat im Grundschulbereich die höchste Pflichtstundenanzahl aller Bundesländer – und das trotz schlechterer Bezahlung der Grundschullehrkräfte. Daher haben wir die gewerkschaftliche Forderung, alle Grundschullehrkräfte nach A 13 zu entlohnen unterstützt und wollen die geplante Erhöhung unverzüglich in voller Höhe

umsetzen.

Unzählige Überlastungsanzeigen sind in den letzten Jahren an die Landesregierung und insbesondere an den Kultusminister gesendet worden, Studien belegen, dass Hessische Lehrkräfte häufig Mehrarbeit leisten von dort kommt allerdings keine Hilfe, meist nicht einmal eine Antwort. Lehrkräfte müssen wieder in die Lage versetzt werden, ihrer Aufgabe - der Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen - der Begleitung und Förderung von Kindern und Jugendlichen und der Zusammenarbeit mit Eltern umfassend nachkommen zu können.

Zudem ist der bauliche Zustand vieler Schulen nach wie vor katastrophal: Putz bröckelt von der Decke, in Klassenzimmern ist es zu beengt, Lüftungsanlagen fehlen mancherorts nach wie vor, Schulkantinen sind zu klein oder gar nicht vorhanden, die Schultoiletten unzumutbar. Viele Schulgebäude und Turnhallen sind marode, weil Sanierungen über Jahrzehnte hinweg verschleppt wurden. Eine Bedarfsanalyse gibt es nach wie vor nicht und ist von Seiten der Landesregierung auch nicht gewünscht. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ermittelte einen Investitionsbedarf in Höhe von etwa 5 Milliarden Euro, um den Sanierungsstau zu beheben.

Mit Beginn des Schuljahres 2026/27 haben Grundschulkindern der 1. und 2. Jahrgangsstufe einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Auch hier versagt die schwarz-grüne Landesregierung auf ganzer Linie. Der Ausbau der Ganztagschulen läuft in Hessen seit Jahren auf Sparflamme. Mit dem „Pakt für den Nachmittag“, jetzt Pakt für den „Ganzttag“, hat die Landesregierung ein Flickwerk geschaffen, das von Land, Kommunen und durch Elternbeiträge finanziert wird und weder den pädagogischen noch den räumlichen Ansprüchen gerecht wird. Um den Rechtsanspruch ab 2026 umzusetzen, fehlt es in Hessen an einem Ausbauplan und einer ehrlichen Analyse des Fachkräftebedarfs. Mit dem bisherigen Schmalspurganzttag ohne Qualitätsstandards kann weder Bildung, noch Betreuung oder gar Inklusion im Ganzttag gelingen. Gleiches gilt für die räumlichen Voraussetzungen für den Ganzttag. Die Landesregierung darf hier nicht länger die Verantwortung auf die Schulträger abwälzen.

DIE LINKE will:

- **Den Ausbau von Ganztagschulen statt „Pakt für den Ganzttag“, Rechtsanspruch ernst nehmen und gut vorbereiten:** Wir wollen den Ausbau von Ganztagschulen voranbringen. Dazu gehört ein kostenloses, gesundes und nahrhaftes Mittagessen ebenso wie eine lerngerechte Unterrichtsgestaltung in jahrgangsübergreifenden Kleingruppen, der themenübergreifenden Projektarbeit und dem Platz für sportliche, musische und kreative Gestaltung in Kooperation mit Vereinen, Bildungsträgern der Kinder- und Jugendsozialarbeit und Verbänden. Statt Arbeitsverdichtung und Entgrenzung von Arbeitszeiten der Lehrkräfte wollen wir multiprofessionell aufgestellte Schulen, bei denen Lehrkräfte gemeinsam mit (sozial-) pädagogischen Fachkräften die Lern- und Bildungsprozesse gestalten.
- **Mehr Lehrer*innen an die Schulen:** Wir wollen zusätzliche Lehrer*innenstellen schaffen. Die Lehrkräfte sollen durch verstärkte Qualifizierung und Betreuung

unterstützt werden. Ebenso darf es keine weiteren unbegründeten Befristungen von Beschäftigungen geben. Prekäre Arbeitsverhältnisse von Lehrkräften müssen beendet werden. Dies bedeutet auch, dass angestellte Lehrkräfte über einen TV-H Vertrag das komplette Jahr in der unterrichtsfreien Zeit bezahlt und angestellt werden. Um deutlich mehr Lehrkräfte ausbilden zu können müssen noch mehr Stellen für Lehrer*innenausbildung an den Universitäten geschaffen werden.

- **Die Aufwertung des Grundschulberufs:** A13 für alle! Schon lange wollen wir den Beruf der Grundschullehrkräfte aufwerten und sie wie andere Lehrkräfte nach der Besoldungsstufe A13 bezahlen, und zwar unverzüglich und nicht stufenweise bis 2028. Zudem möchten wir die Regelstudienzeit für alle Lehrämter auf zehn Semester anheben. Die Landesregierung weigerte sich entgegen den Aussagen des Koalitionsvertrages vehement gegen A13 für Grundschullehrkräfte – dabei bezahlt die Hälfte aller Bundesländer die Grundschullehrkräfte mittlerweile genauso gut wie die Lehrkräfte anderer Schulformen, auch unser Nachbarland Thüringen.
- **Den Schulalltag nach den Bedürfnissen der Schüler*innen gestalten:** Individuelles Lernen ist nur in kleinen Gruppen möglich. Außerdem soll der Schulalltag in den Ganztagsklassen mehr Angebote beinhalten, die sich an den Interessen der Kinder orientieren.
- **Schulstruktur: die „Schule für alle“ setzt echte Inklusion um:** Diese Schule umfasst die Primarstufe und die Sekundarstufe I (Klassen 1-10) für alle Schüler*innen und ermöglicht alle schulischen Abschlüsse in zehn Jahren Vollzeitschulpflicht. Nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse bestehen ausreichende und vielfältige Möglichkeiten zur weiteren Bildung: Erwerb der Hochschulreife, Zugang zu fachspezifischen Hochschulen, anspruchsvolle berufliche Ausbildung, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen. Anknüpfend an die erfolgreiche inklusive Arbeit unserer Grundschulen nimmt diese Schule alle Schüler*innen auf, unabhängig von Begabungen, tatsächlicher oder erwarteter Leistungsfähigkeit, familiärer Herkunft oder Behinderung, und fördert sie individuell. Sie bekämpft Diskriminierung, stärkt gemeinschaftlichen Zusammenhalt und ist inklusiv. Dies schließt die Existenz von Schulformen aus, die Kinder nach Lernvoraussetzungen sortieren und voneinander trennen. Die „Schule für alle“ fördert Demokratie und Zusammenhalt. Sie verbessert die Bildung aller Kinder, weil an keiner Schule mehr von einer vermeintlich homogenen Lerngruppe ausgegangen werden kann und somit moderner, am einzelnen Kind orientierter Unterricht überall notwendig wird. Dies setzt eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und Ausstattung der Schulen voraus. Multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Förderlehrkräften, sozialpädagogischen, psychologischen und therapeutischen Fachkräften sollen an allen Schulen miteinander arbeiten; Teilhabeassistenzen müssen besser qualifiziert werden. Der im hessischen Schulgesetz formulierte sog. Ressourcenvorbehalt bezüglich der Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen muss aufgehoben werden und der Schulträger für entsprechende Ausstattung sorgen. Hierfür sind verbindliche Zeitpläne nötig. Die „Schule für alle“ ermöglicht Kindern, an bestehenden Bindungen aus der

Grundschule festzuhalten. Diese sind auch für das Lernen sehr bedeutsam, das immer auf guten Beziehungen der Lernenden (und der Lehrpersonen) basiert. Die „Schule für alle“ beendet den Druck auf Lehrkräfte und Eltern, den Bildungsweg von Viertklässler*innen voraussehen zu sollen. Sie macht alle Jugendlichen in ihrer Schulzeit mit einer Vielfalt von möglichen Lern- und Arbeitsbiografien vertraut. Privatschulen stehen wir skeptisch gegenüber - wir wollen die höchste Bildungsqualität an allen öffentlichen Schulen. Zumindest gilt es, das Sonderungsverbot endlich strenger zu überprüfen und gegebenenfalls zu sanktionieren.

- **Inklusion umsetzen:** Wir wollen die UN-Konventionen umsetzen und jedem Kind den Platz an einer Regelschule garantieren. Kinder mit Beeinträchtigungen müssen betreut und gefördert werden. Die Landesregierung muss die Möglichkeit schaffen, dass die Beschulung aller Kinder in inklusiven Schulen möglich ist und die notwendigen Ressourcen hierfür zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund soll der im hessischen Schulgesetz formulierte Ressourcenvorbehalt aufgehoben werden. Das Land ist verpflichtet, die pädagogisch notwendige personelle Ausstattung sicherzustellen und die Schulträger in die Lage zu versetzen, die sächliche Ausstattung der Schulen den Anforderungen einer inklusiven Schule anzupassen und hierfür einen verbindlichen Zeitplan zu entwickeln. Inklusive Schulen erfordern multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Förderlehrkräften, sozialpädagogischen, psychologischen und therapeutischen Fachkräften. Wir wollen Inklusion als festen Bestandteil der Lehrer*innen aus- und Weiterbildung verankern. Teilhabeassistenzen müssen (besser) qualifiziert werden. Es muss flächendeckend Beratungsstellen geben, die Eltern und Kinder unterstützen, ihren Anspruch geltend zu machen. Mit einer „Schule für Alle“ stellen wir sicher, dass Inklusion an allen Schulen gelebt und umgesetzt wird und nicht wie bisher im gegliederten Schulsystem auf einige Schulformen abgewälzt wird.
- **Echte Lehr- und Lernmittelfreiheit durchsetzen:** DIE LINKE. Hessen will ein neues Lehr- und Lernmittelfreiheitsgesetz, das seinen Namen auch verdient. Zuzahlungen zu Büchern, Kopien und anderen Materialien wollen wir abschaffen. Zudem müssen digitale Lernmittel komplett unter Lernmittelfreiheit fallen. Das Land Hessen muss dafür Sorge tragen, dass Endgeräte und Software den Schüler*innen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Die Landesregierung darf dies nicht auf die kommunalen Schulträger oder die Eltern abwälzen.
- **Ein kostenfreies Schüler*innenticket:** Natürlich darf auch der Weg in die Bildungseinrichtung nichts kosten – daher fordert DIE LINKE. Hessen ein kostenfreies Schüler*innenticket, unabhängig vom Wohnort und der Entfernung zur Schule. Dafür müssen die Einschränkungen im Schulgesetz gestrichen werden. Gleichzeitig muss das Land die originären Landesmittel für den ÖPNV aufstocken und die steigenden Kosten für die Kommunen ausgleichen.
- **Den Sanierungstau auflösen – Schulgebäude in Stand setzen, Mensen bauen:** Um die teils desaströsen baulichen Zustände von Schulgebäuden auszubessern, wollen wir ein Landesprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro

auflegen. Damit sollen die Kommunen beim Ausbau und der Sanierung maroder Schulen unterstützt werden. Das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die räumlichen Voraussetzungen der Schulen müssen den Erfordernissen einer Ganztagschule auch im Hinblick auf den Rechtsanspruch ab 2026 angepasst und Mensen gebaut und erweitert werden.

- **Die Folgen der Corona-Pandemie abmildern:** Der in der Corona-Pandemie notwendig gewordene Distanzunterricht muss eine Ausnahme bleiben und sie hat schwerwiegende Auswirkungen auf Schüler*innen gehabt. Sie haben nicht nur unter schulischen Leistungsaspekten gelitten, auch die stark eingeschränkten Sozialkontakte und Freizeitangebote haben ihre Spuren hinterlassen. Das von der Landesregierung auferlegte Programm „Löwenstark – der Bildungskick“ ist mehr als der Hälfte aller Schüler*innen nicht einmal bekannt. Mit zusätzlichen Fachkräften müssen den Kindern und Jugendliche zusätzliche Angebote und Ansprechpartner*innen an die Seite gestellt werden. Dazu gehören auch zusätzliche psychologische Beratungsstellen. Schulen müssen unterstützt werden, um mögliche infektionsbedingte Einschränkungen schnell und einheitlich umsetzen zu können und die Digitalisierung sinnvoll gestaltet werden.
- **Die Digitalisierung vorantreiben:** Es muss einheitliche, von der Schule bereitgestellte Endgeräte geben. Digitale Lernmittel fallen unter Lernmittelfreiheit. Dies gilt auch für Lehrkräfte. Außerdem muss das Land endlich eine digitale Lern- und Verwaltungsumgebung schaffen, die benutzerfreundlich und datenschutzkonform ist. Große IT-Konzerne haben mit ihrer Lern-Software und ihren pädagogischen Konzepten an unseren Schulen grundsätzlich nichts zu suchen. Außerdem muss der Umgang mit digitalen Medien als Querschnittsaufgabe im Unterricht verankert sein.
- **Schulsozialarbeit und schulpsychologische Angebote ausweiten:** Alle Schulen müssen flächendeckend und dauerhaft mit echter Schulsozialarbeit versorgt sein. Schon vor der Corona-Pandemie benötigten immer mehr Schüler*innen, die in ihrem häuslichen oder persönlichen Umfeld Probleme haben, sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen. Die Schulsozialarbeit sowie der schulpsychologische Dienst müssen dringend in der Relation 1:1000 ausgebaut werden, wie international empfohlen. Schulsozialarbeit muss nicht nur an die Schulen, sondern auch in die Klassen. Dazu muss die „Umsetzung der unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ (UBUS-Erlass) überarbeitet werden. Multiprofessionelle Teams gehören an jede Schule. Zudem wollen wir die positiven Erfahrungen mit Schulkrankenpflegekräften ausbauen und ihren Einsatz auf mehr Schulen ausweiten.
- **Keine Schulschließungen, kleine Schulen im ländlichen Raum erhalten:** Wir wollen eine gute und wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen und eine gute Erreichbarkeit weiterführender Schulen. Eine individuelle Lösung könnte jahrgangsübergreifender Unterricht sein. Die Erfahrungen der Eingangsstufe an einigen Grundschulen könnten dabei helfen.

- **Sprachliche und kulturelle Vielfalt fördern durch herkunftssprachlichen Unterricht:** Sprachliche und kulturelle Vielfalt ist kein Nachteil, sondern eine Bereicherung. Wir wollen den mehrsprachig und in verschiedenen Herkunftsländern aufwachsenden Kindern gerecht werden und ihnen einen zusätzlichen, schulisch verantworteten herkunftssprachlichen Unterricht anbieten. In allen in Hessen gängigen Sprachen. Daneben wollen wir den Fremdsprachenkanon an weiterführenden Schulen erweitern.
- **Schulische Seiteneinsteiger*innen besser fördern:** Die Rahmenbedingungen der Intensivklassen für Seiteneinsteiger*innen ohne Deutschkenntnisse an den Schulen wollen wir verbessern: Die starren Altersgrenzen müssen beseitigt, Klassengrößen wieder gesenkt, Lehrer*innen entlastet und bessere Abschlussmöglichkeiten geschaffen werden. Die Mittel für Intensivklassen müssen wieder erhöht werden. Zudem dürfen Maßnahmen, die Übergänge von Schule in den Beruf fördern, nicht abgeschafft, sondern umfassend ausgebaut werden. Auch für Seiteneinsteiger*innen muss die schulpsychologische Betreuung begleiten, insbesondere im Hinblick auf vor Krieg und Folter geflüchtete junge Menschen.
- **Lehrkräfte als Pädagog*innen ausbilden, motivieren, anerkennen:** Wir wollen die Lehrkräfteausbildung reformieren und eine Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung. Inklusion, Integration, Heterogenität, Ganztage, Digitalisierung – all dies muss mehr Berücksichtigung in der Lehrer*innenbildung finden. Eine an den Bedürfnissen der Kinder orientierte Pädagogik muss Inhalt der Ausbildung sein. Wir wollen eine gemeinsame Ausbildung von Lehrer*innen mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen. Wer die erste Staatsprüfung erfolgreich absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Ausbildung haben. Dazu braucht es ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept des Landes, das Perspektiven und Chancen im hessischen Schulwesen bietet. Die stetig gestiegene Pflichtstundenzahl muss deutlich reduziert und für alle Schulformen vereinheitlicht werden. Zugleich müssen die Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte ausgebaut werden.
- **Schulen demokratisieren:** Demokratie muss in der Schule alltäglich gelebt werden. Wo immer möglich, müssen Schüler*innen in die Planung von Unterrichtsvorhaben einbezogen und unterschiedliche gesellschaftliche Interessen thematisiert werden. Der alles Maß überschreitenden Einflussnahme der Unternehmerverbände bzw. unternehmensnaher Institutionen muss Einhalt geboten werden. In der Gesellschaft müssen strittige Themen auch in der Schule als strittig behandelt werden. Junge Menschen müssen mit ihren Ideen und Meinungen ernst genommen werden, deshalb wollen wir die Schulkonferenz umgestalten und eine Drittelparität von Schüler*innen, Lehrkräften inklusive Schulleiter*innen sowie Eltern einführen.
- **Hausaufgaben abschaffen:** Hausaufgaben tragen zur sozialen Ungleichheit bei.

Manche Schüler*innen können keine Hilfe von ihren Eltern, Geschwistern oder Großeltern bekommen. Viele können sich private Nachhilfe nicht leisten. Damit alle Schüler*innen die gleichen Chancen haben, soll der Unterricht in der Schule unter professioneller Betreuung in Integration des Ganztages vor- und nachbereitet werden.

- **Die Schüler*innenvertretungen stärken:** Schüler*innenvertretungen sollen sich mit allen Interessen und Fragen der Schüler*innen befassen können. Sie erhalten Räumlichkeiten und einen festen Etat. Schüler*innen sollen im Unterricht über die Auswahl von Unterrichtsinhalt und Themen, über Arbeitsformen und Unterrichtsgestaltung sowie über die Auswahl weiterer schulischer Angebote mitentscheiden können.
- **Politische Bildung aufwerten:** Anhand aktueller kommunal-, landes-, bundespolitischer und globaler Themen soll schon in der Schule ein Bewusstsein für Mitbestimmung geschaffen werden. Fahrten zu Gedenkstätten, Museen, Parlamenten etc. müssen für alle Schüler*innen kostenfrei zugänglich sein. Es darf bei Ausflügen und Klassenfahrten keine Ausgrenzung von Schüler*innen aus finanzschwachen Familien geben. Außerdem wollen wir Politikunterricht an nicht-gymnasialen weiterführenden Schulen ausbauen.
- **Den Ethikunterricht endlich dem Religionsunterricht gleich stellen:** Jede Schülerin und jeder Schüler, von der Grundschule bis zur Berufsschule, braucht ein Recht auf Ethikunterricht durch eigens dafür ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Dafür müssen an den Universitäten endlich entsprechende Ausbildungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Der Status des Ethikunterrichts als Ersatzfach ist nicht mehr zeitgemäß und spiegelt nicht die Lebensrealität der Menschen wieder, in der die Religionsgemeinschaften längst ihre gesellschaftlich relevante Position eingebüßt haben. Ethik muss deshalb ein vollwertiges Schulfach werden.
- **Schule ohne Rassismus und Diskriminierung:** In den Schulen sollen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit thematisiert und in den Lehrplan eingearbeitet werden, um Kinder und Jugendliche gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu sensibilisieren. Dazu gehört es, den Unterrichtsstoff und alle Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende und ausgrenzende Inhalte zu überprüfen und den eurozentristischen Blickwinkel kritisch und historisch zu hinterfragen und zu erweitern. In interkulturellen Projekten sollen Kinder und Jugendliche lernen, dass Menschen aus allen Ländern und Kulturen gleichermaßen wichtige Beiträge zur Entwicklung der Menschheit geleistet haben. Wir wollen, dass Schule für alle Schüler*innen ein sicherer Ort ist. Es braucht deutlich mehr wirksame Konzepte, um Rassismus, Mobbing, Homophobie und andere Formen der Diskriminierung einen Riegel vorzuschieben. Dazu müssen diese Themen kritisch, konstruktiv und nachhaltig thematisiert und wie auch entsprechende Schutzräume eingerichtet werden.
- **Die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auflösen:** Die Bundeswehr hat als militärischer Akteur an Schulen und Ausbildungsmessen nichts zu suchen.

Die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr wollen wir aufheben. Das Zusenden von Werbematerialien der Bundeswehr ohne Einwilligung der Schüler*innen soll abgestellt werden. Zur Friedensbildung an Schulen sollte eine Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (DFG-VK) und anderen zivilen Menschenrechts- und Friedensorganisationen getroffen werden.

- **Lebenslanges Lernen ermöglichen – selbstbestimmt und ohne Verwertungszwang:** Weiterbildung findet im beruflichen, kulturellen und politischen Bereich statt. Deshalb müssen die Volkshochschulen mehr finanzielle Unterstützung erhalten und die Kursleiter*innen rechtlich abgesichert und angemessen honoriert sein. Die Weiterbildungsmaßnahmen müssen weiter ausgebaut und die Mittel für den Weiterbildungspakt aufgestockt werden. Das Hessische Gesetz über den Anspruch auf Bildungsurlaub muss überarbeitet, die Voraussetzungen vereinfacht und weitere Bildungsangebote aufgenommen werden. Die Teilnahme an Bildungsurlauben darf nicht an den finanziellen Mitteln einer Person scheitern, deshalb müssen die Kosten bezuschusst werden. Die Hessenkollegs und Abendschulen als Möglichkeit des lebenslangen Lernens müssen erhalten bleiben und finanziell gestärkt werden.
- **Kulturelle Bildung stärken:** Hier braucht es dringend eine Initiative zur Lehrkräfteausbildung. Wir wollen kulturelle Bildung an unseren Schulen ausbauen. Allen Schülerinnen soll jährlich ein kostenfreier Besuch einer kulturellen Veranstaltung bzw. Institution, wie Museen, Theater oder Konzerte ermöglicht werden. Außerdem möchten wir schulische Kooperationen im Bereich der Kultur, beispielsweise mit Theater-, Tanz- und Instrumentalpädagoginnen flächendeckend und nachhaltig ausweiten um Schüler*innen mehr kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.
- **Meister*innen Kurse im Handwerk allen Gessell*innen zugänglich machen:** Die Frage ob man nach einer abgeschlossen Ausbildung den Meistertitel erlangt, darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Daher setzen wir uns für kostenfreie Meister*innen Kurse ein.

6.3. Wissenschaft und Hochschulen

Die hessischen Hochschulen sind an den Grenzen ihrer Kapazität angelangt. Der lang vorhersehbare Studierendenansturm und die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen haben zu einer massiven Verschlechterung der Studien-, Lehr- und Arbeitsbedingungen geführt. Überfüllte Hörsäle gehören zum Alltag, Seminare und Vorlesungen werden teilweise in anderen Räumlichkeiten wie Kirchen und in Kinosälen abgehalten. Die schwarz-grüne Landesregierung hat es leider unterlassen im Rahmen des hessischen Hochschulpakts für eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen zu sorgen. Die viel gepriesene Autonomie an den Hochschulen ist unter

diesen Bedingungen in weiten Teilen Makulatur.

Die Mangelverwaltung an den Hochschulen führt vielerorts zu schlechten Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigungsverhältnisse sind überwiegend, mittlerweile zu 84%, befristet, Zukunftsängste und hohe Personalfuktuation sind die Folgen. Den Ankündigungen der schwarz-grünen Landesregierung, die prekäre Beschäftigung eindämmen zu wollen, sind leider keine Taten gefolgt. Der „Kodex für gute Arbeit“ ist bisher eine reine Selbstverpflichtung der Hochschulen, bei deren Erarbeitung die Personalvertretungen nur unzureichend eingebunden waren. Der Kodex wurde weder ins Hochschulgesetz noch in die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen aufgenommen. Von daher bleibt er ein Papiertiger. Zudem werden immer mehr Lehraufgaben von so genannten Lehrkräften für besondere Aufgaben übernommen. Deren Aufgabenbeschreibung sieht eine akademische Weiterqualifizierung nicht vor und führt in die berufliche Sackgasse. Ein wesentlicher Teil der Arbeit an Hochschulen wird von den etwa 14.000 studentischen Hilfskräften in Hessen geleistet. Im Haushalt firmieren sie als Sachmittel. Unbezahlte Überstunden, das Nacharbeiten von Krankheitstagen und nur kurze Vertragslaufzeiten sind die traurige Realität. Eine substanzielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Hilfskräfte ist längst überfällig.

Zudem herrscht Wohnungsnot unter den Studierenden. Zu Beginn jedes Semesters müssen Notunterkünfte für Studienanfänger*innen geschaffen werden, die zu Beginn ihres Studiums noch keinen Wohnplatz gefunden haben, weil es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Für über 215.000 Studierende stehen lediglich 15.000 Wohnheimplätze zur Verfügung. Nicht einmal jede*r 14. Studierende erhält einen Wohnheimplatz.

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft zeigt sich auch an den Hochschulen. Die immer stärkere Ausrichtung auf Verwertbarkeit und Wirtschaftsinteressen, zunehmende prekäre Beschäftigung, der Abbau demokratischer Strukturen, Privatisierungstendenzen und der Einsatz von Drittmitteln prägen die Entwicklung der Hochschullandschaft. Der neue Hochschulpakt sieht zwar leichte Verbesserungen vor, eine notwendige Umkehrung der Dynamiken der letzten Jahrzehnte stellt der Pakt aber nicht dar. Kritische Wissenschaft und die Selbstverwaltung der Hochschulen werden immer mehr an den Rand gedrängt.

DIE LINKE steht für eine grundsätzlich andere Hochschulpolitik: Statt auf Eliteförderung und Wettbewerb setzen wir auf ein sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem und demokratische Hochschulstrukturen.

DIE LINKE will:

- **Die Hochschulen finanziell besser ausstatten:** Die Hochschulen sind unterfinanziert, die Mittel pro Student*in sinken seit Jahren. Das wirkt sich auf die Qualität der Ausbildung aus und führt zu Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen. Lehre und Forschung müssen ausreichend finanziert werden, deshalb muss ein neuer bedarfsdeckender Hochschulpakt verhandelt werden. Wir

wollen die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter deutlich stärken, um die Abhängigkeit von Drittmitteln substanziell zu verringern. Dafür soll u.a. die Landesoffensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE) abgeschafft werden. Das Land Hessen soll sich zudem in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) für die Beendigung der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder einsetzen und stattdessen auf eine nachhaltige Kofinanzierung des Hochschulbereichs durch den Bund hinwirken.

- **Die Demokratisierung der Hochschulen:** Wir wollen eine lebendige demokratische Kultur an den Hochschulen, statt einer Verlagerung wichtiger Entscheidungskompetenzen an die Hochschulleitungen und die demokratisch nicht legitimierten Hochschulräte. DIE LINKE will dazu eine viertel paritätische Selbstverwaltung der Hochschulen und tritt für das Recht der Allgemeinen Studierendenausschüsse (ASTen) ein, sich zu allgemeinpolitischen Fragestellungen zu äußern. Viertel bedeutet, dass alle Statusgruppen der Hochschule gleiche Mitbestimmungsrechte haben und Professor:innen nicht länger bevorteilt sind. Wenn durch den Autonomieprozess Entscheidungskompetenzen vom Ministerium an die Hochschulen verlagert werden, müssen diese auf die demokratisch gewählten Gremien übertragen werden. Die Hochschulräte sollen ausschließlich beratende Funktion haben und so besetzt sein, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen darin wiederfinden. Zudem tritt DIE LINKE für eine Institutionalisierung der Landes-ASTen- Konferenz als landesweite Vertretung der Studierenden ein.
- **Ein gebührenfreies Studium:** Die Studierendenbewegung in Hessen hat erreicht, dass die bereits eingeführten Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden. Studiengebühren vertiefen die sozialen Unterschiede. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein und Studierende dürfen nicht gezwungen werden, sich schon bei der Aufnahme des Studiums hoch zu verschulden. Deshalb dürfen Studiengebühren nicht wieder eingeführt werden, auch nicht für Teile der Studierendenschaft. Die Erhebung von Gebühren für Verwaltung und Prüfungen lehnen wir ab. Als versteckte Studiengebühren ist der Verwaltungskostenbeitrag, der in Höhe von 50 € jedes Semester von den Studierenden zu erbringen ist, abzuschaffen und das so entstandene Defizit für die Hochschulen durch eine angehobenen Grundfinanzierung auszugleichen.
- **Den Hochschulzugang erleichtern und Studienfinanzierung reformieren:** Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Berufswahl und in vielen Branchen herrscht akuter Fachkräftemangel. Dieses Recht wird aber unterlaufen, wenn immer mehr Hochschulen Zulassungsbeschränkungen erlassen. Wir wollen den Hochschulzugang erleichtern und Bildungsbarrieren abbauen. Es müssen mehr Zugangswege ins Studium auch ohne Abitur geschaffen werden. Dazu ist die Anrechnung beruflicher Qualifikationen zu vereinfachen und die Studienplatzkapazitäten für Studierende ohne allgemeine Hochschulreife auszubauen. Zudem bedarf es einer Reform der Studienfinanzierung. DIE LINKE tritt für eine deutliche Erhöhung und Ausbau des BAFöG sowie für eine

elternunabhängige Studienfinanzierung ein. Unsoziale Stipendiensysteme wie das sogenannte „Deutschlandstipendium“ lehnen wir ab. Ein Wechsel von Studiengängen soll wieder erleichtert werden. DIE LINKE wirkt zudem auf die Einrichtung eines Notfallfonds für Studierenden in Hessen hin, die keinen BAföG-Anspruch haben.

- **Die Reform der Bologna-Reform – Master für alle:** DIE LINKE lehnt die Bologna-Reform in ihrer Grundausrichtung ab. Die Umstellung auf Bachelor und Master hat zu einer Entwertung eines Großteils der Hochschulabschlüsse geführt. Zudem hat der Leistungsdruck an den Hochschulen enorm zugenommen. Volle Stundenpläne und enge Prüfungsrhythmen bedeuten enorme Belastung für Studierende, insbesondere, wenn sie nebenher arbeiten müssen. Wir wollen die Regelstudienzeit ausweiten, das Teilzeitstudium ermöglichen und die Prüfungsdichte verringern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass jede*r Bachelor-Absolvent*in ohne weitere Zulassungsbeschränkungen den Zugang zum Master-Studium erhält.
- **Hochschulen frei von Rüstung & Militär – Zivilklauseln einführen, stärken und Einhaltung kontrollieren:** Durch das enorme Aufrüstungsprogramm der Ampel-Koalition stehen auch die hessischen Hochschulen immer mehr unter Druck von Rüstungsindustrie und Bundeswehr. Es ist dem gemeinsamen Kampf von friedensbewegten Studierenden und Lehrenden zu verdanken, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Hochschulen eine sogenannte Zivilklausel eingeführt haben. Forschung, und Studium und Lehre an hessischen Hochschulen muss dem Frieden verpflichtet sein, deshalb soll nur zu zivilen, Frieden schaffenden Zwecken geforscht und gelehrt werden. Immer mehr Hochschulen führen eine sogenannte Zivilklausel ein, die Rüstungsforschung verhindern soll. Wir wollen, dass eine solche Klausel auch im hessischen Hochschulgesetz festgeschrieben wird. Zudem soll im Wissenschaftsministerium eine Kompetenzstelle „Zivilklausel“ eingerichtet werden, die die Hochschulen in dieser Frage beraten kann. Zwar ist ein Missbrauch von Forschungsergebnissen oder eine militärische Nutzung ist auch bei ziviler Forschung nicht immer auszuschließen. Aber gerade deshalb müssen solche Dual Use-Problematiken müssen in der Wissenschaft kritisch und systematisch reflektiert und diskutiert werden. DIE LINKE setzt sich daher dafür ein, dass entsprechend der Empfehlungen der deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Leopoldina an allen Hochschulen Kommissionen geschaffen werden, die für Fragen von Dual Use zuständig sind. Die Hochschulen sollen zudem die forschungsethische Reflexion stärker in den Studiengängen verankern. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für die Stärkung und Erneuerung einer interdisziplinären Friedenswissenschaft und für internationale Wissenschaftskooperationen ein, mit dem Ziel, gerade in Zeiten des Krieges durch den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den Ländern zu einem friedlichen und zivilen Miteinander beizutragen.
- **Studentischen Wohnraum schaffen und Studierendenwerke besser ausstatten:** Mit der Schaffung von jährlich 2.000 Wohnplätzen für Studierende wollen wir schrittweise für ausreichend Wohnraum sorgen. Gleichzeitig sollen die

bestehenden Wohnheime auf heutige Standards modernisiert werden, ohne dass dies zu Mietpreissteigerungen führt. Neben guten Studienbedingungen brauchen Studierende auch eine gute soziale Infrastruktur, wozu auch günstiges Essen in der Mensa gehört. Deshalb müssen die Studierendenwerke finanziell besser ausgestattet werden und brauchen Planungssicherheit. Zugleich muss die demokratische Beteiligung der Studierenden von der Wohnheimverwaltung bis zum Studierendenwerk als Ganzes ausgebaut werden, um ihre Interessen gut zu vertreten.

- **Nachhaltiger Umbau der Hochschulen:** Der nachhaltige Umbau der Hochschulen zählt zu den Kernaufgaben der Hochschulpolitik der kommenden Jahre. Dabei ist Nachhaltigkeit sowohl im ökologischen wie sozialen Sinne zu verstehen. Ziel aller Maßnahmen muss die klimaneutrale Hochschule bis 2030 sein.
- **Gerechte Ausgestaltung von Wissenschaft und Forschung:** Bestimmte Gruppen sind in der Wissenschaft nach wie vor unterrepräsentiert, allen voran Frauen*, Menschen aus nichtakademischen Familien und Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir fordern eine Beibehaltung sämtlicher Lehrstühle für Geschlechter-, Migrations- und Ungleichheitsforschung, da hier gesellschaftlich relevante Forschung betrieben wird. Neue Studiengänge sind inhaltlich so zu gestalten, dass Frauen* und Männer gleichermaßen angesprochen werden. Lehrinhalte und Studieninformationen sind mindestens zweisprachig zu verfassen. Da FLINTA* besonders in den MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) zu wenig vertreten sind, sind alle Förderlinien, die Schülerinnen für ein Studium in diesem Bereich begeistern, ebenso beizubehalten wie unterstützende Programme während und nach dem Studium. Das hessenweite Mentoringprogramm für mehr FLINTA* Wissenschaft und Wirtschaft, Mentoring Hessen, ist daher dauerhaft zu finanzieren. Transkulturelle Mentoringangebote sowie die Kooperation mit klassenpepezifischen Programmen (z. B. ArbeiterKind.de) sind auszubauen und zu verstetigen. Die Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft ist als Diskriminierungskategorie im HessHG zu ergänzen und entsprechend in der Gleichstellungs- bzw. Antidiskriminierungsarbeit der Hochschulen zu berücksichtigen. Des Weiteren ist ein landesweites Monitoring-Verfahren zu etablieren, welches den Anteil von Studierenden aus nicht-akademischen sowie finanziell benachteiligten Elternhäusern erfasst und Hochschulen monetär unterstützt, die einen überdurchschnittlichen Anteil an Studierenden aus dieser Gruppe haben.
- **Prekäre Beschäftigung an den Hochschulen zurückdrängen:** Die Beschäftigungssituation an den Hochschulen hat sich, insbesondere im Mittelbau, enorm verschlechtert. Immer mehr Lehre wird von Lehrbeauftragten geleistet, die als Honorarkräfte nur kurzfristige Aufträge erhalten und nicht sozialversichert sind. Dies führt nicht nur zu existentieller Unsicherheit; durch die hohe Lehrbelastung ist es in den meisten Fällen auch nicht möglich, die persönliche akademische Weiterqualifikation zu erlangen. Dies hat zur Folge, dass wissenschaftlicher Nachwuchs nicht gefördert, sondern blockiert wird. DIE LINKE setzt sich für gute

Arbeit an den Hochschulen ein. Das bedeutet in erster Linie, dass es mehr unbefristete und nach der Qualifikation entlohnte Dauerstellen geben muss. Wir stehen hinter dem Prinzip: Dauerstellen für Daueraufgaben.

- **Gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft schaffen:** Die Beschäftigungssituation an den Hochschulen hat sich in allen Bereichen - insbesondere im akademischen Mittelbau - enorm verschlechtert und ist von prekären Beschäftigungsverhältnissen gekennzeichnet. Arbeitsverträge werden immer häufiger befristet geschlossen. Das betrifft mittlerweile mehr als zwei Drittel aller Neueinstellungen an den Hochschulen. Aber auch die Lehre wird immer öfter von befristet beschäftigten Lehrbeauftragten geleistet.. DIE LINKE setzt sich für gute Arbeit an den Hochschulen ein. Das bedeutet in erster Linie, dass es mehr unbefristete und nach der Qualifikation entlohnte Dauerstellen geben muss. DIE LINKE setzt sich für gute Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen ein. Dazu gehört, dass Mindestvertragslaufzeiten für alle Arbeitsverträge festgelegt werden und, dass Stellen im Regelfall als Vollzeitstellen besetzt werden. Zudem soll im hessischen Hochschulgesetz verankert werden, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Qualifikationsstellen mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit zur eigenen Forschung zur Verfügung stehen. Stellen mit erhöhtem Lehrdeputat sollen nicht als Qualifikationsstellen ausgeschrieben werden und sind als Lehrkräfte für besondere Aufgaben unbefristet zu besetzen.
- **Gute Arbeitsbedingungen auch für studentische Hilfskräfte:** Studentische Hilfskräfte stellen eine der größten Beschäftigtengruppen an Hochschulen da. Allein in Hessen sind etwa 14.000 Hilfskräfte angestellt. Trotzdem sind sie weder Teil des Tarifvertrags noch haben sie eine personalrechtliche Vertretung. DIE LINKE treibt die Aufnahme studentischer Hilfskräfte in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst voran. Zudem setzt sich DIE LINKE für eine Personalvertretung für Hilfskräfte an jeder Hochschule durch Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) ein.
- **Privatisierungstendenzen stoppen:** DIE LINKE wendet sich gegen alle Formen von Privatisierung im Hochschulbereich wie beispielsweise durch das Modell der Stiftungsuniversität Frankfurt. Eine Förderung von privaten, gewinnorientierten Hochschulen lehnen wir ab. Hochschulen, wie die European Business School (EBS), die hohe Studiengebühren erheben und zur sozialen Selektion beitragen, dürfen nicht durch öffentliche Mittel bezuschusst werden. DIE LINKE hat die Förderung der EBS aus Steuermitteln als einzige Partei immer abgelehnt.
- **Forschungsförderung:** Forschung und Lehre an den Hochschulen müssen unabhängig von wirtschaftlichen Interessen sein und sich am Gemeinwohl orientieren. DIE LINKE sieht die Zunahme der Drittmittelquoten an den Hochschulen äußerst kritisch und tritt für eine deutliche Stärkung der Grundfinanzierung ein, um die Unabhängigkeit der Forschung zu sichern. Eine gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Einwerbung von Drittmitteln lehnen wir ab. Ferner müssen für drittmittelfinanzierte Stellen Mindeststandards etabliert werden. Dazu gehört, dass Stellen, die nicht der wissenschaftlichen

Weiterqualifizierung dienen (z.B. Laborpersonal), in der Regel unbefristet zu besetzen sind.

- **Open Science:** DIE LINKE unterstützt grundsätzlich die Zielsetzung, dass das in den Hochschulen erzeugte Wissen der gesamten Öffentlichkeit frei zur Verfügung stehen sollte. Daher soll im hessischen Hochschulgesetz verankert werden, dass aus öffentlichen Mitteln finanzierte Forschungsergebnisse im Open Access – zumindest als Zweitveröffentlichung – publiziert werden müssen. Auch die Forschungsdaten, die den Publikationen zu Grunde liegen, sowie eventuell eingesetzter Softwarecode sollen – soweit möglich - frei zugänglich zur Verfügung gestellt werden. An den Hochschulen entwickelte Lerninhalte sollen ebenso nach Möglichkeit entsprechend veröffentlicht werden.
- **Das Durcheinander im Dualen Studium beenden:** Solange es keine bundeseinheitliche Definition für ein Duales Studium gibt, muss das Durcheinander im Bereich duales Studium auf Landesebene begrenzt werden. Das Duale Studium soll ein empfohlenes Verhältnis zwischen berufspraktischen und hochschulischen Lernen umfassen. Im Rahmen eines Dualen Studiums sollen bis zu 50 Prozent der zu erbringenden Leistungen „innercurricular“ beim Praxispartner erbracht werden können. Duale Studienangebote dürfen nicht zu betriebsspezifisch gestaltet sein. Bei ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen muss die Mindestausbildungsdauer, die sich aus den Regelungen des § 8 BBiG ergibt, eingehalten werden, hierfür muss auf Landesebene mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen Sorge getragen werden. Das gilt auch für die Umsetzung und Kontrolle des Arbeitsschutzes in den Ausbildungsbetrieben.

6.4. Unsere junge Menschen brauchen Zukunft - eine gute Berufsausbildung gehört dazu

Immer noch werden junge Menschen in Hessen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz verfrachtet. Viele von ihnen hängen in endlosen Warteschleifen in Übergangssystemen fest. Besonders Hauptschüler*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sind auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt. Viele Arbeitgeber*innen klagen über Fachkräftemangel und über fehlende Bewerbungen für Ausbildungsberufe. Oft ist der Fachkräftemangel hausgemacht. Potenzielle Auszubildende werden als nicht ausbildungsreif eingestuft. Gleichzeitig klagen viele Auszubildende über zu hohe Belastung, viele gehen krank zur Arbeit oder werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet.

Damit jeder junge Mensch in Hessen die Chance auf eine duale Ausbildung bekommt, braucht es einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz. Wir möchten auch weiterhin eine Ausbildungsplatzumlage. Diese ermöglicht es auch in Krisen dem Ausbildungsplatzabbau entgegenzuwirken und schafft Anreize, dass wieder mehr Unternehmen eine Ausbildung anbieten. Außerdem werden somit die Kosten für eine Ausbildung solidarisch verteilt. Momentan bildet nur noch jeder fünfte Betrieb aus,

wohingegen 80 % der Betriebe von den ausgebildeten Fachkräften profitieren. Eine berufliche Orientierung muss ohne Druck und jenseits vorgegebener Bildungsschranken möglich sein. Berufsausbildung soll der persönlichen Entwicklung und der freien Entfaltung des Individuums dienen.

DIE LINKE will:

- **Mehr Ausbildungsplätze beim Land Hessen:** Das Land Hessen muss sich verstärkt selbst als Ausbilder betätigen, damit ausreichend eigene Fachkräfte zur Verfügung stehen. Dafür müssen auch die Kommunen bei der Ausbildung, u.a. dem dualen Studium unterstützt werden.
- **Eine Ausbildungsplatzumlage einführen und Ausbildungsverbünde fördern:** Dafür müssen Betriebe in angemessenem Ausmaß Ausbildungsplätze anbieten oder sich an gemeinsamen Ausbildungsverbänden beteiligen. Wer nicht ausbildet, soll zahlen! Um nicht ausbildende Betriebe zur Beteiligung anzuhalten, soll das Land Hessen im Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer Ausbildungsumlage starten.
- **Dass sich das Land Hessen auf Bundesebene für eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) einsetzt:** Die Änderung soll die Ausbildungsqualität verbessern und einen Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung beinhalten. Außerdem sollen auch duale Studiengänge in das BBiG aufgenommen werden. Das Land darf keine einjährige Ausbildung zulassen, wie beispielsweise bei der Kranken- und Altenpflegehilfe.
- **Eine Ausbildungsvergütung, die eine selbstständige, elternunabhängige Lebensgestaltung ermöglicht:** Auf Bundesebene soll sich das Land Hessen für eine gesetzliche, höhere Mindestausbildungsvergütung einsetzen.
- **Eine Ausbildungsplatzgarantie:** Allen jungen Menschen soll im Rahmen einer Ausbildungsplatzgarantie die Möglichkeit eröffnet werden, in einem dualen Ausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungsgesetz einen Beruf zu erlernen.
- **Die Ausbildung in Berufen, die nicht dual geregelt sind, in eine duale Berufsausbildung überführen:** Bis dahin muss Schulgeld grundsätzlich entfallen und ein am Tarif orientiertes Ausbildungsgeld gezahlt werden.
- **Berufliche Schulen zügig ausbauen und auf den neuesten technischen Stand bringen:** Dazu bedarf es finanzielle Unterstützung der Schulträger durch das Land Hessen.
- **Mehr Stellen für Lehrkräfte sowie für Schulsozialarbeit und sozialpsychologische Begleitung in den beruflichen Schulen:** Dazu zählt auch mehr Berufsschullehrer*innen auszubilden und Quereinsteiger*innen verstärkt zu qualifizieren.

- **Allen Berufsschüler*innen mindestens an zwei Tagen pro Woche jeweils sechs Unterrichtsstunden ermöglichen:** Dazu gehört auch, dass politische Bildung ein Teil der beruflichen Ausbildung sein muss.
- **Eine enge Zusammenarbeit von Berufsschulen mit Qualifizierungseinrichtungen:** Dies gilt besonders für Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Hilfebedarf.
- **Assistierte Ausbildung stärker zu nutzen:** Dabei werden Arbeitgeber*innen bei der Ausbildung unterstützt und das ermöglicht somit Jugendlichen mit Behinderung, Benachteiligung und Lernschwierigkeiten, eine vollwertige duale Ausbildung wahrzunehmen.
- **Eine flächendeckende Abdeckung mit Fachklassen in ganz Hessen:** Eine sinkende Anzahl von Auszubildende in dualen Ausbildungsgängen führt außerhalb der Ballungsräume zur Aufgabe von Fachklassenstandorten. Es braucht ein Konzept zur Entwicklung der beruflichen Schulen bei weniger Teilzeitschüler*innen und steigenden Ausstattungskosten.
- **Preisgünstiger Wohnraum für Auszubildende:** Insbesondere in Ballungsräumen sind nicht nur Studierende, sondern auch junge Menschen in Ausbildung von steigenden Mieten und Verdrängung betroffen. Auch für sie wollen wir mit Wohnheimen günstige Alternativen schaffen. An den Kosten werden die Ausbildungsbetriebe beteiligt. Nicht ausbildende Betriebe werden über die Ausbildungsumlage herangezogen.
- **Eine umfangreiche Beratung zu Weiterbildungsangeboten:** In vielen Bereichen gibt es einen starken Fachkräftemangel, daher wollen wir Beratungsangebote für Auszubildende, schon während der Ausbildung, zu Weiterbildungsangeboten nach der Ausbildung (z.B. Meister*innen Kurse) ausbauen.

7. Unsere Welt friedlicher

Als konsequente Friedenspartei lehnt DIE LINKE Krieg als Mittel der Politik ab. Egal ob in der Ukraine, im Jemen, in Mali, in Syrien und überall auf der Welt: Wir treten für ein Ende aller Kriege ein. Nur durch Frieden können soziale und freiheitliche Menschenrechte umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen Verhandlungen treten. Konflikte müssen politisch, diplomatisch und zivil gelöst werden. Und auch wenn es in der aufgeheizten Konfrontation schwer erscheint: Nur Friedenspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie gegenseitige Sicherheitsgarantien gewähren dauerhafte Sicherheit.

7.1. Unser Hessen gegen Krieg

DIE LINKE steht zum Bekenntnis in Art. 69 der hessischen Verfassung: „Der Krieg ist geächtet.“ und „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Kriege und Konflikte um Einfluss, Bodenschätze und Absatzmärkte nehmen weltweit zu. Ebenso wie geopolitische Rivalitäten zwischen den großen Blöcken. Kriege bedeuten Tod, Leid und Zerstörung. Die Leidtragenden sind immer die einfachen Menschen. Auch von hessischen Boden geht Krieg aus, den hier werden Waffen zur Lieferung in alle Welt produziert und gehandelt. Bundeswehr, USA und NATO nutzen die hessische Infrastruktur für ihre militärischen Einsätze.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts, dieser Leitsatz von Willy Brandt gilt für uns gerade jetzt.

DIE LINKE will:

-
- **Bildung ohne Bundeswehr:** Wir wollen verhindern, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an hessischen Schulen und auf Ausbildungsmessen für Kriegseinsätze werben dürfen. Krieg ist keine Alternative zu fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem Hesttag und das Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“. Die Ausbildung von Minderjährigen zu Soldat*innen durch die Bundeswehr muss beendet werden.
- **Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr aufheben:** Wir wollen die Kooperationsvereinbarung beenden, welche Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen unterstützt und vereinfacht.
- **Rüstungsforschung verhindern – Zivilklauseln verankern:** An hessischen Hochschulen sollte nur Forschung erfolgen, die zivilen Zwecken und damit dem Wohl der Menschen dient. Wir sind konsequent für die Zivilklausel. Außerdem sollen wissenschaftlich begründete Konzepte für Rüstungskonversion entwickelt werden. Forschung zur Entwicklung neuer Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts verloren, da sie in einem klaren Widerspruch zum eindeutigen Friedensbekenntnis der hessischen Verfassung stehen.
- **Konversionsprogramme für die Rüstungsindustrie auflegen:** Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden zur Aufrüstung der Bundeswehr lehnen wir ab. Wir wollen stattdessen ein Rüstungskonversionsprogramm, mit dem die Produktion in den betroffenen Betrieben auf zivile Güter umgestellt wird. Die Arbeitsplätze wollen wir nicht nur erhalten, die Beschäftigten sollen auch eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit ausüben. Wir sprechen uns gegen jede Form von Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete aus. Unser Ziel ist es, die Rüstungsproduktion einzustellen und Rüstungsexporte zu verbieten.

- **Den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland:** Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, die im benachbarten Rheinland-Pfalz stationiert sind. Das Land Hessen sollte dem Vorbild vieler Kommunen folgen und sich zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen bekennen.
- **Keine Kriegsbeteiligungen in Hessen dulden:** In Wiesbaden muss das Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa geschlossen werden. Durch die Stationierung weiterer Truppengattungen der US-Army wächst die Gefahr, dass die Rhein-Main-Region zu einem Hotspot in einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und der NATO werden könnte. Der Ausbau der militärischen Einrichtungen muss beendet und der Militärflughafen geschlossen werden. Auch die Ausweitung der Geheimdienstzentren in Hessen ist endlich zu stoppen.
- **Internationale Zusammenarbeit fördern:** Das Land Hessen soll Initiativen von Kommunen, Vereinen und Verbänden zur Förderung von Solidarität und gegenseitigem Verständnis fördern und das Programm „Mayors for peace“ unterstützen. Der internationale zivile Austausch, etwa in Wissenschaft und Kultur, zwischen Partnerstädten/Partnerregionen mit Kommunen und Regionen anderer Länder ausgebaut werden.

7.2. Unser solidarisches Europa

Wir kämpfen für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa, in dem alle gut leben und arbeiten können. Ein solidarisches Europa, in dem alle Menschen vor Armut geschützt sind, in dem nicht Standortkonkurrenz und Profit, sondern Demokratie und Solidarität an erster Stelle stehen. Ein Europa, in dem Konzerne und Reiche endlich ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Für eine EU, die keine Deals mit Diktator*innen und multinationalen Konzernen macht, die Krieg als Mittel der Politik ächtet und verhindert, sodass auch das Ertrinken auf dem Mittelmeer ein Ende findet. Wir wollen eine Europäische Union, die Klimaschutz und eine Energie- und Verkehrswende endlich voranbringt, anstatt sie zu blockieren. Wir wollen ein friedliches Europa ohne Rüstungswettlauf. Wir fordern soziale Mindeststandards, gute Gesundheitsversorgung und Bildung für alle.

In Europa aber wachsen die Gegensätze zwischen arm und reich. Regierungen versagen bei der Eindämmung und Bewältigung der Klimakrise und an der Bewältigung der Probleme unserer Zeit. In der Folge erstarkt die politische Rechte.

Die schwarz-grüne Landesregierung versteht unter europäischer Politik primär Standortwettbewerb um die besten Bedingungen für global agierende Unternehmen und will den „Finanzplatz Frankfurt“ stärken. Sie hat sich in den letzten Jahren vor allem darauf konzentriert, Banken nach Frankfurt zu locken oder vom Brexit durch die Ansiedlung von EU-Institutionen zu profitieren. Die Fraport-AG, teilweise im Landesbesitz, profitiert durch den Ankauf griechischer Flughäfen von der durch die deutsche Regierung erzwungenen

Privatisierung in Griechenland. Diese Politik ist nicht europafreundlich, sondern befördert die Spaltungstendenzen in Europa.

DIE LINKE will:

- **Ein solidarisches Europa:** Wir brauchen ein Europa der Solidarität, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Europas Zukunft liegt in mehr Demokratie und Ausgleich. Und wir wollen die undemokratische Machtstruktur von Banken und Konzernen brechen. Mehr soziale Gerechtigkeit ist bei entschlossener Bekämpfung der Steuerflucht in ganz Europa möglich.
- **Ein friedliches Europa:** Wir lehnen die zunehmende Militarisierung der EU ab und fordern die Abschaffung der Aufrüstungsverpflichtung. Stattdessen muss die EU ihre ausschließlich zivilen Konfliktlösungskapazitäten stärken und ihre Ausgaben in diesem Bereich sowie bei der Entwicklungszusammenarbeit erhöhen. Wir fordern ein Europa der Abrüstung, der Entmilitarisierung und der kooperativen und solidarischen Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik mit einer parlamentarischen Kontrolle.
- **Offene Grenzen für Menschen in Not statt Abschottung:** Die „Festung Europa“ muss der Vergangenheit angehören. Wir stehen für die Abschaffung von Frontex, einen humanen Umgang mit Geflüchteten und offene Grenzen für Menschen in Not.
- **Grenzüberschreitende Kontakte verbessern:** Wir wollen grenzüberschreitende Kontakte verbessern und unterstützen. Die Zusammenarbeit der Regionen sollte gefördert werden. Die politischen Gespräche und gemeinsamen Aktionen von Bürger*innen, Parteien, Nichtregierungsorganisationen in unterschiedlichen Regionen und durch Städtepartnerschaften sollen helfen, die Menschen und Bevölkerungen zu verbinden. Soziale Proteste, den Kampf für Frieden und Menschenrechte und die Überwindung sprachlicher Barrieren wollen wir fördern.
- **Demokratische Kräfte in Bursa und der Türkei unterstützen:** Wir haben es begrüßt, dass das Land Hessen eine Partnerschaft mit der Region Bursa in der Türkei eingegangen ist. Aus dieser Zusammenarbeit erwächst aber auch die Verantwortung diese Partnerschaft mit demokratischen Leben zu füllen, in dem das Erdogan-Regime in die Schranken gewiesen wird, sich das Land gegen die Kriminalisierung der demokratischen Opposition in der Türkei stellt und sich für die Freilassung inhaftierter demokratischer Regime-Kritiker*innen einsetzt. Eine Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in Hessen lehnen wir ab.

7.3. Unsere Idee der Internationale Entwicklungszusammenarbeit

In Hessen sind zahlreiche Organisationen tätig, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Ländern des Südens, aber auch in den Staaten Osteuropas und Zentralasiens, einsetzen. Nichtregierungsorganisationen bieten Schulen ihre Zusammenarbeit an und vermitteln Kenntnisse über die Zusammenhänge der Globalisierung und damit einhergehender Probleme, wie den Klimawandel und die grassierende Verarmung ganzer Regionen. Sie wollen wir stärken.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist chronisch unterfinanziert. Gerade Menschen, die zu uns aus Kriegs- und Krisengebieten fliehen und geflohen sind, können authentisch über die Lage in vielen Teilen der Welt berichten. Ihre Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung sollten eine größere Öffentlichkeit erhalten. Das international angestrebte Ziel, die Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, verfehlt die Bundesrepublik jedes Jahr aufs Neue. Auch der Beitrag Hessens ist zu niedrig, weil die CDU geführten Landesregierungen massiv gekürzt haben.

DIE LINKE will:

- **Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit:** Wir wollen eine Vervierfachung der im Haushalt eingestellten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit.
- **Eine Entwicklungszusammenarbeit unabhängig von Wirtschaftsinteressen:** Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes darf nicht der Außenwirtschaftsförderung und Wirtschaftsinteressen hessischer Unternehmen untergeordnet werden. Sie muss unabhängig davon finanziert und gefördert werden.

8. Unsere Entscheidung: Ob in Stadt oder Land - überall gut

8.1. Unser Leben auf dem Land: Gleichwertig für alle

Rund die Hälfte der hessischen Bevölkerung lebt auf dem Land. Es gibt Vieles, was die ländlichen Räume lebenswert macht: die Nähe zur Natur, genügend Platz für Familie und Hobbys, regionale Traditionen, der enge Kontakt mit den Nachbarn oder der soziale Zusammenhalt im Alltag. Spätestens seit der Corona-Krise wissen dies immer mehr Menschen zu schätzen. Und auch für diejenigen, die nicht dort wohnen, sind ländliche Regionen wichtig: Ohne das Land und seine natürlichen Ressourcen könnten die hessischen Städte nicht überleben.

Trotzdem wird der ländliche Raum von der Politik in Hessen noch immer vernachlässigt. Strukturpolitik, Regionalentwicklung und finanzielle Förderung konzentrieren sich auf einige wenige (Groß-)Städte, das ländliche Hessen steht hinten an – oder wird von der Landesregierung mit unübersichtlichen, kurzfristig ausgerichteten Aktionsplänen und viel zu knappen Förderprogrammen abgespeist. Die Folge dieser Politik: Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst weiter. Dies bringt für beide Seiten Nachteile; Während es in den Städten zu eng, zu laut und zu teuer ist, mangelt es in ländlichen Räumen vielfach an Arbeitsplätzen, Versorgungseinrichtungen und sozialer Infrastruktur. Wohnortnahe Schulen und Krankenhäuser werden geschlossen, Häuser stehen leer, der ÖPNV ist schlecht ausgebaut und viel zu teuer, Bäckereien, Lebensmittelgeschäfte und Gaststätten, Bank- und Postfilialen oder Kultur- und Freizeitangebote verschwinden, das Internet ist viel zu langsam. Wer kein Auto hat, ist aufgeschmissen – und gerade junge Leute wandern weiter in die Städte ab.

DIE LINKE kämpft dafür, dass gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land nicht nur als abstraktes Ziel benannt, sondern auch konkret umgesetzt werden. Hierfür braucht es eine konsequente Strukturpolitik zugunsten ländlicher Räume, zusätzliche Finanzmittel und eine dauerhafte, verlässliche Unterstützung für die vielen sozialen, kulturellen oder ökologischen Eigeninitiativen, die es vor Ort bereits gibt. Wir wollen lebenswerte ländliche Regionen, in denen das Gemeinwohl im Zentrum steht und es im Alltag an Nichts mangeln muss.

DIE LINKE will:

- **Gerechte Strukturpolitik statt einseitige Standortpolitik:** Wir wollen die Landes- und Regionalentwicklung so ausrichten, dass sie zu einer gleichmäßigen, gerechten Verteilung von Unternehmen, Arbeitsplätzen und Infrastrukturen in Hessen führt. Es ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll das Wachstum von Frankfurt und der Rhein-Main-Region weiter zu fördern (z.B. durch das Anwerben von Brexit-Banken oder den weiteren Flughafenausbau). Stattdessen wollen wir Finanzhilfen und Förderprogramme verstärkt auf strukturschwache, ländliche

Regionen ausrichten. Damit die Menschen hier gute, wohnortnahe Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse haben, müssen gezielt öffentliche Ämter und Behörden sowie kleine und mittlere Unternehmen angesiedelt werden.

- **Ausreichende Finanzausstattung sicherstellen:** Wir wollen für ländliche Räume, was wir auch für ganz Hessen fordern: Die Kommunen brauchen endlich ausreichend Finanzmittel, um öffentliche Leistungen erbringen und Investitionen tätigen zu können. Gerade Kommunen in ländlichen Räumen sind dabei auf hinreichende Zuweisungen des Landes angewiesen: Sie verfügen nur selten über hohe Grund- und Gewerbesteuererinnahmen, müssen zugleich aber Infrastrukturen auf großer Fläche oder mit relativ wenig Nutzer*innen bereitstellen. Deshalb streiten wir dafür, dass das Land die Grundfinanzierung der Kommunen verbessert und die Zuweisungen für kommunale Investitionen erhöht.
- **Straßenausbaubeiträge abschaffen:** Wir wollen, dass Hessen dem Beispiel vieler anderer Bundesländer folgt und die ungerechten, unsozialen Straßenausbaubeiträge vollständig abschafft. Diese Beiträge stellen gerade für ältere Menschen im ländlichen Raum eine hohe finanzielle Belastung dar. Neben der Abschaffung der Beiträge wollen wir die Einrichtung eines Landesfonds, der den Kommunen ihre Einnahmeausfälle erstattet und eine Gegenfinanzierung über die Grundsteuer unnötig macht.
- **Mobilität für alle – auch ohne Auto:** Wir wollen, dass alle Menschen auf dem Land mobil sein können, auch ohne eigenes Auto. Voraussetzung dafür ist ein attraktives Angebot im Öffentlichen Nahverkehr, d.h. ein gut ausgebautes, barrierefreies Netz, ein dichter Takt (auch abends und am Wochenende) sowie niedrige Preise, die mittelfristig in einen Nulltarif münden. Stillgelegte Bahnlinien müssen reaktiviert und neue Angebote wie Regiotrams oder öffentlich betriebene Sammel- und Rufbusse geschaffen werden. Zudem braucht es Carsharing, E-Bikes und Pedelecs als Teil des öffentlichen Verkehrsangebots in kommunaler Hand sowie mehr und bessere Rad- und Fußwege, innerhalb und zwischen den Orten.
- **Gesundheit für alle erreichbar:** Wir wollen ein Gesundheitssystem, in dem alle – unabhängig vom Wohnort – die bestmögliche und wohnortnahe Prävention und Versorgung erhalten, die sie benötigen. Deshalb stellen wir uns dem Abbau der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen entschieden entgegen und streiten für den Erhalt von Klinikstandorten sowie für mehr Personal, eine angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen flächendeckende Gesundheitszentren und Pflegeeinrichtungen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand, eine wohnortnahe Eins-zu-Eins- Betreuung durch Hebammen und gute ambulante Dienste. Auch Beratungsstellen für körperliche Selbstbestimmung und Ärzt*innen für Schwangerschaftsabbrüche müssen innerhalb einer Stunde für alle erreichbar sein.
- **Bezahlbaren und guten Wohnraum schaffen:** Wir wollen gutes, bezahlbares, barrierefreies und klimagerechtes Wohnen – auch auf dem Land. Dies ist eine öffentliche Aufgabe, weshalb Grund und Boden in öffentlicher oder

gemeinwohlorientierter Hand bleiben sollen. Wir wollen auch kleinere, ländliche Kommunen darin unterstützen, kooperative oder kreiseigene Wohnungsbaugesellschaften zu gründen. Das landeseigene Wohnungsunternehmen Nassauische Heimstätte/Wohnstadt muss verpflichtet werden, auch im ländlichen Raum wieder bezahlbare (Sozial-)Wohnungen zu schaffen. Statt immer neue Wohngebiete für Eigenheime auszuweisen und die Landschaft zu zersiedeln, braucht es flächenschonendes Bauen, die warmmietenneutrale Modernisierung bestehender Gebäude, die Schließung von Baulücken sowie die Instandsetzung leerstehender Häuser im Ortskern. Hierfür wollen wir das Gesetz gegen Leerstand und Zweckentfremdung wiedereinführen.

- **Schulen im ländlichen Raum erhalten:** Wir wollen eine gute und wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen und eine gute Erreichbarkeit weiterführender Schulen. Wir wollen kleine Schulen im ländlichen Raum erhalten. Schulschließungen lehnen wir ab, sie bedeuten für Schüler*innen noch längere Wege und weitere Verschlechterungen für ländliche Räume.
- **Natürliche Lebensgrundlagen schützen, Klimaanpassung fördern:** Wir wollen durch Anreize und strengere Regelungen die ökologischen Leistungen ländlicher Räume – wie Nahrung, Wasser, Energie, Baustoffe oder Frischluft – stärker schützen und verhindern, dass ländliche Regionen weiterhin als Entsorgungsorte für Abfälle und Abwässer missbraucht werden. Wir wollen den Boden schützen, indem die Flächenversiegelung durch ein nachhaltiges Flächenmanagement bis 2030 auf Netto-Null reduziert sowie für gute und sehr gute Ackerböden ein sofortiger Versiegelungsstopp eingeführt wird. Ein öffentlicher Bodenfonds soll sicherstellen, dass diese Flächen zu niedrigem Pachtzins an ortsansässige Agrarbetriebe vergeben und umweltschonend bewirtschaftet werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Land- und Forstwirtschaft sowie die Wassernutzung ökologischer ausgerichtet und fit für den Klimawandel gemacht werden.
- **Gemeinsamer Strom von vor Ort statt Kohle und Atom von weit weg:** Die Energieerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse soll unter kommunaler Regie und unter Beteiligung der Bevölkerung ausgebaut werden. Die Gewinne sollen vor Ort bleiben und allen zugutekommen, statt den Aktionären der Energiekonzerne. Kommunen sollen außerdem eigene Auflagen erlassen dürfen, etwa eine Solarpflicht für Neubauten und bei Dachsanierungen.
- **Flächendeckender Breitband- und Mobilfunkausbau:** Alle Menschen in Hessen müssen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu schnellem Internet und störungsfreiem Mobilfunk haben. Daher wollen wir die Telekommunikationsanbieter verpflichten, ihre digitalen Infrastrukturen flächendeckend auszubauen und alle Einwohner*innen in einer Region zu versorgen. Zusätzlich braucht es auch und besonders auf dem Land öffentliche, kostenlose WLAN-Netze und Freifunk-Angebote.
- **Die Chancen der Digitalisierung nutzen:** Richtig eingesetzt, kann Digitalisierung dabei helfen, Nachteile des ländlichen Raums, wie zum Beispiel ein schlechteres

Angebot an medizinischer Versorgung oder kulturellen Angeboten, zu überwinden. Daher wollen wir, dass die Kommunen vom Land unterstützt werden, um z.B. gemeinsam eGovernment-Dienste und Bürger*innen-Apps zu entwickeln und Menschen unnötige Wege zu ersparen.

- **Örtliche Nahversorgung erhalten und ausbauen:** Wir wollen, dass Gaststätten und Geschäfte des täglichen Bedarfs wie Lebensmittelläden, Bäckereien, Getränkemarkte, Apotheken oder Banken auch auf dem Land wohnortnah und möglichst ohne Auto erreichbar sind. Daher treten wir für eine Stärkung von Dorfzentren und kleinen Innenstädten sowie den Erhalt bzw. die geförderte Wiederansiedlung entsprechender Geschäfte ein. Wir pochen auf die Erfüllung des gesetzlichen Versorgungsauftrages öffentlicher Sparkassen auch in ländlichen Gebieten und Ortsteilen. Zudem wollen wir neue, innovative Konzepte wie mobile Lebensmittelläden oder öffentliche Gemeindedorfläden sowie alle Formen der Direktvermarktung regionaler Produkte fördern.
- **Kultur- und Freizeiteinrichtungen unterstützen:** Wir wollen ein lebendiges, aktives und kreatives Landleben fördern. Deshalb engagieren wir uns gegen die Schließung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen und deren allgemeinen Mangel im ländlichen Raum. Egal ob Schwimmbad, Sportplatz, Bücherei, Theater, Kino, Kulturfestival, Dorfgemeinschaftshaus oder Jugendzentrum: Es braucht nicht weniger, sondern mehr Angebote vor Ort – gerade für junge und ältere Menschen. Daher wollen wir entsprechende Einrichtungen finanziell fördern und lokale, unkommerzielle und kreative Eigeninitiativen besonders unterstützen.
- **Tourismus in der Region stärken:** Wir wollen die Tourismusförderung darauf ausrichten, die ländlichen Regionen sozial und ökologisch nachhaltig zu stärken. Die lokale und regionale Zusammenarbeit unterschiedlicher Anbieter soll verbessert werden. Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wollen wir es für alle Menschen erleichtern, Ausflugsziele zu erreichen und sich Ausflüge auch leisten zu können.
- **Lokale Demokratie und Solidarität fördern:** Wir wollen, dass die Bevölkerung auf dem Land möglichst viele Entscheidungen selbst trifft – und alle mitentscheiden können, die vor Ort leben. Damit lokale Demokratie funktioniert, müssen insbesondere im ländlichen Raum Informationsquellen wie lokale Zeitungen, Fernseh- und Hörfunkprogramme oder selbstorganisierte Medienprojekte stärker gefördert werden. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement unterstützen und niedrigschwellige, alltagsnahe Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung einführen, z.B. in Gestalt regionaler Nachhaltigkeits- und/oder Ernährungsräte. Der Kampf gegen rechte Hetze sowie Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung ist auch in ländlichen Regionen notwendiger denn je. Wir wollen Initiativen, die sich hier für Demokratie und Solidarität einsetzen, besonders fördern.

8.2. Unsere Kommune vor Ort: selbst verwaltet und demokratisch

Kommunalpolitik berührt uns unmittelbar. Hier wird darüber diskutiert und entschieden, wo neue Wohnungen, Kitas oder Schulen entstehen, ob es vor Ort ein Schwimmbad, eine Bibliothek oder ein Jugendzentrum gibt und welche Steuern, Gebühren und Beiträge die Einwohner*innen, aber auch Unternehmen und Betriebe zu zahlen haben. In unserer Kommune können wir die Demokratie hautnah erleben und uns selbst einbringen, in lokalen Vereinen, Initiativen oder Parteien. Nicht umsonst ist die kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Gemeinden und Kreise in der Hessischen Verfassung festgeschrieben.

Leider ist diese kommunale Selbstverwaltung in der Realität oftmals stark eingeschränkt. Weil das Land die Kommunen finanziell nicht ausreichend ausgestattet hat und eine dauerhafte, verlässliche Unterstützung fehlt, mangelt es vor Ort an echten Gestaltungsmöglichkeiten. Dies ist besonders problematisch, weil kommunale Leistungen angesichts der vielen gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen – allen voran dem Klimawandel – dringend angepasst und ausgebaut werden müssten. Stattdessen herrscht vielerorts ein Sparzwang, kommunale Infrastrukturen werden abgebaut oder Steuern und Gebühren erhöht. Auch Bürgerbegehren werden unter Verweis auf finanzielle Vorgaben ausgebremst. Doch wo es wenig zu entscheiden gibt, leidet die Demokratie. So ist die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen besonders gering. Zudem bleiben junge Generationen, Frauen* und insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte in der Kommunalpolitik benachteiligt. Es mangelt an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort.

DIE LINKE tritt für den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung ein, damit die Menschen in den Städten, Gemeinden und Kreisen mehr demokratische Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Hierfür muss das Land die Kommunen aufgabengerecht und verlässlich finanzieren. Zudem braucht es mehr Unterstützung für lokales, zivilgesellschaftliches Engagement und mehr echte Demokratie in der Kommunalpolitik.

DIE LINKE will:

- **Die Finanzlage der Kommunen nachhaltig stärken:** Wir wollen, dass unsere Städte, Gemeinden und Kreise stabile Einnahmen und eine bessere, wirklich ausreichende Finanzausstattung erhalten. Hierfür muss die sogenannte Schuldenbremse abgeschafft, die Gewerbesteuer durch die Erweiterung der Bemessungsgrundlage der freien Berufe in eine Gemeindefinanzsteuer umgewandelt und der kommunale Finanzausgleich (KFA) bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Es darf keine Aufgabenverlagerung von Bund und Land an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich (auch des Personalaufwands)

geben (Konnexitätsprinzip).

- **Kommunale Infrastrukturen erhalten und ausbauen:** Das Land muss die Kommunen nicht nur bei Investitionen in Schulen, Kitas, Wohnungsbau oder im Gesundheitswesen finanziell unterstützen. Auch so genannte „freiwillige“ Leistungen wie Bibliotheken, Schwimmbäder, Sporthallen und Sportplätze, Jugendzentren, Museen, Theater, kommunale Kinos oder Dorfgemeinschaftshäuser sind wichtige Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und sorgen vor Ort für ein gutes Leben. Statt sie dem Spardiktat zu opfern und gegeneinander auszuspielen, müssen diese Einrichtungen erhalten, modernisiert und ausgebaut werden – und dabei für alle bezahlbar bleiben. Wir wollen lokales, zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement in diesen Bereichen gezielt fördern und gleichzeitig verhindern, dass es zum Ersatz für notwendige staatliche Leistungen wird.
- **Den Landeswohlfahrtsverband (LWV) besser finanzieren:** In Hessen nimmt der LWV eine wichtige Rolle in der Inklusion ein. Wir wollen ihn und seine Strukturen erhalten und sprechen uns für eine solidarische Finanzierung von Land, kreisfreien Städten und Landkreisen aus. Um die finanziellen Belastungen für die Kommunen zu reduzieren, muss der Landesanteil deutlich angehoben werden.
- **Privatisierungen stoppen, Rekommunalisierung fördern:** Die Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie öffentlich-private-Partnerschaften in Bereichen wie Krankenhäuser, ÖPNV, Wohnungsbau oder Wasser- und Energieversorgung lehnen wir ab. Ehemals kommunale Einrichtungen, die in den vergangenen Jahren an private Betreiber verkauft wurden, wollen wir in öffentliches Eigentum zurückholen (Rekommunalisierung). Damit soll die öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge für alle Menschen gestärkt werden. Das Land muss diesen Prozess über eine Rekommunalisierungsagentur nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell fördern. Die sogenannte „Subsidiaritätsklausel“ in § 121 der hessischen Gemeindeordnung, die Kommunen daran hindert, sich wirtschaftlich zu betätigen, muss ersatzlos gestrichen werden.
- **Interkommunale Zusammenarbeit stärken:** Die sinnlose Konkurrenz zwischen Kommunen um zahlungskräftige Bewohner*innen und die Ansiedlung von Unternehmen sowie der Unterbietungswettbewerb bei den Gewerbesteuern muss aufhören. Zwangszusammenschlüsse von Gemeinden und die Zentralisierung von Verwaltungsstellen, Ämtern und Behörden lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für die selbstbestimmte Zusammenarbeit zwischen benachbarten Kommunen, regionale Entwicklungspläne sowie die Dezentralisierung staatlicher Verwaltung ein. Dafür muss das Land Hessen finanzielle Mittel und Beratung zur Verfügung stellen.
- **Kommunalpolitik demokratischer gestalten:** Wir möchten die Hessische Gemeindeordnung (HGO) und die Hessische Landkreisordnung (HKO) reformieren. Unter anderem sollen die erfolgreichen bayerischen Regelungen für Bürger*innenbegehren und -entscheide in Hessen übernommen und durch

Fairness- und Transparenzklauseln anderer Länder verbessert werden. Weitere erprobte Mitbestimmungsrechte, wie Bürger*innenanträge und das kommunale Petitionsrecht, sollen endlich auch in hessischen Gemeinden, Städten und Kreisen zur Anwendung kommen. Die Rechte von Ortsbeiräten und Ausländer*innen-Vertretungen sollen gestärkt und die Menschen durch die Einführung von echten Bürger*innenhaushalten an der Gestaltung der kommunalen Haushalte beteiligt werden. Zudem treten wir dafür ein, das Kommunalwahlrecht allen Menschen – also auch hier lebenden Nicht-EU- Ausländer*innen – ab dem 16. Lebensjahr einzuräumen.

- **Kommunalpolitik transparenter machen:** Wir wollen, dass Daten der Kommune möglichst einfach eingesehen werden können und öffentliche Akten frei zugänglich sind. Daher wollen wir das bestehende Informationsfreiheitsgesetz so reformieren, dass die Kommunen verpflichtet werden Auskünfte zu geben – und dies gebührenfrei, damit es für alle zugänglich ist.
- **Kommunalpolitik digitalisieren:** E-Government birgt großes Potenzial für gemeinwohlorientierte öffentliche Dienste. Es kann neue Möglichkeiten der Partizipation befördern. Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, kann E-Government aber auch das Gegenteil bewirken: soziale Ausgrenzung, Entdemokratisierung, Bürokratisierung und enorme Kosten. Daher befürworten wir den flächendeckenden digitalen Zugang zu Rathäusern und Behörden, wollen aber zugleich, dass es auch weiterhin die Möglichkeit einer analogen Nutzung gibt. Menschen mit Einschränkungen müssen die Angebote barrierefrei nutzen können. Bürger*innenbüros zur Erledigung von Amtsgängen oder für Fragen dürfen in diesem Prozess nicht eingespart werden. E- Government darf kein Vorwand für Personalkürzungen sein. Der direkte Kontakt mit der Kommune vor Ort muss weiterhin möglich sein. In Rathäusern, Bürger*innenbüros und im Bus muss weiterhin menschliches Personal arbeiten, das bei Schwierigkeiten ansprechbar ist und helfen kann.
- **Personalaufbau in den Kommunen unterstützen:** In den nächsten Jahren wird die Hälfte der Beschäftigten aufgrund der demographischen Entwicklung den Beruf verlassen. Deshalb muss in Ausbildung investiert und die Ausstattung der Kommunen mit ausreichend Personal für einen guten öffentlichen Dienst garantiert werden. Dazu gehört auch eine gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen.

9. Unser Miteinander demokratischer

9.1. Unsere Demokratie, Bürger*innenbeteiligung, Mitbestimmung und Wahlrecht, Transparenz

DIE LINKE steht ein für Transparenz, Bürger*innenbeteiligung und Mitbestimmung in Politik und Verwaltung. Nicht nur gewählte Vertreter*innen sollten entscheiden können, wie sich die Kommune und das Land weiterentwickeln. Wir wollen auch, dass die Menschen durch Bürger*innen-Begehren und -entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten. Vollständige Transparenz bedeutet auch freien Zugang zu Informationen und einen gesetzlichen Anspruch auf die Herausgabe von Dokumenten, das ist die Basis für Teilhabe.

Mitbestimmung ist nur möglich, wenn man über die Hintergründe der Entscheidungen von Politik und Verwaltung umfassend informiert ist. Eine Politik, bei der Entscheidungen mit Lobbyist*innen in Hinterzimmern getroffen werden, ist undemokratisch und wird von uns bekämpft. Im Gegensatz dazu braucht es Transparenz und eine starke Zivilgesellschaft.

Obwohl die hessische Verfassung in Artikel 71 das Volksbegehren und den Volksentscheid als wichtigstes Mittel der Gesetzgebung vorsieht, steht Hessen bei direkter Demokratie im Vergleich ganz weit hinten. Die gesetzlichen Hürden wurden von der Regierung sehr hoch gelegt, Demokratie darf nicht weiter auf das Abgeben der Wählerstimme beschränkt sein.

DIE LINKE will:

- **Informationsfreiheit und Transparenz in politischen Prozessen und Entscheidungen verwirklichen:** Ein modernes Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz, das nicht nur Auskunftsansprüche vorsieht, sondern staatliche Stellen verpflichtet, wichtige amtliche Informationen, wie Gutachten und Verträge, von sich aus zu veröffentlichen.
- **Ein landesweites Lobbyregister:** Wir wollen ein verbindliches, maschinenlesbares und transparentes Lobbyregister für Hessen einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyist*innen in Landesministerien und – bei Vollzeitparlamenten – von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein. Kein Lobbyismus an Schulen!
- **Mehr Demokratie und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene:** Hierfür fordern wir die fortlaufende Bereitstellung bedarfsgerechter Mittel von Landesseite, die die Kommunen für die Kosten der Durchführung von Bürger*innenbeteiligungsverfahren abrufen können. Die HGO ist daraufhin zu überprüfen, wie und für welche Sachverhalte die Durchführung von Beteiligungsverfahren erleichtert, in ihren Rechten vertieft oder auch vorgeschrieben werden können.

- **Bürgerbegehren stärken:** Zahlreiche Bürgerbegehren werden aufgrund des geforderten Kostendeckungsvorschlags für unzulässig erklärt. Wir wollen eine Abschaffung des verpflichtenden Kostendeckungsvorschlags zugunsten einer amtlichen Kostenschätzung, wie sie schon jetzt in vielen Bundesländern vorgesehen ist. Zudem muss die Zulässigkeitsprüfung durch die Gemeinde fristlich geregelt werden, damit Bürgerbegehren nicht mehr monatelang verschleppt werden können.
- **Volksbegehren und Volksentscheide für Hessen:** Hierfür wollen wir die Quoren und sonstigen Anforderungen zur Einleitung und erfolgreichen Durchführung solcher Verfahren spürbar senken.
- **Gemeinnützigkeit sichern:** Wir wollen mit einer Bundesratsinitiative Rechtssicherheit für die Zivilgesellschaft schaffen. Diese soll fehlende gemeinnützige Zwecke in der Abgabenordnung ergänzen, dazu gehören der Einsatz für Antifaschismus, Grund- und Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Frieden. Die Beteiligung an der politischen Willensbildung muss unschädlich für den Status der Gemeinnützigkeit sein und die Beweislastumkehr abgeschafft werden.
- **Livestream bei Ausschusssitzungen:** Wie auch bei den Plenardebatten müssen öffentliche Ausschusssitzungen und andere öffentliche Tagungen des Landtages per Livestream übertragen werden.
- **Landtagsabgeordnete in gesetzliche Rentenversicherung aufnehmen:** Wir werden einen Antrag zur Änderung der Altersversorgung der Landtagsabgeordneten einbringen mit dem Ziel, die bestehenden üppigen Versorgungsleistungen zu deckeln und die Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung aufzunehmen.
- **Das Wahlalter auf 16 Jahre herabsenken:** Wir sind der Meinung, dass auch junge Menschen über Wahlen mitbestimmen dürfen sollten. Deshalb soll das Wahlalter bei den Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt werden.

9.2. Unsere Versammlungsfreiheit - ohne Wenn und Aber

Art. 8 des Grundgesetzes regelt die Versammlungsfreiheit. Jede*r hat das Recht, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und daran teilzunehmen. Während der Corona-Pandemie geriet dieses Recht unter Druck: Verbote und Auflagen machten die Ausübung des Grundrechts schwierig bis unmöglich. Gerichte mussten zwischen Gesundheitsschutz und Versammlungsfreiheit abwägen. Für Journalist*innen wird es, aufgrund von Übergriffen, schwieriger aus Versammlungen heraus zu berichten. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit und der freien Berichterstattung der Medien muss von allen staatlichen Stellen geschützt und geachtet werden.

DIE LINKE lehnt das sog. „Versammlungsfreiheitsgesetz“ von Schwarz-Grün ab. Geschützt werden müssen vor allem die freiheitlichen Grundrechte nicht die „öffentliche Ordnung“, denn Demonstrationen sind ein wichtiger Teil der demokratischen

Meinungsbildung. Vorabkontrollen, Video- und Drohnenüberwachung, Vermummungsverbote und Polizisten in Zivil in unseren Demos sind ein schwerer Eingriff in selbstverständliche Grundrechte. Für DIE LINKE ist klar: Die gesellschaftlichen Verhältnisse brauchen unseren bunten und lauten Widerspruch; von Demonstrationen über Blockaden bis zum zivilen Ungehorsam.

DIE LINKE will:

- **Ein Versammlungsgesetz, dass die freie politische Meinungsäußerung gewährleistet:** Unsere Demokratie braucht lebendige Versammlungen
- **Keinen Lockdown für die Demokratie:** Gerade in Krisenzeiten: Bürger*innenrechte sind systemrelevant! Es darf keine Entmachtung und auch keine Selbstentmachtung der Parlamente und Kommunalvertretungen geben. Politische Betätigung und Versammlungen müssen möglich bleiben.
- **Den Einsatz von Pfefferspray und Taser durch die Polizei generell verbieten.**

9.3. Trennung von Staat und Kirche verwirklichen- Konsequenzen aus den schockierenden Missbrauchsfällen in den Kirchen ziehen!

Die Trennung des Staates von den Kirchen und den Religionsgemeinschaften ist in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern unvollständig geblieben. So genießen die beiden christlichen Kirchen Sonderrechte und Privilegien, die abgeschafft werden müssen. Deshalb fordern wir:

Die Sondergerichtsbarkeit der Kirchen ist Grund dafür, dass viele Missbrauchsfälle in ihrem Verantwortungsbereich vertuscht und - wenn überhaupt - verzögert aufgeklärt werden können. Eine gerechte Bestrafung der Täter und Täterinnen wird so verhindert. Für uns ist deshalb besonders wichtig, die Sonderrechte dringend zu beseitigen. Wir sind gegen die eingeschränkten Arbeitnehmer*innenrechte in den Kitas, Kliniken, Alten- und Pflegeheimen, Beratungseinrichtungen und anderen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft.

Wir wollen die Abschaffung der Kirchensteuer, die der Staat im Dienst der Kirchen erhebt. Die Kirchen sollen, wie in anderen Ländern üblich, die benötigten Gelder von ihren Mitgliedern selbst erheben. Gebühren für den Kirchenaustritt sollen nicht der/dem Bürger*in, sondern den Kirchen in Rechnung gestellt werden.

Wir setzen uns für die entschädigungslose Ablösung der Staatsleistungen ein, die alleine in Hessen jährliche Subventionen an die beiden christlichen Kirchen in Millionenhöhe bedeuten.

Der Anteil der Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, wächst in der Bundesrepublik von Jahr zu Jahr, ohne dass ihre Interessen staatlicherseits stärker berücksichtigt werden. In Hessen bilden sie aktuell fast die Hälfte der Bevölkerung. Mit ihrem laizistischen Kampf für die konsequente Trennung von Staat und Kirche setzt sich DIE LINKE für deren Interessen ein.

9.4. Unsere Medien sind Träger von Informationsfreiheit, Meinungsvielfalt und Demokratie

Meinungsvielfalt und Demokratie erfordern eine auf Wissen und Verantwortungsbewusstsein basierende Mediennutzung. Moderne Medienpolitik stärkt sowohl einen breit aufgestellten öffentlich-rechtlichen Rundfunk einschließlich starker Internetangebote als auch Printmedien mit engagierten investigativem Journalismus, einen freien Zugang zum Internet für alle, lokale TV-Angebote und Bürger*innenmedien als Zentren demokratischer Mitwirkung. Entscheidende Grundlage ist dabei die Pressefreiheit, die wir gegen alle gegenwärtigen und zukünftigen Angriffe verteidigen.

DIE LINKE will:

- **Klare Befreiungstatbestände für Sozialempfänger*innen, Geringverdienende, Studierende, Senior*innen mit geringen Renten und Menschen mit Einschränkungen.** Perspektivisch streben wir die volle Übernahme der Gebühren durch die jeweiligen Sozialleistungsträger oder ersatzweise aus Steuermitteln an. Transparenz bei den öffentlich Rechtlichen: Mit Blick auf die anhaltende gesellschaftliche Diskussion zum Rundfunkbeitrag ist Transparenz bei der Verwendung der Mittel, bei strukturellen Veränderungen und beim wirtschaftlichen Umgang mit den Rundfunkbeiträgen unerlässlich.
- **Eine aktive Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft für Hass im Netz:** Dem weiteren Ausufern von Beleidigungen, Bedrohungen und anderen Delikten in den digitalen Netzwerken müssen wir mit den Mitteln des Rechtsstaats entgegentreten. Mittel- und langfristig hilft im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Internet allerdings nur die aktive Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, es braucht eine „digitale Zivilgesellschaft“. Wir wollen deshalb den Zugang zu Informationsangeboten über die Rechtslage und Hilfsangebote für Betroffene von Hass-Rede (Hate- Speech) erleichtern und hierbei die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Strukturen unterstützen.
- **Medienkompetenz stärken:** DIE LINKE. Hessen setzt sich für eine aktive Stärkung der Medienkompetenz ein. Das Erkennen und Einordnen von Fake-News und unseriösen Informationsquellen ist eine der Herausforderungen einer immer digitaleren Gesellschaft. Nicht nur die Schulen müssen von Beginn an in diesem Bereich sensibilisierend ansetzen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Kampf gegen Desinformation, Hass und Hetze. Einen Beitrag zur Kompetenzbildung

können öffentlich geförderte Medienprojekte wie offene Kanäle, Radios oder ähnliches, die wir flächendeckend aufbauen und fördern möchten.

9.5. Unseren Rechtsstaat gut ausstatten und demokratisieren

Ziel des Strafvollzugs soll es sein, Gefangene in die Lage zu versetzen, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. Dabei ist es ein kaum aufzulösender Widerspruch, dass das Leben in Freiheit in Gefangenschaft gelernt werden soll. Zu erfolgreicher Resozialisierung gehört auch die Möglichkeit, soziale Bindungen durch Besuche zu stärken. Um Opfern, Täter*innen und der Gesellschaft besser gerecht zu werden, muss zukünftig mit Straftäter*innen anders umgegangen werden. Hierzu gehören ein verbesserter Täter*in-Opfer-Ausgleich, Wiedergutmachung und alternative Bewährungsmodelle.

Die hessische Justiz leidet unter Personalmangel. Auf allen Ebenen. Die Schuldenbremse und der mit ihr verbundene Sparzwang gefährden den Rechtsstaat.

DIE LINKE will:

- **Eine Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine Demokratisierung der Justiz:** Richter*innen und Staatsanwält*innen sollen ausschließlich durch Richter*innenwahlausschüsse ernannt werden statt wie bisher unter maßgeblichem Einfluss der Justizminister*innen. Zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte einführen.
- **Amtsgerichtstandorte erhalten, damit sie für alle Bürger*innen erreichbar sind:** Für schnellere Verfahren wollen wir zusätzliche Rechtspfleger*innen- und Richter*innenstellen schaffen. Die Prozesskostenhilfe ausbauen: Rechtsschutz darf nicht eine Sache des Geldes sein.
- **Die Abschaffung des Weisungsrechts:** Stärkung der Justiz durch unabhängige Staatsanwält*innen nach dem Vorbild der Richter*innen. Rechtsreferendar*innen müssen im Justizdienst bei der Ausbildungsvergütung mindestens mit den Lehramtsreferendar*innen gleichgestellt sein.
- **Den Strafvollzug menschenwürdig gestalten und sinnvolle Alternativen entwickeln:** Er soll so weit wie möglich offen gestaltet werden. Strafgefangene sollen Zugang zum Internet, zu Medien und Informationen haben. Sie dürfen nicht als billige Arbeitskräfte herhalten, sondern einer angemessen bezahlten Beschäftigung nachgehen dürfen. Weiterbildungsangebote und psychosoziale Betreuung wollen wir ausbauen. Die Gesundheitsversorgung in Haftanstalten muss in Art und Qualität den Vorgaben der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechen (Äquivalenzprinzip) und insbesondere einen umfassenden Impfschutz sowie die Bereitstellung von Präventionsmitteln, wie zum Beispiel eine HIV-

Präexpositionsprohylaxe (PreEP) beinhalten. Dazu ist ausreichend gut ausgebildetes Personal erforderlich. (Teil-)Privatisierungen von Strafvollzugsanstalten lehnen wir ab. Zudem wollen wir sinnvolle Alternativen zum derzeitigen Strafvollzug entwickeln, bei denen Resozialisierung an erster Stelle steht.

9.6. Unsere Polizei: reformiert und kontrolliert

DIE LINKE stellt sich eine grundlegend andere Sicherheitspolitik vor. Wir sind überzeugt: Eine Politik für mehr Sicherheit bei gleichzeitiger Stärkung der Bürger*innenrechte und einer Reform des Polizeiapparates ist möglich und dafür treten wir ein. Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, sondern durch Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt. Eine gute Sozialpolitik ist immer die beste Kriminalitätsbekämpfung.

Hessen wurde in den letzten Jahren von einer Reihe von Skandalen innerhalb der Polizei erschüttert. Ausgelöst durch den selbsternannten „NSU 2.0“ traten verheerende Missstände und Probleme in der Polizei ans Licht. Es gab illegale Datenabfragen durch Polizist*innen, Waffen und Munition verschwanden aus den Beständen der Polizei und in verschiedenen rechten Chatgruppen teilten Beamt*innen menschenverachtende, rassistische, antisemitische und neonazistische Inhalte miteinander. Rechte Netzwerke sind auch in der hessischen Polizei bittere Realität.

Darüber hinaus führten gravierende Missstände zu teils tödlichen Folgen: Während des rassistischen Attentats in Hanau war der Notruf zeitweilig „überlastet“, sodass der später vom Attentäter erschossene Vili Viorel Păun bei der Polizei niemanden erreichte. Mehrfach wurden bei Polizeieinsätzen Menschen durch eingesetzte Polizistinnen erschossen, obwohl mildere Mittel zur Verfügung gestanden hätten. Bei der Räumung des Protest-Camps im Dannenröder Wald zogen sich Menschen bei Stürzen aus großer Höhe schwerwiegende Verletzungen zu, weil die Polizistinnen nicht auf eine Sicherung der Menschen achteten. Rechtswidrige Polizeigewalt ist auch in Hessen ein Problem, die Täter werden so gut wie nie strafrechtlich belangt.

Die Prioritäten bei der Kriminalitätsbekämpfung entsprechen nicht unserer Vorstellung: Ersatzfreiheitsstrafen für kleine Delikte wie Fahren ohne Fahrschein bringen jedes Jahr Tausende Menschen ins Gefängnis. Kontrollen von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung werden hingegen heruntergefahren. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Entkriminalisierung von Fahren ohne Fahrschein und auch eine nicht repressive Drogenpolitik ein. Die hierdurch frei werdenden Ressourcen können an anderer Stelle besser verwendet werden. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Sicherheitsbehörden ist für das Gelingen der dringend notwendigen Reformen essentiell.

DIE LINKE will:

- **Eine unabhängige Beschwerdestelle:** An diese sollen sich Bürger*innen und Kolleg*innen wenden können und mögliches Fehlverhalten von Polizeibeamt*innen untersuchen und ahnden lassen. Sie soll dafür umfangreiche Ermittlungskompetenzen erhalten, sowie ein Anwesenheitsrecht bei Polizeieinsätzen.
- **Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expertenkommission und des NSU-Untersuchungsausschusses zur Reform der Polizei:** Insbesondere verpflichtende Seminare zu Rechtsextremismus, Etablierung einer Fehlerkultur, Datenschutzmaßnahmen.
- **Eine stärkere Berücksichtigung von demokratiefördernden Inhalten in der Polizeianwärter*innenausbildung:** Dies geschieht durch verpflichtende Seminare zu interkultureller Kompetenz und Antisemitismus- und Rassismusprävention.
- **Die Auflösung der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS):** Wissenschaft und Polizeibehörde müssen klar voneinander getrennt sein. Durch die Vermischung von Forschung, Lehre und Weiterbildung unter dem Dach des Innenministeriums ist die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr. Dies ist nicht mit der hessischen Verfassung vereinbar. Wir fordern die Wiedereröffnung der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV), der Polizeiakademie Hessen sowie der Zentralen Fortbildung Hessen (ZFH).
- **Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden zerschlagen:** Menschenfeindliche, rassistische, antisemitische und neonazistische Äußerungen und Handlungen von Polizist*innen und Angehörigen des öffentlichen Dienstes müssen konsequent disziplinar- und strafrechtlich geahndet werden. Dazu muss auch das hessische Disziplinarrecht angepasst werden.
- **Die Abschaffung anlassloser und verdachtsunabhängiger Kontrollen:** So unterbinden wir Willkürmaßnahmen und Racial Profiling.
- **Die Rücknahme der Reform des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes:** Das von der schwarzgrünen Landesregierung verschärfte Gesetz weitet die Befugnisse von Polizei und Nachrichtendiensten massiv aus und ist Ausdruck einer repressiven Sicherheitspolitik
- **Die Abschaffung der Polizei-Software "Hessendata":** Den Ausbau eines Überwachungsstaates mithilfe von Big Data lehnen wir entschieden ab. Die automatisierte Erstellung von ausführlichen Datenprofilen aller Bürger*innen stellt einen Eingriff in die Grundrechte dar.
- **Die Sicherstellung funktionierender Infrastruktur:** wie der Notruf 110.
- **Polizeiführung ohne parteipolitische Einflussnahme:** Polizeipräsidien und LKA sollen nicht von dem Innenminister unterworfenen politischen Beamtinnen geführt werden, sondern von unabhängigen Beamtinnen
- **Opfer und Angehörige unterstützen:** Opfer und unmittelbare Angehörige von

schweren Gewaltdelikten müssen unmittelbar durch einheitliche professionelle Verfahrensweisen unterstützt werden, z.B. mit Angeboten zur psychologischen oder psychosozialen Hilfeleistung.

- **Die Verbreitung tödlicher Schusswaffen stoppen und Neonazis entwaffnen:** Verschärfung des Waffenrechts auf Bundesebene und der Ermöglichung von mehr Kontrollen durch eine bessere personelle Ausstattung der Waffenbehörden.
- **Eine Verlaufsstatistik sowie eine Dunkelfeldstudie zu häuslicher Gewalt und die statistische Erfassung von Femiziden als eigene Kategorie:** Gefährdungsanalyse von Hochrisikofällen wollen wir bei der Polizei zum Standard machen.
- **Entlastung der Polizeibeamt*innen:** Dies passiert durch Abbau von Überstunden und Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Polizeireform.

9.7. Nicht unser Verfassungsschutz!

Durch die Untersuchungsausschüsse zum NSU und dem Mord an Walter Lübcke zeigte sich erneut, dass der sogenannte Verfassungsschutz strukturell nicht dazu in der Lage ist, die Werte des Grundgesetzes zu schützen. Der Inlandsgeheimdienst ist nicht fähig, rechte Strukturen systematisch zu fassen und zu begreifen, da er in seine Analysen keinerlei wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse mit einbezieht. Dadurch wird die Gefahr, die von der Extremen Rechten ausgeht, meist falsch bewertet und massiv unterschätzt. Mehr Gefahr als Hilfe ist auch das V-Leute-System. Der NSU wurde durch V-Leute über Jahre mitfinanziert. Generell unterstützt die Beschäftigung militanter Neonazis beim Inlandsgeheimdienst den Aufbau rechter und rechtsterroristischer Strukturen massiv. Dazu kommt das Problem der parlamentarischen Kontrolle des sogenannten Verfassungsschutzes, die in einer Demokratie unabdingbar ist. Im Hessischen Landtag gibt es die Parlamentarische Kontrollkommission, die als einzige Kontrollinstanz dem Verfassungsschutz auf die Finger schaut. Allerdings kann sie das nur in einem begrenzten Umfang: Kontrolliert wird nur, was der Verfassungsschutz selbst vorlegt. Da die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission grundsätzlich geheim sind, können die Mitglieder keine Maßnahmen einleiten und Kritik nicht öffentlich äußern. Eine echte Kontrolle der Vorgänge im Inlandsgeheimdienst ist so nicht möglich. Durch die Untersuchungsausschüsse zum NSU und dem Mord an Walter Lübcke zeigte sich, dass der sogenannte Verfassungsschutz auch bei seiner inhaltlichen Arbeit die Anforderungen nicht erfüllt.

DIE LINKE will:

- **Beobachtungsstelle statt Verfassungsschutz:** Wir wollen den Verfassungsschutz abschaffen. Unsere Alternative: Einer transparent arbeitenden, wissenschaftlichen Beobachtungsstelle von Angriffen auf Menschen-, Grundrechte und Demokratie ersetzt den aktuellen Verfassungsschutz. Es ist wichtig, Bestrebungen gegen

unsere Grundwerte zu beobachten und ihnen entgegenzutreten – dafür brauchen wir aber keine Behörde, die die Bevölkerung ausspäht, die Extreme Rechte finanziert und mit ihrer Prioritätensetzung und Arbeitsweise rechten Terror nicht verhindern kann. Die Verfassung wird nicht hinter verschlossenen Türen und im Aktenschredder verteidigt, sondern am Arbeitsplatz, in der Kneipe, auf dem Kinderspielplatz, im Stadion oder beim nächsten Familienbesuch. Dazu und um uns schützen zu können, braucht es öffentliche Information über rechte, autoritäre und demokratiefeindliche Strukturen und Argumentationsmuster sowie politische Bildung. Auch die damit einhergehende Abschaffung der Subventionierung der Extremen Rechten – auch genannt V-Leute-System – ist dringend geboten. Gelder müssen in die Stärkung der Demokratie und nicht ihrer Feinde investiert werden.

- **Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Arbeit des Verfassungsschutzes:** Die mangelhafte parlamentarische Kontrolle, die Berufsverbotspolitik und die als „geheim“ eingestuft Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die Extreme Rechte machen eine wissenschaftliche Aufklärung dessen Arbeit notwendig. Wir fordern die Aufarbeitung der Tätigkeiten des Verfassungsschutzes sowie die vollständige Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer, insbesondere der Betroffenen von Berufsverboten.

9.8. Antifaschistisches Engagement ist unsere Aufgabe

Für eine freie, offene und tolerante Gesellschaft braucht es eine Stärkung der wehrhaften Zivilgesellschaft. Antifaschistische und journalistische Recherche muss wertschätzend einbezogen werden. Wenn wir Grundwerte schützen wollen, müssen wir Menschenverachtung immer und überall aktiv entgegenzutreten – egal ob im Betrieb, in der Schule oder im Sportverein. Das zeigen unter anderem der Mord des NSU an Halit Yozgat in Kassel, die Drohschreibenserie des Absenders „NSU 2.0“, sowie Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke durch behördenbekannte Neonazis. Am 19. Februar 2020 ereignete sich in Hanau zudem einer der schlimmsten rechtsterroristischen Anschläge in der Geschichte der Bundesrepublik, dem Gökhan Gültekin Sedat Gürbüz Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov zum Opfer fielen.

Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Queer-Feindlichkeit und andere menschenverachtende Einstellungen sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Erfahrungen von Alltagsrassismus und Diskriminierung etwa bei der Wohnungssuche, im Job oder bei rassistisch motivierten Polizeikontrollen sind für viele Menschen in Hessen tägliche und traurige Realität. Es ist aber nicht nur die AfD, die Hetze befeuert. Es sind Äußerungen am Stammtisch, Hate Speech in den sozialen Netzwerken und Kommentare auf Familienfeiern. Dass aus Worten Taten werden können, zeigen nicht nur die rechtsterroristischen Angriffe in Hessen. Auch rechte Vereinnahmung des öffentlichen Raums nimmt zu – seien es neonazistische Schmierereien oder queerfeindliche Übergriffe. Viel zu oft fühlen sich Betroffene rechter Gewalt von den Behörden im Stich

gelassen und nicht ernst genommen oder werden gar – wie beim rassistischen Anschlag in Hanau – als Gefährder*innen angesprochen.

Mit der Corona-Pandemie tauchten selbsternannte „Querdenken“-Gruppen auf. Die Gefahren durch diese in weiten Teilen antisemitischen, antidemokratischen bis hin zu völkisch-esoterischen Zusammenschlüsse wurden lange Zeit von den Sicherheitsbehörden heruntergespielt.

Um rechten Terror wirksam zu verhindern, ist die Arbeit der Antifa und anderer zivilgesellschaftlicher Projekte, die die Demokratie stärken, unerlässlich und verdient Wertschätzung und Anerkennung. Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung antifaschistischer Recherche und endlich langfristige Förderpläne für zivilgesellschaftliche Projekte, die die Demokratie stärken und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenverachtung einsetzen. Gleiches gilt für Projekte, die Opfer und Betroffene rechter, menschenverachtender Gewalttaten unterstützen und in die gesellschaftliche Aufmerksamkeit bringen.

DIE LINKE will:

- **Die Entkriminalisierung antifaschistischen Engagements:** Wer gegen Neonazis und Menschenverachtung aufsteht, handelt nicht gegen die Werte des Grundgesetzes, sondern verteidigt diese aktiv. Die Überwachung und Repression durch den sogenannten „Verfassungsschutz“ und die polizeilichen Sicherheitsbehörden müssen daher beendet werden.
- **Langfristige Förderpläne für zivilgesellschaftliche Projekte, die die Demokratie stärken und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenverachtung einsetzen:** Dazu muss eine dauerhafte Finanzierung dieser Strukturen sichergestellt werden. Für die haupt- und ehrenamtlich Tätigen muss die Unsicherheit darüber, ob ihre wichtige Arbeit auch nach Ablauf der aktuellen Förderperiode fortgesetzt werden kann, endlich aufhören.
- **Ein langfristiges und flächendeckendes Angebot von zivilgesellschaftlichen Präventions- und Beratungsprojekten:** Es gibt aktuell noch keine flächendeckende mobile Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt in Hessen. Diese Lücken möchten wir schließen. Die meisten Präventions- und Beratungsstellen in Hessen sind an das Innenministerium angedockt. Wir wollen diese in die Verantwortung des Sozialministeriums überführen. Hier treffen die Expert*innen vor Ort auf Fachleute aus dem Ministerium.
- **Die Einführung einer Studie „Hessenmonitor“ zu rechten, völkischen und diskriminierenden Einstellungsmerkmalen in der hessischen Bevölkerung.**
- **Kriminalisierung von antifaschistischem Engagement stoppen:** Wer gegen Neonazis und Menschenverachtung aufsteht, handelt nicht gegen die Werte des Grundgesetzes, sondern verteidigt diese aktiv. Die Überwachung und Repression

durch den sogenannten „Verfassungsschutz“ und die polizeilichen Sicherheitsbehörden müssen daher beendet werden.

- **Eine würdige Gegenkultur:** Der 8. Mai als Jahrestag des Siegs über den Nationalsozialismus muss gesetzlicher Gedenk- und Feiertag in Hessen werden.

9.9. Unser Schutz - Verbraucher*innenschutz

Kein doppelter Boden, keine versteckten Kosten, keine unterschlagenen Inhaltsstoffe - volle Transparenz für Verbraucher*innen, sodass kein Kauf zur unliebsamen Überraschung wird, nur damit die Profite der Konzerne stimmen. Ob beim Kauf von Lebensmitteln, als Fahrgast, bei Telekommunikationsdienstleistungen, im Internet, als Strom- oder Gaskund*in oder als Finanzanleger*in - überall stehen den Interessen der Verbraucher*innen Interessen von Unternehmen gegenüber. Wir sind mit handfesten Lebensmittelskandalen, aggressiven Werbestrategien, unlauteren Geschäftspraktiken, Folgen der Corona-Pandemie und überhöhten Energiepreisen konfrontiert. Wir brauchen einen starken Verbraucher*innenschutz.

DIE LINKE will:

- **Selbstbewusste, finanziell und rechtlich gut ausgestattete Verbraucher*innenorganisationen und -verbände:** Die Zuwendungen für die Verbraucher*innenschutzorganisationen in Hessen müssen deutlich angehoben werden. Die Hessische Verbraucherzentrale muss mit mindestens einem Euro pro Einwohner*in und zusätzlichen Projektmitteln gefördert werden.
- **Die Lebensmittelüberwachung in Hessen zusammen mit dem Veterinärwesen neu aufstellen:** Ein Versagen der Behörden wie bei dem Wilke-Wurst-Skandal darf sich nicht wiederholen. Kommunal organisierte Behörden sind der Überwachung von überregional und international arbeitenden Konzernen nicht gewachsen. Expertise, Kompetenzen und Zuständigkeiten der Lebensmittelüberwachung müssen auf Landesebene zusammengeführt werden. Deshalb wollen wir eine unabhängige Hessische Landesanstalt für Lebensmittelüberwachung mit regionalen Außenstellen. Wir brauchen wieder mehr Pflichtkontrollen und mehr Personal, das für sichere Lebensmittel sorgt. Kontrollergebnisse der Lebensmittelüberwachung müssen für alle einsehbar veröffentlicht werden (Transparenzsystem mit Smiley oder Hygiene-Ampel).
- **Zugang zu Beratungs- und Informationsangeboten und juristische Auskunft für alle Menschen.** Das digitale Beratungsangebot muss ausgebaut werden. Besonders in ländlichen Regionen muss für ein niederschwelliges Angebot aber auch die Präsenz der Verbraucherschutzzentrale ausgebaut werden. Ein aufsuchender Verbraucherschutz kann dabei helfen.
- **Regelungen, die Verbraucher*innen schützen:** Regelungen müssen auch von den zuständigen staatlichen Stellen wirksam kontrolliert und durchgesetzt werden.

Verbraucher*innenschutz beinhaltet auch einen Bildungsauftrag. Er muss auf allen Ebenen der Bildung vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung vermittelt werden.

- **Die Orientierung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit:** Einen Verbraucher*innenschutz, der eine Orientierung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit hat.

9.10. Unsere Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz

Allein in Hessen engagieren sich über 70.000 Menschen ehrenamtlich bei den Freiwilligen Feuerwehren vor Ort, tausende weitere Menschen engagieren sich in Hessen bei den Rettungsdiensten. Diese Arbeit ist unbezahlbar und unabdingbar. Aber auch hier gilt, Klatschen allein hilft nicht. Gleichzeitig verurteilen wir die sinnlose Gewalt gegen alle Rettungskräfte.

Es sind die Kommunen vor Ort, die den Brandschutz und Rettungsdienst sicherstellen. Um jeden Ort eines Unfalls oder eines Brandes innerhalb von zehn Minuten zu erreichen, braucht es motivierte Menschen und eine zeitgemäße Ausstattung. Nur damit kann die Einsatzbereitschaft 24/7 gewährleistet werden. Diese Herausforderung kann nur gemeistert werden, wenn das Land die Kommunen die entstehenden Lasten nicht allein schultern lässt und eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sicherstellt. Sonst werden vor Ort die berechtigten Interessen der Vereine, der sozialen Hilfen, der Kultur etc. gegen die Erforderlichkeiten eines modernen Rettungsdienstes ausgespielt.

Dabei kommen durch die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte beim Klimaschutz neue gewaltige Aufgaben auf die Rettungskräfte zu. Vegetationsbrände, Überschwemmungen, Hochwasser und die Bedrohung durch Hitze werden, als Klimafolgen, immer häufiger Hilfeinsätze auslösen. Darauf müssen die Rettungskräfte personell und technisch vorbereitet werden.

Gleichzeitig lehnen wir die zunehmende Einbindung militärischer Strukturen in die Arbeit ziviler Rettungs- und Hilfsorganisationen im Rahmen der "Zivil-militärischen Zusammenarbeit" entschieden ab, weil hierdurch letztlich immer mehr zivilgesellschaftliche Bereiche offen oder verdeckt in eine Militärstrategie eingebunden werden. DIE LINKE fordert die Auflösung des „Landeskommandos Hessen“ sowie der Bezirks- und Kreiskommandos und die Auflösung der Heimatschutzkompanien.

DIE LINKE will:

- **Die Förderung der Kinder- und Jugendabteilungen:** Dies soll durch ein freiwilliges Wahlfach in der Schule unterstützt werden.

- **Alle diskriminierenden Hürden und Verhaltensweisen benennen und beseitigen:** Einsatzabteilungen dürfen kein Rückzugsraum für Männerdominanz und White Supremacy sein.
- **Bezahlte Freistellung für Ausbilder*innen:** Die Arbeit der Ausbilder*innen soll durch die Möglichkeit einer bezahlten Freistellung unterstützt werden.
- **Die Nachwuchsgewinnung der Rettungsdienste intensivieren:** Dazu müssen vor Ort passende Bausteine entwickelt, erprobt und umgesetzt werden.
- **Nachhaltige Finanzierung:** Etwa des zivilen Katastrophenschutzes.

9.11. Unser Ehrenamt: Förderung und Wertschätzen

Das Ehrenamt in Hessen ist vielfach der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Ohne die über 2,3 Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich in den Vereinen und Verbänden engagieren, würde viel notwendige Arbeit einfach liegen bleiben. Gerade vor dem Hintergrund einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, zahlreicher Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich und der Zunahme von Ressentiments, kann ehrenamtliches Engagement Brücken bauen und den Zusammenhalt stärken. Diese Bereitschaft vieler Menschen, sich in ihrer Freizeit für andere einzusetzen, darf aber nicht als Lückenbüsser und billige Alternative zu einer professionellen und auskömmlich bezahlten Arbeit missbraucht werden und so sozialversicherungspflichtige Stellen ersetzen.

Die Aufnahme der Förderung des Ehrenamtes in die hessische Verfassung darf nicht über die Versäumnisse der Landesregierung hinwegtäuschen. Dem Staatsziel müssen auch Taten folgen, warme Worte und eine „Ehrenamtskarte“ reichen nicht. Derzeit kommt nicht einmal ein Prozent der ehrenamtlich engagierten Menschen in Hessen in den Genuss der spärlichen Vergünstigungen dieser „Ehrenamtskarte“.

DIE LINKE will:

- **Freiwilliges Engagement weiter fördern:** Wichtig hierbei ist jedoch, dass gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten nicht durch freiwilliges Engagement ersetzt werden dürfen. Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich macht Ehrenamt möglich.
- **Die Einführung eines Ehrenamtsgesetzes:** Dieses soll Fragen des Versicherungsschutzes, der Gewährleistung kostenfreier Qualifizierungskurse sowie die Erstattung der tatsächlichen Aufwendungen aller Ehrenamtlichen regeln.
- **Ehrenamtsförderung verstetigen:** Vereine und Verbände sollten nicht nur projektbezogen, sondern verlässlich und dauerhaft gefördert werden, der bürokratische Verwaltungsaufwand bei Antragstellung und Abrechnung muss reduziert werden.
- **Ehrenamt auch im ländlichen Raum:** Im ländlichen Raum muss eine Infrastruktur für die ehrenamtliche Arbeit gefördert werden.

- **Freistellung und Förderung:** Die Freistellung und Förderung der Ehrenamtlichen.

9.12. Unseren Breitensport fördern

Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen. Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Hier geht es auch um die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness. DIE LINKE fördert und unterstützt vor allem den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung. Die Sportvereine müssen deshalb bei der Zusammenarbeit mit den Schulen stärker unterstützt werden. Der Sportunterricht an den Schulen soll auf mindestens vier Unterrichtsstunden pro Woche erhöht werden. Viele Sporthallen und Sportplätze sind sanierungsbedürftig, weil den Kommunen das notwendige Geld fehlt. Auch die gestiegenen Energiekosten erschweren das Betreiben von Sportstätten. Es ist Aufgabe des Landes Hessen, die Kommunen und die Sportvereine ausreichend finanziell zu unterstützen, damit die notwendigen Investitionen vorgenommen werden können. Die Sportstätten sollen zeitgemäß, barrierefrei und ökologisch sinnvoll saniert werden.

DIE LINKE will:

- **Sportförderung als kommunale Pflichtaufgabe einführen**
- **Bessere Unterstützung der Sportvereine vor Ort:** Förderung, wo es nötig ist, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit den Schulen.
- **Flächendeckenden Schwimmunterricht an allen Grundschulen:** Alle Schüler*innen sollen die Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen.
- **Den langfristigen Erhalt bestehender Projekte zur Integration:** Integration durch Sport. Dafür braucht es Erhalt und weiteren Ausbau dieser Angebote in den Sportvereinen.
- **Ein Sportstättenanierungsprogramm des Landes:** Es müssen jährlich mindestens 50 Millionen Euro investiert werden,
- **Ein Sonderprogramm des Landes:** Sanierung und Betrieb von Frei- und Hallenbädern mit jährlich mindestens 50 Millionen Euro.

9.13. Unsere Digitalisierung zielgerichtet und für alle fördern

Alle Menschen sollten, wo immer sie gerade in Hessen sind, digital vernetzt sein können, wenn sie das wollen. Gleichzeitig muss es in Behörden und an Servicestellen Personal geben, welches für Fragen und Antworten zur Verfügung steht und für eine größtmögliche Transparenz staatlichen Handelns sorgt. DIE LINKE will die Vorteile der Digitalisierung in Hessen nutzen, ohne technisch weniger versierte Menschen zu benachteiligen. Richtig eingesetzt, kann Digitalisierung dabei helfen, Nachteile des ländlichen Raums

auszugleichen. Gleichzeitig ist DIE LINKE gegen den Einsatz technischer Mittel zur allgemeinen Überwachung der Bevölkerung.

Gesichtserkennung im öffentlichen Raum und der systematische Einsatz von Algorithmen zur „Vorhersage“ von Verbrechen bedrohen einen freien und angstfreien Diskurs und können eine große Diskriminierungsgefahr, insbesondere für gesellschaftlich und den Rand gedrängte Gruppen, darstellen. Der Einsatz solcher Technologien kommt einem Generalverdacht gegen die eigene Bevölkerung gleich und ist aus unserer Sicht mit demokratischen Prinzipien grundsätzlich nicht vereinbar. DIE LINKE kämpft für eine offene und solidarische Gesellschaft ohne solche Repressionsmechanismen. Die Digitalisierung unserer Gesellschaft durchlebt aufgrund der Maßnahmen in der Corona-Pandemie einen Riesenschub.

Neu geschaffene digitale Angebote sollen flächendeckend erreichbar und verfügbar sein. Für DIE LINKE bedeutet dies, dass wir im gesamten Land kostenfreies und öffentliches WLAN fordern, insbesondere in allen landeseigenen Einrichtungen. Weiterhin müssen Onlinezugänge in den Verwaltungsbehörden vereinfacht werden. Auch Menschen mit einem geringeren technischen Verständnis muss die Möglichkeit gegeben werden, Behördengänge ebenfalls online erledigen zu können. Dabei darf es allerdings nicht zu einem Abbau von Arbeitsplätzen innerhalb der Verwaltung kommen und niemand darf gezwungen werden Behördengänge online erledigen zu müssen.

Vielmehr muss es bedeuten, dass Bildungs- oder Schulungsangebote im Bereich Digitalisierung ausgebaut werden. Insbesondere das Thema Datenschutz sollte hierbei eine besondere Rolle spielen. Bei der Beschaffung von Software muss immer überprüft werden, ob Open-Source-Software eingesetzt werden kann, deren Quellcode frei zugänglich ist, beliebig kopiert, genutzt und verändert werden darf. Mehrkosten durch vermehrtes Heizen der eigenen Wohnung im Homeoffice, größeren Platzbedarf und somit erhöhte Mietkosten, Wegfall von Kantinennutzung oder Einrichten ergonomischer Arbeitsmöglichkeiten müssen von Arbeitgeber*innen übernommen werden.

DIE LINKE will:

- **Gesichtserkennung im öffentlichen Raum und Einsatz von Algorithmen zur „Vorhersage“ von Straftaten dürfen nur im Einzelfall und auf richterlichen Beschluss Anwendung finden:** In einer Demokratie müssen sich alle frei und ohne staatlichen Generalverdacht bewegen können. Niemand darf auf Grund der Nachbarschaft oder einer bestimmten sozialen Herkunft unter Verdacht geraten.
- **Freies WLAN in allen landeseigenen Gebäuden:** Alle müssen Zugang haben.
- **Freie Wahl zwischen Homeoffice und Arbeiten im Büro:** Durch die fortschreitende Digitalisierung kommt das Thema Homeoffice immer öfter auf und bietet viele Herausforderungen. Arbeitet man von zu Hause, so vermischen sich allerdings zu leicht Arbeit und Privates. Es muss die ständige Möglichkeit gegeben sein, an den Arbeitsplatz zurückkehren zu können. Mobiles Arbeiten darf auch nicht zur ständigen Erreichbarkeit durch Arbeitgeber*innen führen.
- **Schulungsangebote im Bereich Digitalisierung für alle Alters- und**

Bildungsschichten: Bildungs- oder Schulungsangebote im Bereich Digitalisierung nicht nur für Arbeitsplätze, sondern auch für die Bevölkerung. Dabei muss es viele verschiedene Angebote geben. Vom anfängerfreundlichen Einsteigerangebot bis hin zu seniorenfreundlichen Möglichkeiten.

- **Digitale Angebote barrierefrei gestalten.**
- **Kommunen bei der Digitalisierung unterstützen:** Gemeinsam eGovernment-Dienste und Bürger*innen-Apps entwickeln und Menschen unnötige Wege zu ersparen, zum Bsp. Schule digitalisieren: Schulen müssen mit einem bestimmten Kontingent an modernen (mobilen) Endgeräten ausgestattet werden, um einen bestimmten digitalen Standard zu schaffen. Zudem muss das Land eine digitale Lern- und Verwaltungsumgebung schaffen, die benutzerfreundlich und datenschutzkonform ist. Große IT-Konzerne haben mit ihrer Lern-Software und ihren pädagogischen Konzepten an unseren Schulen grundsätzlich nichts zu suchen. Außerdem muss der Umgang mit digitalen Medien als Querschnittsaufgabe im Unterricht verankert sein.
- **Die Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten nutzen:** Digitale Anwendungen sollen bessere Verteilung von Arbeit und kürzere Arbeitszeiten erreichen, sie dürfen nicht zu einer weiteren Verdichtung und völligen Entgrenzung von Arbeit führen.
- **Menschenorientierte Digitalisierung im Gesundheitssystem:** Bessere Patient*innenversorgung und verbesserte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten müssen ausschlaggebend für den Einsatz von digitalen Anwendung auch im Gesundheitswesen sein. Darüber hinaus sind Gesundheitsdaten besonders sensibel und müssen dementsprechend geschützt werden.

9.14. Unsere Kultur: divers, vielfältig und für alle zugänglich

Kultur in ihrer Vielfalt ist demokratierelevant, denn kulturelle Orte schaffen Begegnungen und Austausch, sie bieten Raum für Reflexionen und Utopien. Wir können uns mit und in unterschiedlichen Künsten entfalten und entwickeln. Ohne Kunst und Kultur verkümmert der/die Einzelne und Gesellschaft verrohrt. In Zeiten vielfacher Krisen will DIE LINKE Förderstrukturen planungssicher gestalten und die soziale Lage von Kulturschaffenden verbessern, damit die kulturelle Infrastruktur geschützt und ausgebaut wird. Da Kultur zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen zählt, wird an ihr rasch der Rotstift angesetzt, wenn eingespart wird. Zudem leiden kulturelle Einrichtungen unter einem an die Substanz gehenden Investitionsstau. Nicht zuletzt setzen die Folgen der Corona-Pandemie aber auch die gestiegenen Energiekosten der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft weiterhin schwer zu. Zwar ist in Hessen Kultur als Staatsziel verankert, doch ohne eine ausreichende Finanzierung bleibt die Staatszielbestimmung symbolpolitisch.

DIE LINKE versteht Kulturförderung im weitesten Sinne als Infrastrukturförderung in Stadt und Land. Dabei treten wir für einen breiten und partizipativen Kulturbegriff ein, der kulturelle Bildung, soziokulturelle Zentren, Vereins- wie auch Clubkultur, Festivals, Theater

und Kinos, die Freie Szene, Bibliotheken, Orchester, kleine und große Kulturinstitutionen, die Pflege des kulturellen Erbes und eine lebendige Gedenkkultur umfasst. Die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert liegt uns besonders am Herzen, allen voran die Verbrechen des Nationalsozialismus. Aber auch die Aufarbeitung und Erinnerung an den Kolonialismus und Sklaverei muss präsenter werden. Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur fördern, die sich an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft orientiert.

Kulturelle Bildung ermöglicht nicht nur dem Einzelnen, sich künstlerisch auszudrücken, sondern auch, sich mit gesellschaftlichen Normen und sozialen Verhältnissen kritisch auseinanderzusetzen. Ein zentraler Begriff im Feld der kulturellen Bildung lautet Teilhabe, der untrennbar mit dem bislang nicht erreichten Ziel gesellschaftlicher Teilhabegerechtigkeit verbunden ist. Deshalb will DIE LINKE kulturelle Bildung besonders für Kinder und Jugendliche ausbauen.

DIE LINKE will:

- **Die Landeskulturförderung insgesamt prozesshaft und weniger projektorientiert gestalten:** In diesem Sinne sind langfristige Stipendienprogramme sinnvoll. Bei der Vergabe von Fördermitteln sollen soziale Standards, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität als Kriterien etabliert werden.
- **Verbindliche Mindeststandards der Honorierung** in der freien Kunst- und Kulturarbeit und branchenspezifische Honoraruntergrenzen.
- **Ein Hessisches Kulturraumgesetz entwickeln**, in dem die „Pflichtaufgabe Kultur“ verankert ist.
- **Bibliotheken flächendeckend sichern und zu einem sogenannten „Dritten Ort“ wandel:** In diesem Sinne sollen Bibliotheken frei zugänglich für alle sein und neben ihrer Kernaufgabe, der Wissensvermittlung, Austausch und Gemeinschaft ermöglichen.
- **Räume schaffen:** Zwischennutzung gerade bei innenstadtnahem Leerstand fördern. Unterstützung und Förderung bei der Raumsuche und bei langfristigen Finanzierungszusagen zum Raumerhalt anstelle von kurzfristigen Projektförderungen.
- **Einen kostenlosen Eintritt in Landesmuseen für Schüler*innen sowie für Studierende:** Mit einem Netzwerk aus Akteur*innen der Kultur-, Bildungs- und Jugendarbeit sowie ehrenamtlicher Unterstützung sollen lokale Bündnisse gefördert werden, die nachhaltige und inklusive Bildungsangebote schaffen sollen.
- **Die Vielfalt der Clubkultur stärken.**
- **Ehrenamtlich geführte Gedenkarbeit flächendeckend unterstützen:** Auch die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals in Museen und Gedenkstätten müssen verbessert werden.
- **Das Gedenken und die Erinnerung stärker verankern:** Etwa an die Opfer von rassistischer und antisemitischer Gewalt in der jüngeren Geschichte Deutschlands.
- **Provenienzforschung stärken** und die Rückgabe von NS-Raubkunst sowie

Restitution von unrechtmäßig erworbenen Kulturgütern aus kolonialen Kontexten unterstützen.

10. Unsere Entscheidung: Wie wir leben und wer wir sind

Eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft, wie wir sie erstreiten wollen, gibt es nur ohne jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung. Die gesellschaftliche Vielfalt und Realität muss gelebt und von allen akzeptiert werden. Die Mehrzahl der Menschen in unserem Land muss sich jedoch gegen Diskriminierungen und Widerstände durchsetzen. Allen voran betrifft dies Frauen* und queere Menschen. Sie werden weiterhin auf dem Arbeitsmarkt und bei Löhnen benachteiligt, Sexismus und Übergriffe prägen ihren Alltag. Menschen, die sich nicht als heterosexuell oder männlich/weiblich definieren, erleben immer wieder Diskriminierungen. Zwar wurden viele gesetzliche Verbesserungen in den letzten Jahren Realität, einhergehend mit dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft gibt es aber zugleich verstärkte Gewalt gegen offen queer lebende Menschen. Menschen mit Behinderungen stoßen trotz UN-Behindertenrechtskonvention in allen Lebensbereichen auf Barrieren und Vorurteile.

10.1. Unsere Gleichberechtigung, unsere Emanzipation

Die Gleichberechtigung der Geschlechter bleibt weiterhin unvollendet. Noch immer sind die Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt. Frauen* verdienen auch in Hessen eklatant weniger als Männer. In den Familien übernehmen immer noch Frauen* den größeren Teil der Sorgearbeit. Viele werden zwischen Familienpflichten und eigener Erwerbsarbeit zerrieben. Frauen* arbeiten häufiger in unfreiwilliger Teilzeit, insbesondere Alleinerziehende. Berufe, in denen Frauen* besonders häufig arbeiten, sind in der Regel schlechter bezahlt. Die Führungsetagen sind überwiegend von Männern besetzt. Das alles führt dazu, dass vor allem Frauen* von Altersarmut betroffen sind.

Der Kampf gegen den alltäglichen Sexismus stößt noch immer auf erbitterten Widerstand. Gewalt gegen Frauen* wird weithin verharmlost und den Betroffenen selbst die Schuld gegeben. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und queeren Menschen ist in weiten Teilen mehr Wunschtraum als Realität. Auch wir haben gelernt, dass wir diesen Anspruch noch nicht immer gerecht werden. Wir arbeiten weiter an der Veränderung der Gesellschaft und unserer eigenen Strukturen.

Wir wehren uns gegen Patriarchat und Kapital, die eine Geschlechterordnung festschreiben, die Frauen und queere Menschen unterdrückt. Wir streiten für eine Welt, die geschlechtergerecht und solidarisch ist.

DIE LINKE will:

- **Gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft:** In den Führungspositionen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft dominieren Männer. Die gläserne Decke, die Frauen und FLINTA*-Personen am Aufstieg hindert, muss zerbrochen werden. Ein notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind gesetzliche Quotierungen, um fähige Frauen* an patriarchalen Netzwerken vorbei in Führungsverantwortung zu bringen. Dazu reformieren wir das Hessische Gleichberechtigungsgesetz und weiten es auf alle privatrechtlichen Gesellschaften des Landes Hessen aus, stärken Frauen*beauftragte und nehmen auch private Unternehmen über das Vergaberecht in die Pflicht. Über den Bundesrat streiten wir für ein bundesweites Entgeltgleichheitsgesetz, das den gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit vorschreibt. Wir streiten für ein neues Normalarbeitsverhältnis von 30 Stunden pro Woche bei Lohn- und Personalausgleich, um Sorgearbeit umverteilen zu können.
- **Dein Körper, deine Entscheidung:** Mit der Streichung des Informationsverbots über Schwangerschaftsabbrüche ist ein wichtiger Schritt erreicht. Jetzt muss auch der § 218 StGB endlich fallen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Schwangere selbstbestimmt über einen Abbruch entscheiden können. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen: Wir sind für Beratungsangebote für ungewollt Schwangere – diese müssen deutlich ausgebaut und besser finanziert werden -, aber freiwillig und ohne staatliche Bevormundung. Es braucht wohnortnah Beratungsangebote und Einrichtungen, die Abbrüche vornehmen. Fundamentalistische Aufmärsche, die Frauen und FLINTA*-Personen in Konfliktsituationen unter Druck setzen wollen, werden wir vor Beratungsstellen und Praxen verhindern. Einen Gesetzentwurf haben wir hierzu bereits vorgelegt. Methoden des Schwangerschaftsabbruchs müssen verpflichtender Bestandteil eines Medizinstudiums, spätestens in der gynäkologischen Fachweiterbildung, werden. Öffentliche Kliniken müssen im Rahmen der Krankenhausplanung verpflichtet werden, die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen auch nach der Beratungsregelung sicherzustellen. Schwangerschaftsabbrüche müssen als normale kassenärztliche Leistung abgerechnet werden.
- **Alltagssexismus und Patriarchat überwinden:** Voraussetzung für eine gleichberechtigte Gesellschaft ist es, sexistische Diskriminierungen, Erwartungshaltungen, Zuschreibungen, genormte Bilder und Vorbilder zurückzudrängen. Wir wollen die einschränkende Dominanz dieser Rollenbilder aufbrechen und damit mehr Freiraum für die individuelle Entfaltung schaffen. Dazu arbeiten wir eng mit feministischen Initiativen zusammen. Gerade Bildungseinrichtungen sind ein zentraler Ort, um Sexismus und Rollenklischees gezielt etwas entgegenzusetzen. Dazu müssen Lehr- und Lernmaterialien angepasst, Lehr- und Erziehungskräfte qualifiziert werden. Gerade in der Arbeit mit Jungen und Männern muss Antisexismus und Geschlechtergerechtigkeit einen

höheren Stellenwert erhalten, um übergriffiges Verhalten zu überwinden.

- **Vor geschlechtsspezifischer Gewalt schützen:** Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau durch ihren (Ex-)Partner ermordet. Jede dritte Frau in Deutschland erlebt im Laufe ihres Lebens sexualisierte Gewalt, Sexismus ist ein Alltagsphänomen in unserer Gesellschaft. Mit der seit 2018 auch in Deutschland rechtsgültigen Istanbul-Konvention, dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben, um gegen Hass und Gewalt gegen Frauen* vorzugehen. Doch in Hessen fehlt weiterhin eine unabhängige Monitoringstelle. An der Unterfinanzierung der Hilfseinrichtungen hat sich in den vergangenen fünf Jahren leider wenig getan, oft sind bei Fachberatungsstellen weder Urlaubs- noch Krankheitsvertretungen möglich. Hessische Frauen*häuser brauchen eine bessere personelle und sächliche Ausstattung sowie Barrierefreiheit. Mehr Landesmittel für die Förderung und den Ausbau von Beratungsangeboten für Mädchen und Frauen* mit Erfahrungen sexualisierter Gewalt sowie für die Arbeit mit Täter*innen ist erforderlich. Zur Verstetigung der Arbeit ist die unverzügliche Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle für die Fachberatung erforderlich. Wir brauchen ein Landesinvestitionsprogramm für mehr Schutzräume in Frauen*häusern und -wohnungen und ausreichend Belegungsrechte bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, um Frauen* nach dem Frauen*haus angemessen unterbringen zu können. Wegweisungen als ordnungsrechtliches Mittel sind zu stärken und die Fristen zu verlängern, damit Täter*innen und nicht die Gewaltbetroffenen die gemeinsame Unterkunft verlassen müssen. Verwaltung, Polizei und Justiz brauchen effektive Fortbildungen, für die Polizei ist ein landesweites Konzept für eine Hochrisikoanalyse mit wirksamen Maßnahmen zu schaffen. Wir verlangen die Einrichtung einer landesweiten Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung, damit nach sexualisierter Gewalt und Vergewaltigung eine gute medizinische Betreuung gewährleistet ist und Täter*innen auch mit zeitlichem Abstand zur Verantwortung gezogen werden können.
- **Sexarbeitende unterstützen:** Freiwillig in der Sexarbeit Tätige müssen in ihren Arbeitsrechten gestärkt werden. Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution brauchen ein uneingeschränktes Bleiberecht und passgenaue Ausstiegsbegleitung.
- **Freiräume für Mädchen und Frauen* erkämpfen:** Zur Förderung der Gleichberechtigung muss Frauen*- und Gleichstellungspolitik weiterhin ein eigenständiger Politikbereich bleiben, mit entsprechenden personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen. Gerade selbstverwaltete Frauen*- und Mädchenprojekte bieten vielseitige Angebote und sind als Orte der Selbstorganisation und des Erfahrungsaustausches von Frauen* bzw. Mädchen unverzichtbar. Wir wollen spezifisch an den Lebenslagen von Mädchen ausgerichtete pädagogische Angebote, die sie bei der Entwicklung von Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein gegen Rollenklischees unterstützen,

besonders fördern.

10.2. Unser Geschlecht, unsere Sexualität, unsere Freiheit

Für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wurden in den letzten Jahren einige Fortschritte erkämpft, aber die vollständige Gleichberechtigung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sind leider noch nicht erreicht. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei von Diskriminierung und Belästigung ist, in der alle Lebens- und Beziehungsentwürfe gleichgestellt sind. Hierfür engagieren wir uns weiter, zusammen mit vielen Verbündeten aus der LSBTIQA*-Community (lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche, queere und asexuelle Personen).

DIE LINKE will:

- **Queere Unterstützung und Beratung auch im ländlichen Raum:** Beratungsstellen, die sich Aufklärung und Unterstützung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt widmen, konzentrieren sich weitgehend auf die größeren Städte in Hessen. Dieses Stadt-Land-Gefälle muss überwunden werden und die Finanzierung dezentrale Anlaufpunkte sicherstellen.
- **AIDS-Hilfen und Community-Projekte besser unterstützen:** Selbstorganisierte und von der Community getragene Initiativen, Projekte und Veranstaltungen wollen wir als Beispiele gelebter Vielfalt fördern. Die AIDS- Hilfen sind längst zentrale Beratungs- und Anknüpfungspunkte über die HIV- Prävention hinaus. Sie brauchen eine angemessene und verlässliche Finanzierung für ihre vielfältige Arbeit.
- **Queerfeindlichkeit entschieden entgegentreten:** Immer wieder kommt es zu verbalen oder körperlichen Angriffen auf offen queer lebende Menschen in Hessen. Wie bei anderen Formen der Hasskriminalität braucht es hier in erster Linie eine deutliche Ächtung und Widerstand durch die Zivilgesellschaft und deren Solidarität. Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz müssen im Umgang mit dem Thema sensibilisiert werden. Community getragene Safe Spaces wollen wir unterstützen.
- **Geschlechtsneutrale Sprache fördern:** Sprache prägt das Bewusstsein. Öffentliche Stellen sollten deshalb eine Sprache wählen, die weder ausgrenzt noch verletzt.
- **Diskriminierungsschutz ausweiten:** Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der körperlichen Variation, sexuellen Identität und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes aufnehmen. Mit unserem Entwurf eines Hessischen Antidiskriminierungsgesetzes haben wir einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie eine rechtliche Umsetzung in Hessen gelingen könnte.
- **Stigmatisierung abbauen und Jugend bestärken:** Vorurteile, Stigmatisierung und Diskriminierung beginnt bereits in der Kindheit. Wir finden, dass Kinder und Jugendliche ein Recht darauf haben in der Schule über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zu lernen. So helfen wir nicht nur queeren Kindern auf ihrem Weg

zur Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung, sondern leisten unseren Beitrag dazu, durch Bildung, Diskriminierung entgegenzuwirken.

10.3. Unser Leben: inklusiv und barrierefrei

Menschen sind nicht behindert und sie haben auch keine Behinderung, sondern sie werden behindert. Selbstbestimmt zu leben bedeutet, nicht durch Barrieren an einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert zu sein. Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt zurecht einen vollständigen Abbau dieser Barrieren.

Eine solche Umwelt erleichtert das Leben für alle Menschen. Fahrstühle zu den Gleisen sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, Fahrrad und Kinderwagen, für alte Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen, Älteren, Menschen mit Lernbeeinträchtigung, aber auch allen anderen besser, ihre Rechte zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen einzufordern und gesellschaftlich teilzuhaben.

DIE LINKE will:

- **Beteiligung und gleiche Rechte durchsetzen:** „Nichts über uns ohne uns“ heißt eine Forderung der selbstbestimmten Behindertenbewegung. DIE LINKE will gemeinsam mit den Menschen und ihren Verbänden die Grundlagen dafür schaffen und verbessern. Wir fordern die vorbehaltlose Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen auf Landes- und kommunaler Ebene. Ein verbindlicher Aktionsplan für Hessen ohne Kostenvorbehalt, mit überprüfbaren Zielen und Fristen muss erarbeitet und verwirklicht werden. Solche Aktionspläne braucht es auch in den Städten und Gemeinden, für die Umsetzung stellt das Land finanzielle Mittel zur Verfügung. Wir fordern öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, um auf allen Ebenen das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu unterstützen.
- **Zugang garantieren:** Die Gestaltung öffentlicher Räume muss in jeder Hinsicht die Bedürfnisse von Menschen mit Inklusionsbedarf berücksichtigen, zum Beispiel auch Ruhe- und Rückzugsräume. Orientierungshilfen wie zum Beispiel Blindenleitsysteme müssen verbindlich vorgeschrieben werden, hierzu muss in jedem Planungsschritt auf die Kompetenzen von betroffenen Verbänden zurückgegriffen werden. Digitale Anwendungen und Formulare der öffentlichen Verwaltung müssen vollständig barrierefrei sein. Haltestellen und Bahnhöfe des öffentlichen Nahverkehrs sind schnellstmöglich barrierefrei umzubauen. Wir wollen zusätzlich zur existierenden Förderung für den Umbau von barrierefreiem Wohneigentum ein Landesprogramm zum Umbau von Mietwohnungen auf den Weg bringen.
- **Barrieren bei Arbeit und Bildung abbauen:** Die Trennung von Menschen mit und ohne Behinderung im Bildungssystem muss ein Ende haben. Dazu müssen Kitas und Schulen passend ausgestattet und Nachteilsausgleiche ausgeweitet werden (s. Kapitel „Unsere Bildung gerechter“). Auch im Berufsleben wollen wir Sonderzonen

zurückdrängen. Das Budget für Arbeit wollen wir stärken, die gesetzliche Deckelung aufheben und als Instrument für die reguläre Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt nutzen. Mentoring muss gefördert werden, um mehr Menschen zum Schritt in den ersten Arbeitsmarkt zu ermutigen. Mit Förderprogrammen wollen wir mehr für barrierefreie Arbeitsplätze tun. Schrittweise wollen wir eine tarifliche Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf Außenarbeitsplätzen, einführen. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen vergeben werden. Um die gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion zu bewältigen, benötigen wir zudem mehr Menschen mit inklusionsbezogenen Kompetenzen. Übersetzende für Gebärdensprache und andere Assistenzleistungen für spezifische Beeinträchtigungen fehlen in Hessen vielerorts. Hier braucht es Ausbildungsgänge, Qualifizierungs- und Studienangebote, um Teilhabe über Assistenz Realität werden zu lassen. Assistenzleistungen müssen angemessen vergütet und über staatliche Mittel statt durch die Betroffenen refinanziert werden.

- **Gesundheitsversorgung und Betreuung verbessern:** Der barrierefreie Zugang zum Gesundheitssystem ist von besonderer Bedeutung. Arztbesuche dürfen nicht an unzugänglichen Praxen scheitern. Daher wollen wir den barrierefreien Umbau festlegen und hierfür Fördermittel bereitstellen. Wer in stationären Einrichtungen lebt, hat Anspruch auf Schutz gegen Willkür und Gewalt. Insbesondere Frauen* und Mädchen mit Behinderung sind hier einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben. Sie sollen nicht verpflichtet sein, in besonderen Wohnformen zu leben. Dafür wollen wir einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage fördern und die erforderlichen Hilfsmittel bedarfsgerecht bereitstellen. Die Betroffenen sollen das Recht haben, ihre Pflegekräfte selbst zu wählen.
- **Barrierefreier Zugang zu Information:** Der Zugang zu Information und Kommunikation muss barrierefrei sein, damit Inklusion gelingen kann. Die besten Expert*innen auf diesem Weg sind die Betroffenen selbst. Wir wollen Hilfsangebote, in denen Menschen mit Behinderung mitarbeiten, besonders fördern und ausbauen.
- **Den Landeswohlfahrtsverband (LWV) besser finanzieren:** In Hessen nimmt der LWV eine wichtige Rolle in der Inklusion ein. Wir wollen ihn und seine Strukturen erhalten und sprechen uns für eine solidarische Finanzierung von Land, kreisfreien Städten und Landkreisen aus. Um die finanziellen Belastungen für die Kommunen zu reduzieren, muss der Landesanteil deutlich angehoben werden.
- **Teilhabeleistungen rechtssicher ausgestalten:** Nach langjährigem Drängen durch Verbände und LINKE hat Hessen seit 2021 endlich neben dem Blindengeld auch Mehrbelastungsausgleiche für Gehörlose und taubblinde Menschen eingeführt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Ausgleichszahlungen deutlich erhöht und die gesetzliche Grundlage entfristet wird, um Rechtssicherheit für Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen herzustellen.

10.4. Unsere Welt: grenzenlos solidarisch

Auf den Sommer der Migration folgte ein Herbst der Abschottung und ein langer Winter der Brutalisierung im Vorgehen gegen Schutzsuchende. Immer höhere Grenzzäune, tausende Tote im Mittelmeer, dem Atlantik und der Sahara, Elendslager auf den griechischen Inseln und entlang der Balkanroute sowie fortschreitende Entrechtung, Kriminalisierung und Isolation auch in Europas geographischer Mitte. Dies ist die traurige Realität der europäischen Asylpolitik. Hessen reiht sich mit seiner unrühmlichen Unterbringungspraxis in Quasi-Ankerzentren, restriktiver Gesetzesauslegung sowie einer aggressiven Abschiebepolitik in die globale Abschreckungskette ein. Familien werden auseinandergerissen, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse aus fadenscheinigen Gründen versagt, das Land leistet sich das drittgrößte Abschiebegefängnis in der Bundesrepublik. Doch die Reaktion der Europäischen Union auf die durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Fluchtbewegungen haben gezeigt: eine andere Asylpolitik ist möglich- in der EU und in Hessen!

Erstmals seit ihrem Bestehen wurde die sogenannte „Massenzustrom-Richtlinie“ durch den Rat der Europäischen Union aktiviert, die eine schnelle und unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ermöglicht hat. Das zivilgesellschaftliche Engagement und die schnelle Handlungsbereitschaft von Kommunen hat dafür gesorgt, dass viele Menschen schnell aufgenommen und versorgt werden konnten. Was für Menschen mit ukrainischem Pass gilt sollte für alle Menschen, die vor Armut, Krieg, Verfolgung und den Folgen des Klimawandels und der Globalisierung fliehen selbstverständlich sein: sichere Einreisemöglichkeiten, Aufenthaltsrecht und Freizügigkeit innerhalb Europas, sofortiger Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Schule und zu Sprachkursen. Dezentrale Unterbringung statt der Isolation in Lagern, Zugang zu regulären Sozialleistungen und medizinischer Versorgung. All das sollte für alle Schutzsuchenden selbstverständlich sein, denn es gibt keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse!

DIE LINKE will:

- **Sichere Fluchtwege:** Landespolitische Spielräume müssen genutzt werden, um Schutzsuchende aufzunehmen. Kommunen sollen bei der Aufnahme unterstützt werden. Es braucht zudem umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.
- **Dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden:** Die Erstaufnahmeeinrichtungen wollen wir auflösen, und die Menschen in kleineren, dezentralen Unterkünften und Wohnung unterbringen. Für Gemeinschaftsunterkünfte muss es verbindliche Mindeststandards und eine einheitliche und angemessene Gebührenordnung geben. Die Unterkünfte für besonders vulnerable Schutzsuchende wollen wir ausbauen und mit ausreichend geschultem Personal ausstatten. Wohnraumbörsen sollen Geflüchtete bei der Wohnungssuche unterstützen. Wohnsitzauflagen und die Residenzpflicht wollen wir abschaffen.

- **Zugang zur medizinischen Versorgung ab dem ersten Tag:** Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft wird. Asylsuchende sollen eine elektronische Gesundheitskarte bekommen und die Kostenübernahme von Sprachmittlung durch die Krankenkassen erfolgen. Die psychosoziale Versorgung von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte muss ausgebaut und längerfristig finanziert werden.
- **Sofortiger Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende:** Arbeitsverbote wollen wir abschaffen und Neuankommenden die Erwerbstätigkeit ab dem ersten Tag ermöglichen.
- **Deutschkurse für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus:** Die bestehenden Angebote müssen ausgebaut werden und für alle Zugewanderten offenstehen.
- **Faire Asylverfahren und gute Beratungsstrukturen:** Unabhängige Rechts- und Verfahrensberatung muss flächendeckend ausgebaut und nachhaltig finanziert werden.
- **Bleiberecht statt Abschiebung:** Es braucht eine Stichtag-unabhängige und vereinfachte Bleiberechtsregelung für langfristig Geduldete, spätestens nach 5 Jahren Aufenthalt. Abschiebungen und Abschiebungshaft lehnen wir ab. Insbesondere fordern wir einen Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebieten dieser kann und muss auf Landesebene verhängt werden. Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten und Krankenhäusern sollen verboten werden. Die Abschiebehafteinrichtung in Darmstadt-Eberstadt muss geschlossen werden und die Mittel einer unabhängigen Rechtsberatung zu Gute kommen.
- **Umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht:** Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall des Geburtsorts oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein. Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.
- **Fluchtursachen effektiv bekämpfen:** Wir wollen die Verhältnisse verändern, die immer wieder zur Flucht zwingen und Hilfe notwendig machen. Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir deshalb globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.

10.5. Unser Hessen: vielfältig und gleichberechtigt

Hessen ist Heimat für Menschen aus verschiedensten Orten und so vielfältig wie noch nie. Hessen ist von Migrant:innen geprägt, sie sind Teil der hessischen Geschichte. Mehr als ein Drittel aller Hess*innen haben eine Migrationsgeschichte. Menschen aus 180 Nationen

sind hier zuhause. Einwanderung ist keine Bedrohung, sondern Alltag vieler Menschen und eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Leider erschweren Diskriminierungen in Institutionen, Schulen, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt aufgrund von Aussehen, Namen oder Religionszugehörigkeit vielen Menschen das Leben. Viele Einwander*innen arbeiten als "Ungelernte", in Leiharbeit oder werden mit Dumpinglöhnen, Scheinselbstständigkeit und halblegaler Unterbringung ausgebeutet. Menschen mit Migrationsgeschichte leiden häufig unter Mehrfachdiskriminierung, Stigmatisierung und Ausbeutung. Die ältere Generation lebt besonders häufig in Altersarmut. Der schulische und berufliche Werdegang der Kinder ist oft aufgrund ihrer Herkunft erschwert.

DIE LINKE tritt für ein weltoffenes Land und ein solidarisches Miteinander ein. Wir stellen uns dagegen, wenn Beschäftigte und Rentner*innen gegen Menschen, die vor Armut, Unterdrückung, den Folgen der Klimakatastrophe und Krieg fliehen, gegeneinander ausgespielt werden. Stattdessen setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Ressourcen ein. Wir wollen, dass alle Menschen, die hier dauerhaft leben, rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden und unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten können. Rassismus, Diskriminierung und Ausbeutung dürfen in Hessen keinen Platz haben.

DIE LINKE will:

- **Uneingeschränktes Wahlrecht für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in Hessen haben:** Die Selbstorganisation von Migrant*innen, die kommunalen Ausländerbeiräte, sowie ihren Dachverband auf Landesebene wollen wir stärken und ausbauen.
- **Eine aktive Antidiskriminierungspolitik:** Wir wollen ein flächendeckendes Angebot an unabhängigen Beratungsstellen schaffen. Um bestehende Lücken im rechtlichen Diskriminierungsschutz zu schließen, wollen wir ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz einführen, damit auch Diskriminierung durch staatliche Stellen geahndet werden kann.
- **Bildungsbenachteiligung abbauen:** Die Chancengleichheit muss durch frühkindliche Bildungsangebote, gute schulische Förderung und gezielte Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche erhöht werden. Schulen müssen besser auf sprachlich vielfältige Schulklassen und eine Schüler*innenschaft mit zahlreichen Migrationsbiographien ausgerichtet werden. Der herkunftssprachliche Schulunterricht muss aufgewertet und als gleichwertiges Schulfach angeboten werden.
- **Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt abbauen:** Berufsqualifikationen aus dem Ausland müssen unbürokratisch anerkannt werden und ein ausreichendes Angebot für Nachqualifizierungen und an berufsspezifischen Deutschkursen geschaffen werden. Wir wollen wirksame Strategien gegen die Diskriminierung bei Auswahlprozessen entwickeln und die Öffentlichkeit besser für bestehende Benachteiligungen sensibilisieren.

- **Besseren Zugang zum Gesundheitssystem und zur Pflege ermöglichen:** Wir wollen speziell für den medizinischen Bereich geschulte Sprachmittlung einführen, die für Patient*innen kostenfrei ist. Eingewanderte Senior*innen brauchen eine kultursensible Altenpflege. Alle Menschen, unabhängig von Herkunft oder Religion, müssen Anspruch auf umfassende medizinisch- pflegerische Versorgung haben. Hessen soll im Bundesrat eine Initiative starten, um das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen. Auch Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus sollen Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können, ohne ihre Abschiebung zu riskieren. Hierzu sehen wir die Schaffung von Clearingstellen und einen Behandlungsfonds vor, der im Wege eines anonymen Behandlungsscheins Zugang zur medizinischen Versorgung ermöglicht.
- **Eine Einbürgerungskampagne und beschleunigte Einbürgerungen:** Hürden auf dem Weg zur Einbürgerung müssen abgebaut werden. Den Zwang, die bisherige Staatsangehörigkeit abzugeben, wollen wir beseitigen.
- **Landesverwaltung interkulturell öffnen:** Die Mitarbeiter*innen der Landesverwaltung müssen sich interkulturell weiterbilden können, zugleich ist der Anteil an Bediensteten mit Migrationsgeschichte zu erhöhen. Die Behördenkultur muss den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft Rechnung tragen. Wir wollen, dass alle Einwohner*innen in Hessen gleichberechtigt und ungehindert öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.
- **Religions- und Weltanschauungsfreiheit sicherstellen:** Hessens Vielfalt wollen wir verteidigen. Verbote von Sakralbauten sowie von religiös motivierter Kleidung und eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage lehnen wir ab. Wir streben einen Ethikunterricht für alle
- Schüler*innen an. Soweit bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen angeboten wird, muss diese Möglichkeit für alle Religionsgemeinschaften bestehen. Der Stigmatisierung von Menschen wegen ihres Glaubens stellen wir uns entschieden entgegen.
- **Reguläre Migrationswege schaffen:** Der Familiennachzug muss beschleunigt und vereinfacht werden. Das Land muss rechtliche Spielräume ausnutzen, um besonders schutzbedürftige Personen aus dem Ausland aufzunehmen. Arbeitnehmer*innen und Auszubildende brauchen Aufenthaltserlaubnisse, die unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber*innen sind, dabei soll es flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns geben.

10.6. Unser Konsum: sicher und straffrei

Kaffee, Alkohol, Zigaretten und Medikamente gehören zum Leben vieler Hessinnen und Hessen. Trotz aller Verbotspolitik sind auch illegalisierte Substanzen flächendeckend in Stadt und Land verfügbar. Dabei ist die Unterscheidung in legale und illegalisierte Substanzen zufällig und willkürlich. Der illegale Drogenmarkt trägt zur Gesundheitsgefährdung bei. Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote die Menschen nur selten vom Drogenkonsum abhalten. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Drogen ist möglich, wird aber bei illegalisierten Substanzen bereits bei gelegentlichem Gebrauch durch Kriminalisierung und Ausgrenzung erschwert. Wir wollen grundsätzliche Veränderungen bei der Drogenpolitik. Im Zentrum eines besseren Umgangs muss Suchtprävention und Hilfe stehen. Perspektivisch setzt sich DIE LINKE für die Regulierung des Drogenmarktes ein.

DIE LINKE will:

- **Prävention, Aufklärung und Substitution verbessern:** Die Prävention und Aufklärung über Suchtgefahren sowie Hilfsangebote für Betroffene von Sucht und Drogenmissbrauch müssen deutlich verbessert und ausgebaut werden. Dafür sollten Steuer-Einnahmen, die mit dem Konsum verbunden sind, gebunden eingesetzt werden. Ausstiegsorientierte und konsumakzeptierende Hilfen wie Drug-Checking, Safer Use, Gesundheitshilfe für suchterkrankte und Drogen gebrauchende Menschen, Druckräume mit hygienischen Bedingungen sowie Beratung für Betroffene und ihre Familien sind überall in Hessen nötig. Wir wollen eine flächendeckende Versorgung mit Substituten. Ältere Suchterkrankte brauchen passgenaue Angebote.
- **Cannabisfreigabe mit den richtigen Rahmenbedingungen versehen:** DIE LINKE hat die Legalisierung von Cannabis schon immer gefordert und unterstützt. Nun gilt es die Rahmenbedingungen zu klären und Fehler anderer Staaten nicht zu wiederholen. So braucht es beispielsweise wissenschaftlich nachvollziehbare Grenzwerte für Cannabisgebrauch im Straßenverkehr. Fragen des Jugend- und Gesundheitsschutzes sind verbindlich zu klären, etwa THC-Grenzwerte und Altersbeschränkungen. Wir wollen eine Förderung von Eigenanbau in Cannabis Social Clubs statt vorrangig auf Marktprozesse zu setzen.

11. Unser Gemeinwesen gerecht finanzieren

Unser Leitbild ist ein soziales, gerechtes und demokratisches Gemeinwesen, wie es im Grundgesetz und Hessischer Verfassung als verfassungsrechtlicher Auftrag festgehalten ist. Ein leistungsfähiger und auskömmlich finanzierter Staat hat die Aufgabe, soziale Sicherheit, bürgerfreundliche Dienstleistungen und eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur (Öffentlicher Nahverkehr, Schulen und Hochschulen, Sportstätten) zu gewährleisten. Um notwendige öffentliche Ausgaben zu tätigen, setzt sich DIE LINKE für die Herstellung eines sozial gerechten Steuersystems ein, in dem Reiche und Vermögende endlich gerechter besteuert werden.

Nur Reiche und Wohlhabende können sich einen armen Staat leisten. Bundesweit waren Einkommen und Vermögen noch nie so ungleich verteilt wie heute. Immer größere Vermögen haben sich in immer weniger Händen konzentriert: Zwei Drittel aller Vermögen sind in der Hand der oberen 10 Prozent der Bevölkerung. Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammengenommen. Auch in Hessen klafft die soziale Schere immer weiter auseinander. Während die Armut Höchststände erreicht, wächst die Zahl der Einkommensmillionäre kontinuierlich. Mittlerweile zählen in Hessen über 2000 Menschen dazu.

Privater Reichtum und öffentliche Armut sind zwei Seiten derselben Medaille. In Hessen besitzt eine einzige Familie ein Vermögen, das halb so groß ist wie die Schulden des ganzen Bundeslandes.

11.1. Unser Geld: Sozial gerecht Umsteuern

Unsere Forderungen sind finanzierbar, wenn hohe Einkommen, große Vermögen und Konzerne endlich gerecht besteuert werden. Dazu muss u.a. die Vermögensteuer wieder erhoben werden, die den Haushalten der Bundesländer zu Gute kommt. Die Verbesserung des Landeshaushalts kann nicht durch das Kürzen öffentlicher Leistungen, sondern nur durch die Erhöhung der Einnahmen sinnvoll und wirksam stattfinden. Ähnlich den Kataster- und Grundbuchämtern ist auf Bundesebene ein Vermögensregister aufzubauen, um Vermögen und abgeleitet die Steuerlast feststellen zu können. Gleichzeitig wollen wir auf kostspielige, ökologisch und ökonomisch fragwürdige Projekte, wie den Betrieb des Regionalflughafens Kassel- Calden verzichten. Zusätzliche und ordentlich bezahlte Arbeitsplätze führen zu höheren Steuereinnahmen und zu Entlastungen bei den Sozialausgaben. Zusätzliche Steuereinnahmen entstehen, wenn unsere Forderungen zur Steigerung der Einkommen der Beschäftigten (insbesondere Mindestlöhne, ein Tariftreuegesetz, welches seinen Namen verdient und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen) durchgesetzt werden.

Eine solche Politik fußt auf den Grundlagen der Hessischen Verfassung. So heißt es in Art. 38 HV: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die

Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.“

DIE LINKE fordert die Schlagkraft der hessischen Steuerverwaltung weiter zu verstärken. Die Deutsche Steuergewerkschaft hat errechnet, dass jede*r Betriebsprüfer*in etwa 1,6 Millionen Euro für das allgemeine Steueraufkommen aus nachzuzahlenden geschuldeten Steuern erwirken kann. DIE LINKE will aus Gründen der Steuergerechtigkeit und zur Sicherung von Staatseinnahmen die Ausbildung und Einstellung von Finanzbeamten in Hessen für die steuerlichen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung intensivieren. Ziel muss es sein, die Steuerverwaltung in die Lage zu versetzen, gerade am Banken- und Finanzplatz handlungsfähig zu sein. Großbetriebe in Hessen müssen regelmäßig geprüft werden. Wirtschaftskriminalität beeinträchtigt die Steuereinnahmen beträchtlich. Wir wollen "Steuer-CDs" ankaufen, um Steuerhinterzieher zu verfolgen und zu bestrafen.

DIE LINKE will eine Bestandsaufnahme der bisherigen Privatisierungsprojekte, um zu prüfen, inwieweit das düstere Erbe der Ära Roland Koch in Form von teuren Sale-and-Lease-Back-, PPP- und ähnliche Projekten wieder rückgängig gemacht und Staatsausgaben gesenkt werden können.

DIE LINKE will:

- **Eine sozial gerechte Steuerpolitik:** Das fordern wir auch auf Bundesebene.
- **Eine Bundesratsinitiative des Landes Hessen für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer.**
- **Eine Reform der Erbschaftssteuer und Erhebung einer Börsenumsatzsteuer.**
- **Die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer:** So kann die Finanzsituation der Kommunen verbessert werden.
- **Die Überwindung der sogenannten Schuldenbremse:** Sie setzt einseitig auf Ausgabenkürzungen und behindert sinnvolle Kreditaufnahme für langfristige Infrastrukturinvestitionen.

11.2. Für Investitionen in unsere Zukunft

Für eine gute Zukunft jetziger und kommender Generationen ist eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur unerlässlich. Generationengerechtes Handeln bedeutet für uns, unsere Schulen und Hochschulen zu sanieren, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen und bezahlbares und klimagerechtes Wohnen zu ermöglichen.

Das Instrument der sogenannten Schuldenbremse steht diesem Ansinnen fundamental entgegen, weil es de facto als Kreditverbot für öffentliche Haushalte wirkt. Eine ganz große Koalition aus CDU, SPD, Grüne und FDP hat das Kreditverbot und dessen Aufnahme in die Landesverfassung bei der Volksabstimmung 2011 durchgesetzt. In den 2010er Jahren

diente die Schuldenbremse den Regierenden als Vorwand für Sozialabbau und Privatisierung und Kürzung von öffentlichen Leistungen.

Mit der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass die Schuldenbremse auch entschlossenes Handeln in der Krise erschwert. Das Scheitern der Schuldenbremse manifestiert sich auch darin, dass die Regierenden in der Krise nicht darum herum kamen, die Schuldenbremse wenigstens zeitweise auszusetzen.

Für DIE LINKE bleibt die Schuldenbremse ein Kreditverbot, das öffentliche Investitionen und entschlossenes Handeln in der Krise behindert. Laufende Ausgaben im Landeshaushalt zur Stärkung der sozialen Sicherheit und höhere Personalausgaben wollen wir über eine gerechtere Steuerpolitik finanzieren. Mit einer erleichterten Kreditaufnahme gilt es, öffentliche Investitionen in die Zukunft zu realisieren und Handlungsspielräume für Krisenzeiten zu schaffen.

Tatsächlich rächt es sich heute, dass vor allem dort gekürzt wurde, wo sich die Folgen des vermeintlichen Sparkurses erst später auswirken würden: bei den Investitionen und bei der Personalausstattung. Die „Schwarze Null“ war für alle Landesregierungen immer ein wichtiges Ziel. Das Ergebnis ist katastrophal: Viele Schulen, Pflegeeinrichtungen, Schwimmbäder und andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur sind marode. Die kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Kreise und Gemeinden ist vielfach nur noch Makulatur, weil das Land die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstattet und zu teilweise empfindlichen Leistungskürzungen gezwungen hat. An allen Enden fehlt es an Personal, um den alltäglichen Aufgaben gerecht zu werden: Termine sind bei Ämtern nur schwer zu bekommen, die Planungsämter sind überfordert und Baumaßnahmen stocken, der Mangel an Ressourcen und Personal ist unübersehbar.

DIE LINKE setzt sich für ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm ein, um unsere öffentliche Infrastruktur, unsere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen auch für kommende Generationen nachhaltig zu erhalten und auszubauen. Damit wollen wir auch dringend benötigte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich schaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Umsetzung des Milliarden-Investitionsprogramms durch entsprechende Personalausstattung sicherzustellen.

DIE LINKE will:

- **Schulgebäude sanieren:** Es herrscht ein gravierender Sanierungsstau in hessischen Schulen. Schlecht ausgestattete oder gar baufällige Schulen sind eine schwere Hypothek für die Zukunft der jungen Generation. Für ein sozial gerechtes Bildungswesen ist es unerlässlich, die dringend notwendige Sanierung anzugehen und es sind die baulichen Voraussetzungen für neue Aufgaben zu schaffen, wie etwa Ganztagsunterricht, modernen Fachunterricht in gut ausgestatteten Räumen und für Maßnahmen, die die Inklusion von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen erlauben.
- **Eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau:** Das Land muss die Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen für alle als zentrale öffentliche Aufgabe

begreifen. Wir wollen eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau. Private Marktteilnehmer*innen haben hier völlig versagt.

- **Krankenhäuser und Pflege:** Seit Jahren kommt das Land seiner Verpflichtung nicht nach, ausreichende Mittel für bedarfsgerechte Investitionen in öffentliche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bereit zu stellen. Das wollen wir ändern.
- **Öffentliche Verkehrsangebote ausbauen:** Statt immer mehr Straßen zu bauen und damit noch mehr Autoverkehr hervorzurufen, muss in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs investiert werden. Die Verkehrswende ist wichtig für Menschen, die sich kein Auto leisten können oder die aus Umweltschutzgründen kein Auto fahren wollen, für unser aller Gesundheit und für die Abwendung einer Klimakatastrophe.
- **Finanzlage der Kommunen stärken:** Die Finanzlage der Städte und Gemeinden muss deutlich verbessert werden. Es darf keine Verlagerung von Aufgaben an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich geben.
- **Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums und keine ÖPP-Projekte:** Die Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie öffentlich-private-Partnerschaften lehnen wir ab. Ehemals kommunale Einrichtungen, die in den vergangenen Jahren an private Betreiber*innen verkauft wurden, sollen wieder in öffentliches Eigentum zurückgeholt werden (Rekommunalisierung). Damit soll die öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge für alle Menschen gestärkt werden. Die sogenannte Schuldenbremse steht notwendigen öffentlichen Investitionen im Wege, weshalb wir sie überwinden wollen. Bis zur Abschaffung der Schuldenbremse aber sind wir gezwungen, Spielräume zu nutzen, um sie zu umgehen. Insbesondere mit unserer Initiative „Reparierte Schulen Gesetz“, einem Programm für die Sanierung von Schulen, zeigen wir auf, dass auch unter Bedingungen der Schuldenbremse Möglichkeiten bestehen, öffentliche Investitionen zu realisieren. Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg für Investitionen in ein gerechtes Land.

11.3. Geschlechtergerechter Haushalt geht uns alle an - Gender Budgeting

Ein wesentliches Mittel, gleichstellungspolitische und feministische Politikansätze auch finanziell abzubilden, ist die geschlechtergerechte Haushaltsaufteilung (Gender Budgeting). Wir wollen daher im Landeshaushalt ein „Gender Budgeting“ einführen – das heißt, alle Haushaltsentscheidungen bezüglich ihrer Auswirkung auf die Geschlechter zu überprüfen, wie dies etwa in Berlin und Thüringen schon geschieht.

12. LINKS wirkt – auch im Hessischen Landtag

Seit 2008 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Hessischen Landtag vertreten. In dieser Zeit haben wir gemeinsam mit Bürger*innen, Gewerkschaften, Initiativen und außerparlamentarischen Bewegungen einiges erreicht.

Das zeigt, dass Druck von links auch aus der Opposition heraus Wirkung entfalten kann.

- Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gegeben.
- DIE LINKE hat gemeinsam mit DGB, Mieterbund und Mieter*inneninitiativen erreicht, dass die Nassauische Heimstätte/ Wohnstadt nicht privatisiert wurde.
- Ohne DIE LINKE wäre die NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter nicht aufgeklärt worden. Erst durch uns wurde diese Aufarbeitung nach mehr als 60 Jahren in Gang gesetzt.
- Ohne den Druck der LINKEN wäre kein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt worden, der die Rolle hessischer Behörden und Politiker*innen im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex beleuchtet hat.
- Auch die Einsetzung der Untersuchungsausschüsse zum Terroranschlag von Hanau und zur Ermordung von Walter Lübcke ist von der LINKEN wesentlich mit vorangebracht worden.
- Gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat DIE LINKE ein Gutachten vorgelegt, wie das privatisierte Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) wieder in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden kann.
- Viele Forderungen, die DIE LINKE als erste in den Landtag eingebracht hat, wurden später zumindest teilweise umgesetzt – auch auf Druck von Initiativen und Gewerkschaften. Beispiele: Einführung Gehörlosen- und Taubblindengeld, hauptamtliche Kinderrechts- und Behindertenbeauftragte, Koordinierungsstelle zur Istanbul-Konvention, Sicherung der Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte.
- DIE LINKE hat sich immer gegen die Verschärfung des Asylrechts und gegen Abschiebungen eingesetzt. Durch unsere Arbeit im Petitionsausschuss und in Solidaritätskomitees konnten wir einzelne Abschiebungen verhindern und Bleiberechtsregelungen erwirken.
- DIE LINKE hat die Forderungen von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Verbänden in den Landtag eingebracht und betriebliche Kämpfe im Landtag zum Thema gemacht.
- DIE LINKE hat Missstände benannt und öffentlich gemacht, kritische Fragen gestellt und politische Alternativen aufgezeigt.
- DIE LINKE hat Menschen gestärkt und unterstützt, die sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenssituation wehren und dagegen kämpfen, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird.

- DIE LINKE thematisiert regelmäßig Armut in Hessen und zeigt politische Alternativen auf.

Dieses Engagement wollen wir gestärkt fortsetzen. Eine Stärkung der LINKEN in Hessen ist auch ein Signal für eine andere Politik im Bund und in den Kommunen. DIE LINKE ist in Hessen flächendeckend in allen Landkreisen und kreisfreien Städten aktiv, mit kommunalen Fraktionen und vielen aktiven Mitgliedern vor Ort.

Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden. Eine Stärkung der LINKEN in Hessen ist eine Unterstützung für all diejenigen Kräfte, die sich für einen grundsätzlichen Politikwechsel, für soziale Gerechtigkeit, für einen sozial- ökologischen Umbau sowie für Frieden und Solidarität einsetzen.